

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Markus Zahradnik



Ihr Kinderlein kommet ab Seite 8

Interview:
Kinder haben Rechte

Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits über ganz junge BürgerInnen

8

Schwerpunkt:
Alles in Butter, Mutter?

Wie Frauen- und Familienpolitik miteinander verknüpft sind

18

Schwerpunkt:
Großfamilie in der kleinen Welt

Die Globalisierung führt Menschen über Landes- und Kulturgrenzen zusammen

34



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



© Jill Denk



© ÖGB-Verlag/Markus Zahradnik



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Schwerpunkt:

- Familie ist vieles** 12
Papa, Mama, Kind – so einfach ist das nicht mehr. Viele Kinder wachsen heute in Patchworkfamilien auf.
- Die feinen Antennen der Kinder** 14
Familienkonstellationen wandeln sich. Doch Kinder wollen am liebsten mit beiden Elternteilen zusammenleben.
- Was Familienförderung wollen sollte** 16
Alle wollen für die Familie nur das Beste. Darüber, was das ist, gibt es unterschiedliche Vorstellungen, ein Blick auf die Fakten.
- Friede, Freude, Eierkuchen?** 18
Frauen- und Familienpolitik hängen auf vielerlei Art und Weise zusammen, müssen aber trotzdem getrennt betrachtet werden.
- Oh du liebe Zeit ...** 20
Viele wünschen sich einen guten Job, eine glückliche Familie und ein spannendes Hobby. Doch der Tag hat nur 24 Stunden!
- Teilzeit als Vereinbarkeitsstrategie** 22
Das adaptierte AlleinverdienerInnen-Modell lässt Chancen sowohl für Frauen als auch für Männer ungenützt.
- Väter im Wickelvolontariat** 24
Viele Männer wollen es, wenige tun es: Väterkarenz. Das bezahlte Papa-Monat soll die Väterkarenz auf 20 Prozent steigern.
- Föderalistischer Fleckerlteppich** 26
Von der Krabbelstube bis zum Kindergarten – ein einheitliches System für die Betreuung der Kleinsten wäre notwendig.
- Die Schule von morgen?** 28
Die Diskussion über eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen hat in Österreich eine lange Tradition.
- Ein Blick über den Tellerrand** 30
In Deutschland, den Niederlanden und Dänemark kommen drei sehr unterschiedliche Modelle der Familienpolitik zum Einsatz.
- We are the world** 32
Mithilfe der Global Education Week (GEW) soll Globales Lernen Bestandteil in Österreichs Bildungseinrichtungen werden.

Die globalisierte Familie 34
Unsere Welt ist kleiner geworden. Die räumlichen Distanzen zwischen Familien sind aber gewachsen.

Von Dynastien und Greißlern 36
Familienunternehmen sind noch nicht ausgestorben. Ihr Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft sollte nicht unterschätzt werden.

Familienpolitik für das 21. Jahrhundert 38
Investitionen in die soziale Infrastruktur fördern die Nachhaltigkeit.

Wenn sich die Rollen umkehren 40
... und die Eltern die Hilfe ihrer Kinder benötigen, ist das für alle Beteiligten nicht gerade einfach.

Zusammen spazieren gehen 42
Was ein Spaziergang zu zweit mit Familien in traditionellen und neuen Formen zu tun hat.

Interview:

Kinderrechte unterrichten 8
Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits über Kindererziehung im Wandel, Ohrfeigen und die freundliche Jugend.

Standards:

Standpunkt: Kinder, Kinder 4

Veranstaltung: Dialog der Generationen 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Wenzel und die Harmonika 11

Zahlen, Daten, Fakten 40

Man kann nicht alles wissen 46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Kindersegen

Redaktion intern

„Die Mär, dass man als Mutter bzw. Vater sobald ein Kind auf die Welt kommt genau weiß, was zu tun ist, führt zu totaler Überforderung. In Wirklichkeit sind die meisten Eltern nämlich nicht darauf vorbereitet, dass die Partnerschaft und alles mit Kindern anders wird“, weiß Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits im Interview mit der „A&W“ 12/2012 mit dem Schwerpunktthema „Ihr Kinderlein kommet“.

Zum Jahresende wollen wir uns noch einmal dem Thema Familienpolitik widmen und Familie hat heute viele verschiedene

Formen, erläutert Christian Zickbauer auf Seite 12. Grund dafür sind auch die hohen Scheidungsraten – für Kinder oft eine Tragödie (S. 14).

Wir setzen uns mit Familienförderung im In- (S. 16) und Ausland (S. 30) auseinander. Und wir widmen uns dem Thema Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie unter Berücksichtigung des Faktors Zeit (S. 18 bis S. 23). Papa-Monat und Väterkarenz sind dabei nicht unwichtig (S. 24), aber auch eine Neuregelung für Kindergärten (S. 26) und die Gesamt- bzw. Ganztagschule ist von Bedeutung (S. 28).

Wir haben uns außerdem angesehen, was passiert, wenn sich die Rollen umkehren (S. 40).

Und dann haben wir noch ein Rezept für ein besseres Miteinander: Zusammen spazieren gehen (S. 42).

Sie finden die A&W übrigens auch auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft, twitter.com/AundW oder auf unserer Homepage: www.arbeit-wirtschaft.at.

Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Standpunkt

Kinder, Kinder

Alle Jahre wieder: Zur Weihnachtszeit werden glänzende Kinderaugen und das liebe Christkind beschworen. Adventkalender werden aber inzwischen oft eher für Erwachsene erzeugt, als zum Zweck, den Kleinen die Wartezeit auf Heiligabend zu verkürzen. Auch auf den Weihnachtsmärkten sieht man mehr Erwachsene als Jüngere.

Kein Wunder: Während in den 1980er- und 1990er-Jahren in Österreich im Durchschnitt 90.000 Babies im Jahr zur Welt gekommen sind, sind es seit 2000 zwischen 75.000 und knapp 79.000. Die Entscheidung zwischen Beruf und Familie, vor der vor allem Frauen nach wie vor stehen, geht sehr oft für den Beruf und gegen Nachwuchs aus. Dabei haben es AlleinerzieherInnen hierzulande besonders schwer: 28 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte sind armutsgefährdet. Bei 92 Prozent davon ist das Elternteil die Mutter, die meist ein schlechteres Einkommen hat.

Nach neuesten UNICEF-Kriterien entstand ein 18-Punkte-Katalog, um die Armutsgefährdung von Kindern zu messen. Zu den Punkten gehören neben der finanziellen Situation auch die Lebensbedingungen: die Leistbarkeit von neuen Kleidern, zwei Paar festen Schuhen, täglichem Obst und Gemüse, altersgerechten Büchern, Freizeit- und Sport-

geräten, das Vorhandensein eines Ortes zum Erledigen von Hausübungen, Familienfeste, die Möglichkeit Freunde einzuladen, an Schulausflügen teilzunehmen, eine Woche Urlaub zu machen.

8,7 Prozent der Kinder in Österreich müssen auf mindestens zwei dieser Punkte verzichten, hat die UNICEF erhoben. Relativ wenig im Vergleich zu Rumänien, wo 72,6 Prozent der unter 16-Jährigen betroffen sind, relativ viel im Gegensatz zu Schweden mit 1,3 Prozent. Aber Statistiken und Zahlen sind für die Betroffenen weder Trost noch Hilfe, das Weihnachtsfest wird für sie bescheiden und wohl auch traurig.

Lisa hat Glück gehabt

Die kleine Lisa hat Glück gehabt, sie war ein Wunschkind. Alle 18 Punkte des UNICEF-Katalogs sind bei ihr übererfüllt. Sie hat jede Menge hübsche Kleidung, weit mehr als zwei Paar Schuhe, ihre Mahlzeiten sind ausgewogen und werden im Familienkreis eingenommen, sie liest altersgerechte Bücher, hat ein eigenes Zimmer, die Familie feiert gerne zusammen, mit den Kindern aus der Nachbarschaft spielt sie im eigenen Gartenhaus und eben verbrachte die Familie ihre Herbstferien in Ägypten. Und trotzdem hat sie vor einem Jahr um diese Zeit

bitterste Tränen vergossen. Das Christkind, so hat sie erfahren, gibt es nämlich nicht wirklich. Der Glitter, das Engelshaar, der Baum – alles nur Inszenierung. Das war das Traurigste für Lisa: „Dass Eltern ihr Kind so belügen können.“

Weil es weder Christkind noch Weihnachtsmann gibt, bringen sie auch nicht das Weihnachtsgeld, das wir auf unserem Lohnzettel finden. Es ist ein Verhandlungserfolg der Gewerkschaften. Was das mit Lisa zu tun hat? Heuer spielt sie Christkind für ihre kleine Schwester Mimi. Die wurde in Äthiopien geboren, wo die Geburtenrate fünfmal so hoch ist, und adoptiert. Lisa wird Engelshaar streuen und den Baum aufputzen. Sie hat gelernt, dass das Christkind das Zusammenwirken mehrerer Menschen ist.

Mimi und Lisa haben Glück gehabt, ihre Rechte werden gewahrt und ihr (Über-)Leben ist gesichert. Aber Tausende Kinder und Jugendliche im reichen Österreich, Millionen weltweit haben dieses Glück nicht. Es ist ihre Welt, die wir verwalten. Auch deswegen müssen wir uns alle solidarisch dafür einsetzen, dass es den Kindern, wo auch immer sie leben, besser geht – und nicht nur als Christkindl, sondern das ganze Jahr über. Das ist mein Neujahrsvorsatz.

Euch allen schöne Feiertage!

Dialog der Generationen

Am 30. November 2012 wurden die Kurzfilme der SiegerInnen des mehrstufigen Wettbewerbs im Rahmen einer Abschlussgala präsentiert.

2012 war das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen. Für die Europapartnerschaft war das Anlass, um einen Wettbewerb zum „Dialog der Generationen in der Arbeitswelt“ ins Leben zu rufen. Das Projekt wurde finanziert aus Gemeinschaftsmitteln der EU, in Kooperation mit BMASK, ÖGB, AK, WKO, IV, LK, bm:ukk, ARBÖ, FH St. Pölten, ORF, Wert: Arbeit, Erste Bank, BMW Werk Steyr. Aus 68 Einreichungen wählte eine Fachjury die zehn inspirierendsten.

Zu den besten fünf Ideen wurde dann gemeinsam mit MedienexpertInnen der FH St. Pölten ein Drehbuch entwickelt und ein Kurzfilm produziert. Die Siegerteams freuten sich über attraktive Preise wie eine Brüsselreise. Puls4-Moderatorin Sabine Mord führte durch den Abend mit prominenten Gästen wie Bundesminister Rudolf Hundstorfer und ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser. Sieger des Wettbewerbs und damit Gewinner von 3.000 Euro und einer Brüsselreise wurde das sympathische Team der

„Salzburg AG“: Unter dem Motto „Wir sind Eins!“ trainieren dort junge Kolleginnen und Kollegen die älteren MitarbeiterInnen im Umgang mit den Neuen Medien. Auf Platz zwei landete das Parkhotel Pörschach mit „Alter Charme und junge Ideen“ und sicherte sich somit 3.000 Euro. Der dritte Platz – 2.000 Euro – ging an das Landeskrankenhaus Amstetten. Gewonnen haben alle: Mehr Verständnis füreinander, Spaß und gute Ideen für mehr Solidarität am Arbeitsplatz. www.dialogdergenerationen.at



Stilisierte Filmplakate stimmten die zahlreichen Gäste der Abschlussgala auf die kreativen Ideen der PreisträgerInnen ein. Die besten zehn von mehr als 60 Einreichungen wurden prämiert.



1. Platz: Salzburg AG. Dirk Fassbender (Europäische Kommission) und BM Rudolf Hundstorfer übergaben den Preis an: S. Fortenbach, M. Gschaider, T. Kirchhamer, L. Klaushofer, E. Reithofer, D. Wimmer.



2. Platz: Parkhotel Pörschach. Preisübergabe durch Renate Kollermann (AK Wien), Sabine Oberhauser (ÖGB) an J. di Bernardo, F. Ehgartner, R. Heitzeneder, P. Preindl, J. Ruschel, S. Unterberger, J. Zippusch.



3. Platz: Landeskrankenhaus Amstetten. Die Preise übergaben Uwe Bald (BMW) und Peter Bosek (Erste Bank) an C. Baumgartner, B. Henikl, J. Köstler, M. Peham, S. Schwingenschlögl, A. Wiry.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw. Katharina Klee (Chefredak-
teurin): 39269 Dw. Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis
14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw. E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzkó (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer,
Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig,
Richard Halwax, Karin Hinteregger, Katharina Klee
(Chefredakteurin), Georg Kovarik, Florian Kräftner,
Barbara Lavaud, Sylvia Ledwinka, Sabine Letz, Pia Lichtblau,
Markus Marterbauer, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer,
Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Alexander Schneider, Georg Sever,
Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser,
Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Anni Bürkl,
Adi Buxbaum, Astrid Fadler, Sonja Fercher, Martin Haiden,
Gerlinde Hauer, Harald Kolerus, Pia Lichtblau, Barbara Marx,
Michael Mazohl, Gabriele Müller, Amela Muratovic,
Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Christa Schlager,
Alexander Schneider, Lisa Seidl, Irene Steindl, Paul Sturm,
Petra Völkerer, Christian Zickbauer

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw. E-Mail: Renate.Wimmer@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-
Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.
stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGJ:

SprücheklopferInnen gesucht!

Jugendliche, werft euch für ein Facebook-Gewinnspiel zu Gewaltprävention, Berufsorientierung und Mitbestimmung in Pose!

Gewaltprävention, Beteiligung am politischen Geschehen und Berufsorientierung – die meisten Jugendlichen sind damit bereits in Berührung gekommen. Um auf diese Themen aufmerksam zu machen, startet die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) ein Facebook-Gewinnspiel, bei dem die größte Sprücheklopferin bzw. der größte Sprücheklopfer gesucht wird. Junge Menschen sind dazu aufgerufen, für ein Foto zu einem der drei Themen zu posen, dieses auf die Facebook-Seite der ÖGJ hochzuladen und mit einem passenden Spruch-Aufkleber zu versehen. Die besten PoserInnen werden von einer Jury ausgewählt und können sich über zahlreiche Sachpreise freuen. Hochladeschluss ist der 28. Februar

2013. Musikerin Chrissi Klug vom österreichischen Pop-Duo Luttenberger* Klug hat sich bereits als Sprücheklopferin in Pose geworfen.

Ein Themenfeld des Wettbewerbs betrifft die vielen Formen der Gewalt, denen man auch am Arbeitsplatz ausgesetzt sein kann. „Gewalt beginnt nicht erst mit dem Faustschlag ins Gesicht: Auch sexuelle Belästigung, anzügliche Bemerkungen, regelmäßige Beschimpfungen und Beleidigungen fallen unter Gewalt. Wir wollen wieder daran erinnern, dass Gewalt, egal in welcher Form, nicht zu akzeptieren ist“, sagt ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr.

Mehr Info:

www.oegj.at/spruecheklopfer

Arbeiterkammer:

Altersteilzeit NEU ab 2013

Ab 1. Jänner 2013 gibt es Änderungen bei der Altersteilzeit.

Änderungen bei der Altersteilzeit ab 1. Jänner 2013: Die Laufzeit wird auf maximal fünf Jahre verkürzt. Bei Blockmodellen muss wieder eine Ersatzarbeitskraft eingestellt werden.

Die Altersteilzeit gibt älteren Beschäftigten die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit mit Zustimmung des Arbeitgebers zu reduzieren. So kann ein gleitender Übergang in die Pension geschaffen werden. Die Arbeitszeit wird um 40 bis 60 Prozent verringert und das Entgelt beträgt dabei je nach Modell zwischen 70 und 80 Prozent des bisherigen Einkommens. Der Betrieb bekommt dazu eine Förderung vom AMS.

Es gibt unter bestimmten Bedingungen nach wie vor sogenannte Blockmodelle, die es ermöglichen, im ersten Durchrechnungszeitraum voll weiter zu arbeiten, um dann im zweiten Abschnitt die eingearbeiteten Zeiten zu verbrauchen und damit vom Dienst freigestellt zu sein.

Die Laufzeit der geförderten Altersteilzeit wird für neue Vereinbarungen ab 1. Jänner 2013 von derzeit noch bis zu sieben Jahren auf maximal fünf Jahre verkürzt. Das Mindestalter für Altersteilzeit bleibt gleich: Für Männer 58 Jahre und für Frauen 53 Jahre. Ob altersabhängig mit der neuen Höchstlaufzeit von dann nur mehr fünf Jahren ein nahtloser Übergang in die Pension möglich ist oder eine Altersteilzeitvereinbarung diesbezüglich erst entsprechend später abgeschlossen werden kann, muss im Einzelfall geprüft werden.

Ab Jänner 2013 sind geförderte Blockzeitvereinbarungen nur noch möglich, wenn spätestens mit Beginn der Freizeitphase entweder eine zuvor arbeitslose Person über der Geringfügigkeitsgrenze als Ersatzarbeitskraft neu eingestellt oder zusätzlich ein Lehrling ausgebildet wird.

Mehr Info:

tinyurl.com/c35oktv

GPA-djp und vida:

Erste KV-Runde im Sozialbereich: Wir wollen mehr!

Für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung – Investitionen in die Zukunft.

Am 13. Dezember 2012 starteten die KV-Verhandlungen für die Beschäftigten des privaten Gesundheits- und Sozialbereiches (BAGS). Sie finden heuer erstmals gemeinsam mit den karitativen Einrichtungen der Caritas und der Diakonie in einer großen Globalrunde statt. Insgesamt betrifft das rund 120.000 Beschäftigte in ganz Österreich. Die Sozialwirtschaft ist für die gesamte Wirtschaft des Landes ein wichtiger Faktor, der von der Politik oft noch unterschätzt wird.

Arbeit im Sozialbereich bringt für die Gesellschaft einen Mehrwert. Schafft man Wohnräume für Obdachlose, finden diese eher wieder einen Job und zahlen wieder Arbeitslosen-, Unfall- und

Pensionsversicherung. Bekommen Menschen mit Behinderung eine Betreuungsstelle, haben sie Chancen, sich am Arbeitsmarkt zu integrieren. Angehörige werden entlastet. Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft besteht zudem bei Absicherung und Ausbau von professioneller Pflege und Betreuung großer Handlungsbedarf. Das bedeutet weiterhin steigende Beschäftigung.

Laut NPO-Kompetenzzentrum der Wirtschaftsuniversität Wien schafft jede zusätzlich investierte Mio. Euro 16 neue Arbeitsplätze – im Bauwesen nur zehn, im Tourismus nur zwölf. GPA-djp und vida teilen die Forderung der ArbeitgeberInnen der Sozialwirtschaft nach

ausreichender finanzieller Absicherung durch die öffentliche Hand. Sie fordern die Trägervereine aber auch auf, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, sondern gemeinsam den Druck auf ihre öffentlichen Auftraggeber zu verstärken. Aufgrund des hohen Frauenanteil im Sozialbereich stellen die Beschäftigung und die Gehaltsentwicklung in diesem Bereich wesentliche Faktoren dar, wenn es um die Reduzierung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen geht.

Der erste Verhandlungstermin ist am 10. Jänner 2013.

Mehr Info:

tinyurl.com/bms526j

Arbeiterkammer:

Neue Fahrgastrechte

Verbesserung bringt PendlerInnen mehr pünktliche Züge.

Die AK hatte sich seit Jahren für bessere Fahrgastrechte eingesetzt und immer wieder eine Erhöhung der Pünktlichkeitsziele der Bahnen angemahnt. Bisher mussten mindestens zehn Prozent der Züge auf einer Strecke verspätet sein, damit die PendlerInnen einen Entschädigungsanspruch anmelden konnten. Die Kriterien für diesen Entschädigungsanspruch wur-

den verschärft. Jetzt gibt es schon Entschädigung, wenn fünf Prozent der Züge auf einer Strecke unpünktlich sind. Wichtig ist zudem, dass künftig auch ganz ausfallende Züge in die Pünktlichkeitsstatistik aufgenommen werden.

Auch dass künftig MonatskartenbesitzerInnen in den Genuss einer Pünktlichkeitsentschädigung kommen, hatte

die AK lange gefordert. AK-Präsident Herbert Tumpel: „Die Regierung geht mit diesen neuen Fahrgastrechten den richtigen Weg. Wer will, dass immer mehr Menschen auf die Öffis umsteigen, muss das Öffi-Angebot kontinuierlich besser machen.“

Mehr Info:

tinyurl.com/bms526j

Arbeiterkammer:

Unfaire Klauseln – sind Sie auch betroffen?

Fragebogen ausfüllen, Tablet-PC gewinnen!

Immer mehr Menschen suchen in der Beratung der Arbeiterkammern Hilfe. Unfaire Klauseln und gemeine Tricks in Arbeitsverträgen nehmen überhand. Einige davon sind erlaubt, manche an der Grenze des Zulässigen, und einige davon sind schlicht rechtswidrig. Aber alle unfairen Klauseln benachteiligen ArbeitnehmerInnen. Nachteilige Klauseln in Arbeitsverträgen können in vielen Be-

reichen vorhanden sein: Die bekanntesten betreffen „All-inclusive-Verträge“, die Rückerstattung von Ausbildungskosten, Konkurrenzklauseln, Bestimmungen zu Versetzung, Änderungen Ihres Arbeitsorts oder Pönalregelungen, die Sie zur Kasse bitten. Es gibt sogar welche, die Ihre persönlichen Daten betreffen und es Ihrem Arbeitgeber erlauben, Daten an Dritte weiterzugeben – ohne Sie zu fra-

gen! Wir wollen diese Schieflagen bekämpfen! Helfen Sie helfen – und füllen Sie den AK-Fragebogen aus. Schauen Sie bitte in Ihren Arbeitsvertrag und nehmen Sie bis Ende März 2012 an der Internet-Befragung teil. Wir geben garantiert keine Daten weiter, Ihre Angaben bleiben völlig anonym.

Fragebogen:

tinyurl.com/ccyqcbj

Kinderrechte unterrichten

Kinder- und Jugendanwältin Monika Pinterits über Kindererziehung im Wandel, Ohrfeigen und die freundliche, höfliche Jugend.

ZUR PERSON

DSA Monika Pinterits



Diplomierte Krankenschwester
Diplom-Sozialarbeiterin (DSA)
Fachaufsicht im Amt für
Jugend und Familie
Seit 1999 Kinder- und Jugend-
anwältin der Stadt Wien
Mediatorin und Kinderbeistand
Ein Sohn: David

Arbeit&Wirtschaft: *DSA Monika Pinterits, als Kinder- und Jugendanwältin in Wien kümmern Sie sich um die Anliegen der ganz Jungen. Was ist die Kinder- und Jugendanwaltschaft?*

Monika Pinterits: Die Kinder- und Jugendanwaltschaft (KJA) Wien wurde 1989 gegründet. Basis war die „Konvention über die Rechte des Kindes“, die damals im November von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde. Österreich hat sie 1992 ratifiziert. Seit 1994 ist die KJA weisungsfrei, wir müssen also niemanden fragen, wenn wir ein Thema anfassen. Außerhalb Österreichs gibt es nichts Vergleichbares. Unsere deutschen Nachbarn beneiden uns darum, die hätten das auch gerne.

Wer kommt zu euch?

Kinder und Jugendliche selbst und Erwachsene, aber auch Schulen, Kindergärten und andere. Jede, jeder kann sich an uns wenden, wenn sie oder er glaubt, dass Kindern oder Jugendlichen Unrecht geschieht. Im Rahmen unserer Arbeit be-

treuen wir Einzelfälle und Projekte, begutachten Gesetze. Außerdem können wir selbst Novellierungen anregen und bekommen eigentlich alle Gesetzestexte in Österreich zur Begutachtung, von denen Kinder und Jugendliche betroffen sind.

Wir versuchen auch eine Art Kinderrechte-Monitoring zu machen. Über die vielen Einzelfälle kommen wir immer wieder an mögliche strukturelle Problematiken heran und versuchen dann, da ebenfalls etwas zu verändern.

Bei uns geht es um viele Themen: Gewalt, sexuelle Gewalt, Jugendschutzgesetz, Kindesabnahmen, Scheidung, Trennung. Aber wir kümmern uns auch um scheinbar Banales, wie wenn wieder einmal bei Spielplätzen Verbotstafeln auftauchen, die weg sollen. In Wien haben wir an einer kinder- und jugendfreundlichen Hausordnung für Gemeindebauten gearbeitet, bei der Jugendliche ein Mitspracherecht bekommen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass alle Gemeindebauten ein Minimum an Kinderspielplätzen haben – das ist jetzt gesetzlich geregelt. Außerdem sitzen wir im Glücksspielbeirat und setzen uns für strengere Kontrollen beim kleinen Glücksspiel ein.

Wir kooperieren mit dem Kindermuseum „Zoom“, wo derzeit eine Ausstellung zum Thema Familie läuft, haben dort mitgeholfen, das Personal auszubilden. Am Kinderbeistand bei Scheidung und Trennung haben wir mitgewirkt, so werden die Kinder bei Gericht begleitet und ermutigt, ihre eigenen Vorstellungen bekannt zu geben. Auch Kindesentführungen, wie sie häufig vorkommen, sind ein Thema.

Dass Kinder und Jugendliche im Fall von sexueller Gewalt eine Prozessbegleitung bekommen, daran haben wir ebenfalls mitgewirkt. Wir waren auch für die ehemaligen Heimkinder, die Gewalt erlebt haben, die erste Anlaufstelle und haben entsprechend darauf reagiert. Als erste in Europa haben wir einen Kinder- und Jugendombudsmann eingeführt, an den sich Kinder aus z. B. sozialen Wohngemeinschaften wenden können, wenn es ihnen dort nicht gut geht. Wir machen auch unangemeldete Besuche.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz endlich beschlossen wird. Das würde gerade in der Jugendwohlfahrt gute Standards garantieren. Es reicht nicht, dass wir immer wieder zusammensitzen und diskutieren, wenn wieder einem Kind Entsetzliches passiert ist.

Bei uns gibt es einen Jugendschutzbeirat, in dem alles von Computerspielen über Filme besprochen wird. Wir sind auch Mitglied des unabhängigen Netzwerks Kinderrechte mit 37 Kinderrechte-Organisationen und -Institutionen zur Förderung der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention in Österreich. Gemeinsam haben wir uns stark gemacht, dass Kinderrechte in den Verfassungsrang kommen. Seit Jänner 2011 gibt es ein entsprechendes Bundesverfassungsgesetz.

Also sind Sie zufrieden?

Nein, nicht wirklich, weil sich leider nicht alle Kinderrechte darin finden. Wichtige Bereiche wie Bildung fehlen. Wir hätten



Unsere Gesellschaft ist nicht sehr kinderfreundlich. Immer, wenn wir über Kinderrechte reden, kommt der bedingte Reflex: Aber die haben auch Pflichten! Selbstverständlich haben sie Pflichten: In den Kindergarten gehen. In die Schule gehen. Hausaufgaben machen. Mithelfen zu Hause. Sie müssen meistens das tun, was Erwachsene von ihnen verlangen.

gerne eine umfassendere Kinderrechtekonvention in der Verfassung gehabt. Derzeit findet sich ein Paragraf darin, der die Kinderrechte aushebelt ...

Nämlich?

Wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gewährleistet ist bzw. andere Gesetze existieren. Der Hintergrund ist: Wäre dem nicht so, könnten wir z. B. MigrantInnenfamilien gegen fremdenfeindliche Gesetze unterstützen, also Abschiebungen verhindern.

Eigentlich gibt es kein Thema, von dem Kinder und Jugendliche betroffen sind, bei dem wir nicht versuchen, unterstützend mitzuwirken.

Sie arbeiten seit 1999 für die Kinder- und Jugendanwaltschaft. In diesen 13 Jahren hat sich das Leben der Kinder und Jugendlichen sicher sehr verändert?

Endlich sind Kinderrechte ein Thema und auch die PolitikerInnen sprechen darüber. Bei der Umsetzung ist allerdings noch Handlungsbedarf gegeben.

Haben sich die Kinder verändert – sind sie anders geworden in ihren Wünschen und Bedürfnissen?

Kinder orientieren sich an den Erwachsenen. Unser System ist ein irrsinnig schnellebiges geworden. Man muss sehr flexibel sein und hat kaum Sicherheiten. Alte Normsysteme haben sich verändert, sind weg, aber es hat sich noch nicht wirklich etwas etabliert, woran man sich auch ein wenig orientieren kann.

Eltern sind teilweise sehr verunsichert – daher kann man mit Erziehungsrategebern viel Geld verdienen. Aber Erziehung verändert sich nicht nur mit dem System. Wenn man sich etwa vorstellt, dass Kinder in Österreich erst seit 1989 offiziell nicht mehr geschlagen werden dürfen – so lang ist das nicht her. Wir waren mit diesem Gesetz sogar früher als Deutschland dran, dort trat es erst 1990 in Kraft. Vor etwa drei Jahren ergab eine Studie: Die Leute haben im Kopf, dass Kinder nicht mehr geschlagen werden dürfen. Die Realität ist aber eine andere, leider. Fast die Hälfte der Eltern hierzulande gibt noch immer Ohrfeigen, bei den anderen kommt es zu sämtlichen Formen von Gewalt. Nur 30 Prozent der Eltern in Österreich erziehen völlig gewaltfrei. In Schweden ist es umgekehrt, dort erziehen nur 14 Prozent mit Ohrfeigen, 76 Prozent ohne körperliche Strafen. Das Gewaltschutzgesetz gibt es dort auch schon seit 1979. Die Schweden haben außerdem einen anderen Zugang zur Erziehung. Bei uns in Österreich ist es nicht üblich, dass man sich für die Kindererziehung Hilfe holt, obwohl das ganz normal wäre. Die Mär, dass man als Mutter bzw. Vater sobald ein Kind auf die Welt kommt genau weiß, was zu tun ist, führt zu totaler Überforderung. In Wirklichkeit sind die meisten Eltern nämlich nicht darauf vorbereitet, dass die Partnerschaft und alles mit Kindern anders wird. Wenn es dann zu Stresssituationen kommt, wissen viele nicht, wie damit umgehen, was tun ... Früher hat es dann Watschen gegeben. Heute muss man sich überlegen, wie man reagiert. Und das ist auch gut so.

Darum ist es mir wichtig, den Leuten zu sagen, sie sollen sich Hilfe holen – das ist keine Schande.

Und wo bekommen Eltern Hilfe?

Bei uns oder in den vielen kostenfreien Familienberatungsstellen, im Kinderschutzzentrum. Bevor man sich fünf Ratgeber kauft, ist es doch besser, mit jemandem über das eigene Kind zu reden. Oft herrscht große Verunsicherung und die meisten Eltern wollen ja gute Eltern sein. Auch die, die Gewalt ausüben, sind keine Sadisten, sondern die brauchen Unterstützung.

Viele haben Erziehung selbst nicht anders erfahren ...

Ja, das stimmt. Ich rede viel mit Eltern, die selbst Gewalt erlebt haben. Es ist sehr interessant, wie unterschiedlich der Umgang damit ist – es gibt alles zwischen „Das hat mir ja auch nicht geschadet“ und „Das möchte ich einem Kind niemals antun“. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsschicht spielt dabei keine Rolle. Aber wer mehr Geld hat, hat mehr Ressourcen und kann sich Hilfe zukaufen. Da ist es verdeckter und in der Therapie wird dann diagnostiziert: Mein Kind hat ADHS – das hat mit mir nichts zu tun. Es ist furchtbar, wie viele Medikamente – Psychopharmaka – Kinder heutzutage bekommen: Pillen, um lustig zu sein.

Wir haben sehr viel über Kinder gesprochen – wie gefällt Ihnen „die Jugend von heute“?

Jugendliche sind ja für viele was ganz Furchtbares. In den Medien sind sie die, die rauchen, sich ins Koma saufen, Drogen nehmen und das Allerletzte sind. Das war schon bei den alten Griechen so. Ich bin immer wieder fasziniert, wie freundlich unsere Jugendlichen sind, und niemandem scheint das aufzufallen. Die stehen auf in der Straßenbahn, die grüßen im Gemeindebau. Wenn man mit ihnen spricht, bemerkt man viel Verständnis und Klugheit und Weisheit. Wir können voneinander viel lernen.

Ihr habt euch auch sehr für das Wahlrecht ab 16 eingesetzt.

Interessanterweise haben auch einige Jugendliche gemeint, das sei zu früh. Aber wie man gesehen hat, war die Beteiligung bei den Jugendlichen sehr gut. Sie wissen genau Bescheid, haben sich umfassend informiert über die Programme der Parteien. Das war wichtig. Die Jugendlichen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Ich finde, wir haben eine tolle Jugend.

Was fordert ihr als Anwaltschaft der Kinder und Jugendlichen für diese tolle Jugend?

In erster Linie Bildung und eben Mitsprache und Partizipationsmöglichkeiten, außerdem die Chance ihre Kreativität einsetzen zu können, auch in der Schule. Jobs, von denen sie auch leben können, einen respektvollen Umgang, genügend Ressourcen auch finanzieller Art. Zeiten der Finanzmarktkrise sind auch für die Jugendlichen schwierig. Ich musste mir, als ich jung war, keine Sorge um einen Arbeitsplatz machen. Heute schaut das anders aus. Die Jugendlichen haben es nicht leicht in einer Welt, die immer globaler und schwieriger zu durchschauen ist.

Wie stehen Sie zur Ganztags- und Gesamtschuldiskussion?

Die finde ich sehr wichtig. Es sollen ja alle mitgehen können und es darf kein Kind auf der Strecke verloren gehen. Wir in der KJA sind da sehr dafür. Bei uns in Österreich gibt es ein selektives Schulsystem, daher sind Gesamt- und Ganztagschule sehr wichtig

Auch für die Mütter und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Mit nur einem Einkommen ist es schwer auszukommen. Die jungen Menschen verdienen heute sehr schlecht. Die Mieten sind enorm gestiegen, Wohnen ist kaum leistbar. Das Essen ist sehr teuer geworden. Die Schere klafft immer mehr auseinander: Zehn Prozent Superreiche, die Mittelschicht bricht langsam weg und die Kinderarmut wird immer größer. Wenn man sich überlegt, was Brot kostet. 50 Euro sind weg wie nichts, wenn man einkaufen geht. Wenn ich mir nun vorstelle, dass ich zwei kleine Kinder hätte ... Sind Eltern persönlich mit ihrer Lebenssituation zufrieden – auch beruflich –, führt das zu einem ganz anderen Umgang miteinander in der Familie. Wenn es den Eltern gut geht, geht es den Kindern gut.

Kinder sollten auch in der Familie partizipieren. Sie sollten wissen, wie viel Einkommen es gibt, warum sie wie viel Taschengeld bekommen, was die Wohnung und was das Leben so kostet. Ich finde es eine Schande, dass es in unseren reichen Ländern hungrige Kinder und so etwas wie Sozialmärkte gibt. Es ist gut, dass es sie gibt, sonst wäre es noch schlimmer. Eigentlich ist das ein Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft.

Was hat sich durch die neuen Technologien und Web 2.0 verändert?

Natürlich berührt uns das auch. Da passieren erschütternde Sachen. Die modernen Medien sind ein Segen und ein Fluch.

Ein Segen?

Selbstverständlich, mit dem Internet können wir uns die Welt nach Hause holen. Aber natürlich muss man den Kindern auch etwas anbieten. Sonst darf man sich nicht wundern, wenn sie vor dem Kasten sitzen und in die Parallelwelten fliehen. Es gibt da immer wieder Pädosexuelle, die das Netz nutzen und sich auf die Suche nach Kindern machen, denen es nicht so gut geht. Oft können die Erwachsenen da nicht mit. Es ist sehr wichtig, sich als Eltern zu informieren, z. B. dass man mit dem Kind redet und Gefahren anspricht. Ich muss mich auch mit dem beschäftigen, womit sich meine Kinder befassen.

Faszinierend, wenn man denen zuschaut, wie sie mit den neuen Technologien umgehen. Kinder können ihren Eltern etwas zeigen, erklären, sie unterstützen.

Ihr tretet für die Kinderrechte ein. Haben Kinder auch Pflichten?

Unsere Gesellschaft ist nicht sehr kinderfreundlich. Immer, wenn wir über Kinderrechte reden, kommt der bedingte Reflex: Aber die haben auch Pflichten! Selbstverständlich haben sie Pflichten: In den Kindergarten gehen. In die Schule gehen. Hausaufgaben machen. Mithelfen zu Hause. Sie müssen meistens das tun, was Erwachsene von ihnen verlangen. Sie müssen höflich und freundlich zu allen Erwachsenen sein, das ist noch immer Thema. Die Erwachsenen haben immer Recht, was problematisch ist. Ich denke, man muss Kinder zu starken Menschen erziehen und auch Kindern beibringen, dass sie nicht alles so zur Kenntnis nehmen müssen. Sie sollen viel hinterfragen. Wenn Kinder Nein sagen können und dürfen ist das auch eine gute Intervention gegen sexuelle Übergriffe.

Und es macht sie zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern.

Wir brauchen solche. Es gibt das schöne Lied von Bettina Wegener: Grade klare Menschen wären ein schönes Ziel, Leute ohne Rückgrat haben wir schon zu viel.

Haben Sie einen Wunsch ans Christkind?

Kinderrechte sollten verpflichtend im Kindergarten und in der Schule vermittelt werden.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Internet:

Kinder- und Jugendanwaltschaft:
www.kja.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Wenzel und die Harmonika

Kinder, die als BettelmusikantInnen durch die Dörfer zogen, retteten viele Arbeiterfamilien auf dem Land vor dem Verhungern.

Diese Geschichte ereignete sich um 1870 in einem Dorf in Böhmen – heute ein Teil der Republik Tschechien, damals wie Österreich unter der Herrschaft Kaiser Franz Josefs. Erzählt wurde sie 1930 von Wenzel Holek, der als Erwachsener in der deutschen Arbeiterbewegung aktiv war. Im Jahr 1870 fiel unter dem Druck der jungen Fachvereine das Gewerkschaftsverbot. Es sollte noch viele Jahre dauern, bis sich auch die ArbeiterInnen, die in und um die Industriezentren am Land lebten, gegen Elend und Ungerechtigkeit zu wehren begannen.

Als ich wieder einmal mit der Mutter in den Wald ging, kritisierte sie wieder das Verhalten des Vaters, meine, er spare nur für die Bude¹ und kümmerge sich nicht darum, ob sie mit uns etwas zu essen habe oder nicht. Sie wüsste nun keinen anderen Ausweg wie den, dass auch ich wie die Jungen Babyk und Pesbek mit der Harmonika in die umliegenden Dörfer spielen gehe. ... Lange redete sie mir zu, ohne von mir eine Antwort zu hören. Zum Schluss meinte sie: „Na, das ist doch keine Schande. Dir geht es durch, weil du noch nicht so alt und groß bist, dass die Leute auf dich zeigen könnten, dass du arbeiten könntest und nicht betteln gehen brauchtest.“ Starr sah ich vor mich hin und fühlte, wie mein Gesicht glühte. Mein Mund, der wie eingefroren war, antwortete nicht auf Mutters Vorschlag. Früh, nach dem Essen, versuchte sie dann abermals, mich zum Spielen zu bewegen. „Nun, Wenzel, gehst du

¹ Gemeint ist die Trinkbude, der arbeitslose Vater hat das wenige Geld versoffen.

² Tschechisch Petrohrad; der Ort gehörte zu einer Schlossherrschaft.



© Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Eine Arbeiterfamilie in ihrer Wohnung um 1900. Auch damals noch hatten die Erwachsenen und die vielen Kinder in der Regel nur wenige Quadratmeter zum Schlafen, Kochen, Essen und Arbeiten.

oder nicht?“ ... „Wenn nicht, dann habt ihr heute nichts mehr zu essen.“

Der erste Ort, an dem ich mein Bettelmusikantenglück zu versuchen beschloss, war Knezowes. ... Nachmittags, die Sonne stand noch hoch, war ich das Dorf durch. ... Ich war mit diesem Erfolg zufrieden. ... Der Auftritt, den ich abnte, erfüllte sich, als ich die Stube betrat. ... „Brot, Kuchen! O, o, o“, riefen freudvoll die Geschwister. Die Mutter zwang sich auch zum Lachen, ich sah aber, wie ihr die Tränen in den Augen standen. In dem Augenblick vergaß ich meine Leiden, die ich beim Spielen ausgestanden. Sah ein, wie viel Gutes meine doch so bescheidene Kunst hatte, dass mein Instrument, das mein Belustigungsgegenstand in den freien

Stunden sein sollte, nun zu unserem Retter in der Not geworden war. ...

Einmal, als wir spät nachts in Petersburg waren, kehrten wir in das herrschaftliche Gasthaus ein.² ... Langsam griff ich nach meiner ... Harmonika und spielte. Aber kein Händeklatschen, kein Bravorufen erscholl beim Ende des Stückes wie vorher bei den anderen Musikanten. Beim Einkassieren frug mich dann ein Herr, wie alt ich wäre und ob ich noch Eltern und Geschwister hätte. Elf Jahre. Vater und Mutter haben keine Arbeit. Geschwister habe ich noch vier“, antwortete ich schüchtern.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Familie ist vieles

*Papa, Mama, Kind – so einfach ist das nicht mehr.
Viele Kinder wachsen heute in Patchworkfamilien auf.*

Autor: Christian Zickbauer
Freier Journalist

Längst ist die viel beschworene Kernfamilie – Vater, Mutter und leibliche Kinder – nicht mehr die einzige Form des Zusammenlebens. Kein Wunder bei explodierenden Scheidungsraten und endlich akzeptierten anderen Lebensmodellen.

Helmut und Manfred

Helmut sitzt an seinem Schreibtisch und starrt regungslos aus dem Fenster, während im Nebenzimmer seine Tochter aus erster Beziehung mit ihren Barbiepuppen spielt. Regen prasselt an die Fensterscheiben. In der Hand hält er einen Brief, seine Tränen tropfen darauf. Ein Schreiben von der betrieblichen Pensionskasse seines vor Kurzem verstorbenen Partners Manfred: Als eingetragener Partner habe er leider keinen Anspruch auf die Auszahlung der Hinterbliebenenpension. Es schmerzt weniger die finanzielle Benachteiligung, als dass ihm so brutal vor Augen geführt wird, dass diese Beziehung sogar noch über den Tod seines geliebten Partners Manfred hinaus diskriminiert wird.

Julia und Christoph

Der Wecker läutet um 6.30 Uhr. Julia und Christoph kuscheln sich noch einmal unter die warme Daunendecke, als ihre 7-jährige Tochter Lisa ins Elternschlafzimmer kommt. „Mir tut der Hals so weh!“, krächzt sie und schluchzt dabei herzerreißend. Ein kurzer Griff auf die

Stirn und Julia weiß, dass Lisa hohes Fieber hat. Auch wenn sie sich ein bisschen dafür schämt, gilt Julias nächster Gedanke der Arbeit: Gerade heute soll sie ihre Chefin zu einer Konferenz begleiten, auf die sie beide monatelang hingearbeitet haben. Und Christoph – bei dem wäre es in der Arbeit gerade nicht so ein saublöder Zeitpunkt. Christoph würde auch sofort Pflegeurlaub nehmen, aber er darf nicht. Lisa ist nämlich „nur“ seine Stieftochter und damit steht ihm nach dem Urlaubsgesetz kein Pflegeurlaub zu.

Regenbogen und Patchwork

Aber was ist denn überhaupt eine Familie? Die klassische Kleinfamilie? Die Ein-Eltern-Familie? Die Regenbogenfamilie, in der ein gleichgeschlechtliches Paar gemeinsam ein oder mehrere Kinder großzieht? Oder die Patchworkfamilie, „meine Kinder, deine Kinder, unsere Kinder“, in der mindestens ein Kind aus einer früheren Beziehung stammt. Es ist nicht mehr so einfach wie früher, den Begriff Familie zu definieren. Auch die klassische „Mama-Papa-Kind-Familie“ verändert sich. Unverheiratete Eltern gibt es immer häufiger und die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau in Ernährer und Hausfrau, die sich um die Kinder kümmert, wird nicht mehr so oft gelebt wie noch vor 30 Jahren.

Genauere Zahlen finden sich im Bericht „Familie in Zahlen“ des österreichischen Instituts für Familienforschung¹. Dort lassen sich grobe Trends herauslesen, z. B. dass die Ehe massiv an Bedeutung verliert (2010 über 40 Prozent uneheliche Geburten), dass aber trotzdem noch drei Viertel der Kinder mit beiden

leiblichen Elternteilen im gemeinsamen Haushalt wohnen. Der Anteil der Kinder, die nicht bei beiden biologischen Eltern leben, sondern in Ein-Eltern- und Patchworkfamilien, stieg aber in den letzten beiden Jahrzehnten stetig an. Was die Statistiken des österreichischen Instituts für Familienforschung jedoch nicht liefern, sind Zahlen über Regenbogenfamilien.

Zurück zu unseren Beispielen. Unmittelbare Diskriminierungen von „atypischen Familienformen“ im österreichischen Arbeitsrecht wie in den oben genannten Fällen sind nach einigen Reformen der letzten Jahre die Ausnahme. Und auch diese werden hoffentlich nicht mehr lange bestehen.

Zum Beispiel von Helmut und Manfred: Bei der betrieblichen Hinterbliebenenpension hat ein österreichisches Gericht bereits entschieden, dass diese Schlechterstellung von homosexuellen Paaren gegen EU-Recht verstößt². Dennoch: Eine von mir anlässlich des Artikels durchgeführte telefonische Umfrage bei verschiedenen Pensionskassen ergab, dass diese EU-rechtswidrige Praxis von einigen Pensionskassen beibehalten wird.

Zum Beispiel von Julia und Christoph: AK und Gewerkschaft forderten schon länger einen Anspruch auf Pflegeurlaub für den „neuen“ Elternteil in Patchworkfamilien und den ehemaligen Ehepartner. Ab dem nächsten Jahr wird die Gleichstellung realisiert. Auf Initiative des Frauen- und des Sozialminis-

¹ ÖIF: Familie in Zahlen 2011, aus: tinyurl.com/cayn9kz, abgefragt am 27. November 2012.

² www.queernews.at/archives/3152, abgefragt am 3. Dezember 2012.

teriums beschloss der Nationalrat im Dezember diese weitreichende Verbesserung für Patchwork- und Ein-Eltern-Familien.

Benachteiligung atypischer Familien

Oft sind Benachteiligungen für atypische Familien aber erst auf den zweiten Blick zu erkennen. Etwa sind für AlleinerzieherInnen Steuervergünstigungen wie die Absetzbarkeit von Kinderbetreuung oftmals wenig bis nichts wert. 30 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte sind armutsgefährdet³. Das Einkommen der meist weiblichen Alleinerziehenden fällt oft so niedrig aus, dass die Steuerersparnisse, wenn es überhaupt welche gibt, um ein Vielfaches geringer sind als bei Gutverdienenden. Sozial gerechter wäre es hier, statt steuerlicher Vergünstigungen für Besserverdienende die Familienbeihilfe zu erhöhen und mehr in Sachleistungen (zum Beispiel den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen) zu investieren.

Würde man eine atypische Familie nach ihrer geringen Häufigkeit definieren, so müsste man in Österreich Familien als atypisch einstufen, in denen der Mann in Karenz geht. Auch wenn mit der Einführung des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes ein Anreiz für die meist besser verdienenden Männer geschaffen wurde, gehen nur fünf Prozent der Väter in Elternkarenz (in Island sind es z. B. über 30 Prozent). Offensichtlich ist in Österreich die Angst vor Nachteilen im Berufsleben zu groß. Oder die erwartete Resonanz im Betrieb und im persönlichen Umfeld wird nicht positiv genug eingeschätzt. Hier setzt die Imagekampagne „Echte Männer gehen in Karenz“ des Frauenministeriums an. Sie soll vermitteln: Die Vaterkarenzzeit ist ein unersetzlicher Gewinn für das eigene Leben, die Vater-Kind-Beziehung, die Partnerschaft und die Partnerin. Allerdings müssen weitere gesetzliche Maßnahmen wie der bezahlte Papa-

monat folgen. Erst dann wird die Beteiligung von Männern an den Karenzzeiten stärker ansteigen.

Gesellschaftliche und rechtliche Fragestellungen zum Thema Familie werden immer wieder als ideologisches Kampfgebiet missbraucht, was sich nicht zuletzt in der Aufregung um die Informationsbroschüre „Ganz schön intim“⁴ zeigt. Diese richtet sich an LehrerInnen und soll ihnen eine pädagogische Hilfestellung für die Sexualerziehung bis zur 6. Schulstufe bieten. Da in dieser Broschüre unterschiedliche sexuelle Orientierungen „gleichwertig“ thematisiert werden, wittern Konservative und Rechte die „Diskreditierung der sogenannten Kernfamilie“⁵. Sie stoßen sich daran, dass unsere Kinder verschiedene Lebenswirklichkeiten, die sie teilweise aus ihrer eigenen Lebenswelt kennen, mit pädagogischer Hilfe bearbeiten.

Kreative Lösungen

In einem solchen Klima braucht es noch viele Anstrengungen, bis eine annähernde Gleichstellung verschiedener Familienformen erreicht werden kann. Manche Betroffene nehmen auch selbst die Initiative in die Hand und wehren sich mit kreativen Lösungen gegen benachteiligende Gesetze. So z. B. jenes lesbische Paar, das sich in der Schweiz trotz Adoptionsverbot und Verbot der künstlichen Befruchtung seinen Kinderwunsch erfüllt hat. Sie taten sich mit einem schwulen Paar zusammen und mittlerweile lebt die Familie mit zwei Kindern auf einem Bauernhof.

Andere zerbrechen aber an dem diskriminierenden Umfeld, wie die Selbstmordstatistik von jungen homosexuellen Männern zeigt: Die Selbstmordrate ist signifikant höher als bei gleichaltrigen Heterosexuellen⁶.

Internet:

Österreichisches Institut für Familienforschung:
www.oif.ac.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

christian.zickbauer@gmail.com

oder die Redaktion
aw@oegb.at

³ Zartler, Beham u.a.: Alleinerziehende in Österreich – Lebensbedingungen und Armutsrisiken, Sozialpolitische Studienreihe des BMASK, Band 7, 2011.

⁴ images.derstandard.at/2012/11/27/Selbstlaut.pdf, abgefragt am 3. Dezember 2012.

⁵ So VP-Bildungssprecher Werner Amon in einer parlamentarischen Anfrage an BM Schmied.

⁶ Council of Europe Publishing: Discrimination on grounds of sexual orientation and gender identity in Europe, 2nd Edition, 2011.



30 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte sind armutsgefährdet. Das Einkommen der meist weiblichen Alleinerziehenden fällt oft so niedrig aus, dass die Steuerersparnisse, wenn es überhaupt welche gibt, um ein Vielfaches geringer sind als bei Gutverdienenden.

Die feinen Antennen der Kinder

Familienkonstellationen wandeln sich. Doch Kinder wollen am liebsten mit beiden Elternteilen zusammenleben. Die Gesellschaft hält diese Illusion aufrecht.

Autorin: Sonja Fercher
Freie Journalistin

Was denken sich so Eltern eigentlich? Stehen im Vorzimmer und keifen einander in Superlautstärke an und meinen, der Nachwuchs ist taub?“ Karli

Welches Kind kennt nicht die Bücher von Christine Nöstlinger? In „Sowieso und überhaupt“ schildert die österreichische Kinderbuch-Autorin eine Scheidung aus Sicht der drei Geschwister Ani, Karli und Speedi. Was die große Schwester Karli oben schildert, wird von Eltern nach wie vor meist übersehen, wenn der Ehesegen schief hängt: Es lässt sich vor den Kindern nicht verheimlichen. „Kinder haben sehr feine Antennen und sie bekommen mit, wenn sich auch nur atmosphärisch etwas verändert“, meint Harald Werneck, Entwicklungspsychologe an der Uni Wien. Nichtsdestotrotz versuchen Eltern immer den Schein zu wahren. Sinnvoll ist das absolut nicht, erklärt der Wissenschaftler: „Es ist besser, Kindern reinen Wein einzuschenken. Bekommen die Kinder einen Streit mit, ist es gut, das vor ihnen ausdiskutieren, damit sie es verstehen können.“ Allerdings: „Es muss in kindgerechter und altersadäquater Art und Weise passieren.“

Kinder werden mitgeschieden

„O.k., sage ich mir, wenn sich Ehefrau und Ehemann nicht mehr vertragen, dann ist es ihr gutes Recht, sich zu trennen! Wäre ja auch tiefes Mittelalter, wenn es keine Scheidung gäbe! Aber in Wirklichkeit sehe ich das überhaupt nicht ein. Die Kinder wer-

den ja mitgeschieden. Und weder die Karli noch ich, und der Speedi schon gar nicht, wollen vom Vater geschieden werden!“

Die gesellschaftlichen Realitäten haben sich verändert. Zwar lebt der Großteil der Kinder in Österreich immer noch in der „klassischen Kernfamilie“, doch fast die Hälfte aller Ehen wird geschieden, Patchwork-Familien werden immer verbreiteter, ungefähr zwölf Prozent der Kinder werden von einem Elternteil erzogen, meist von der Mutter. Das ändert allerdings nichts daran, dass Kinder ein großes Harmoniebedürfnis haben, wie es Ani in dieser Passage aus Nöstlingers Buch beschreibt. „Grundsätzlich wollen Kinder beide Eltern behalten, sie wollen, dass sie sich verstehen, sich nach einem Streit wieder versöhnen und zusammenbleiben“, so Werneck. Das gehe manchmal so weit, dass sie auch Jahre nach einer Scheidung immer noch an der Illusion festhalten, dass die Eltern wieder zusammenkommen: „Deshalb ist es wichtig, die Kinder zu informieren und sie nicht in Illusionen schwelgen zu lassen.“ Die Sehnsucht der Kinder nach Mutter und Vater hält der Wissenschaftler für wenig überraschend. Er räumt aber ein, dass diese auch von der Gesellschaft genährt werde. Denn so vielfältig Familienkonstellationen inzwischen sind, die heile Familie ist immer noch sehr präsent, ob in Filmen, Serien, Medienberichten oder Reden von PolitikerInnen. „Natürlich färbt es auf die Kinder ab, wie Familie in der Gesellschaft gesehen wird.“

Überraschend viele Eltern meinen ihre Kinder schonen zu müssen, weshalb sie sie im Unklaren lassen: „Es ist er-

staunlich, wie viele Kinder sogar erst im Nachhinein von der Scheidung der Eltern erfahren. Entweder weil man sich nicht getraut hat, es den Kindern zu sagen, oder weil man dachte, den Kindern etwas Gutes zu tun. Aber es arbeitet in den Köpfen der Kinder“, gibt Werneck zu Bedenken.

Scheidung nicht nur Scheitern

Die Überlegungen von Ani aus Nöstlingers Buch zeigen auch, dass sich hier bereits einiges verändert hat. Immerhin wird eine Scheidung nicht mehr nur als Scheitern erlebt, wie Entwicklungspsychologe Werneck bemerkt. „Vor ein oder zwei Generationen war es für die Kinder noch mal ein Stück härter. Das ist heute deutlich anders, vor allem in der Großstadt wird man nicht mehr als gescheiterte Existenz gesehen.“ Allerdings würde man sich „in die Tasche lügen“, wenn man annehme, dass die Kinder locker damit umgehen. „Das heißt aber nicht, dass es nicht Wege gibt, relativ gut damit klar zu kommen“, so Werneck. Von Bedeutung sei auch, wie die Beziehung zu den Eltern vorher gewesen ist. War das Verhältnis zum Vater eh schon schlecht, zum Beispiel weil es gewalttätige Auseinandersetzungen gegeben hat, „kann die Scheidung für die Kinder auch eine Erlösung sein.“ Anders sei es, wenn die Trennung den Verlust des geliebten Papas bedeutet, wie in Nöstlingers Buch. Insgesamt hält der Psychologe fest, dass man nicht alles über einen Kamm scheren kann. „Es ist sagenhaft: So lange bei uns dabeim alles in Ordnung war, sind mir meine Brüder, sowohl der kleine als auch der große, unheimlich auf die Nerven



„Aber ich finde, Hauptsache Gewissheit ist da, dass man nicht alleine im Regen stehen gelassen wird, wenn man dringend einen Regenschirm braucht. (...) Und dass wir eine größere Auswahl an Regenschirmen haben als andere Kinder, das ist ja auszuhalten.“

gegangen (...)! Seit die ganze Familienscheiße so richtig am dampfen ist, habe ich die beiden nur mehr lieb. Wir sind eine richtige Kummer-Genossenschaft geworden.“

Komplexe Geschwisterbeziehungen

In familiären Krisensituationen können Geschwister eine wichtige Stütze sein, aber auch unabhängig davon gute Gefährten. Wünscht sich eigentlich jedes Kind Geschwister? „So lange sie nicht da sind“, scherzt Werneck. Geschwisterbeziehungen sind unheimlich komplex. Der Psychologe fragt in seinen Lehrveranstaltungen oft nach, wie dies seine Studierenden sehen: „In den meisten Fällen wird es trotz Streitereien und Rivalitäten positiv gesehen.“ Je geringer der Altersabstand, desto intensiver meistens die Beziehung. Gleichgeschlechtliche Geschwister seien sich oft näher. Das Spektrum sei aber breit und es ändere sich im Laufe des Lebens: „Im jungen Erwachsenenalter, wenn man selbst eine Familie gründet, verlieren die Geschwister oft an Bedeutung. Oft kommen sie sich im hohen Alter wieder näher, manche ziehen sogar wieder zusammen.“

Grundsätzlich bräuchten Kinder Kinder. „Wenn es keine Geschwister gibt, ist man gut beraten frühzeitig zu organisieren, dass sie in Kontakt mit Gleichaltrigen kommen, etwa in Krippe, Kindergarten oder mit Kindern im Umfeld. Es gibt Aspekte, die können nur Kinder verstehen, zum Beispiel beim sozialen Lernen. Da braucht’s auch Erwachsene, aber Erwachsene können Kinder nicht ersetzen.“ Insofern könne ein Kindergarten auch dann Sinn machen, wenn es Geschwister gibt. Was die

Akzeptanz von öffentlicher Kinderbetreuung betrifft, sei man in Österreich zwar weit entfernt von dem, was in skandinavischen Ländern oder in Frankreich Alltag ist. Aber gerade in den vergangenen zwei Jahren habe sich sehr viel getan, findet Werneck: „Kinderkrippen werden nicht mehr als Notlösung gesehen.“ Ein Problem sieht der Psychologe jedoch in der Qualität: „Österreich ist das einzige Land, in dem es keine akademische Ausbildung gibt.“ Dazu komme, dass der Betreuungsschlüssel oftmals schlecht sei. „Wenn man mit 15 Wickelkindern allein ist und vielleicht alle gleichzeitig Hunger haben: Da kann man noch so gut ausgebildet sein, aber da ist eine Person überfordert.“

„Immer muss ein anderer auf mich aufpassen. Und keiner tut es gern. Bis auf die Oma. Die freut sich, wenn ich bei ihr bin. Oder sie bei mir. Darum hätte ich es so gern, wenn die Oma bei uns wohnen würde.“ Als es dem kleinen Speedi aus Nöstlingers Buch zu bunt mit den streitenden Eltern wird, fasst er den Entschluss, zur Oma zu ziehen. Er packt seine Siebensachen und macht sich auf den Weg zu ihr. In traditionellen Familienzusammenhängen spielten die Großeltern früher, schon gar am Land, eine wichtige Rolle. Das hat sich vor allem in der Stadt verändert. „Ihre Rolle wird oft unterschätzt“, meint Psychologe Werneck. „Sie sind Bezugspersonen über die Eltern hinaus, die konstant bleiben. Im Sinne der Stabilität können sie also eine wichtige Rolle spielen. Man kann oder sollte sie vielleicht sogar stärker einbeziehen.“ Aber auch hier gelte: Man müsse differenzieren, auch Beziehungen

zwischen Großeltern und Eltern seien nicht immer einfach.

Wichtig für Kinder sind zudem andere erwachsene Bezugspersonen, die im Streitfall nicht unmittelbar involviert sind, so Werneck. „Es ist gut, wenn man einen Onkel, eine Tante oder eine Freundin der Mutter hat, denen man sich zuerst anvertrauen kann. Wichtig ist es auch deshalb, weil das Kind dann lernt, dass nicht alle Erwachsenen gleich agieren und reagieren, dass sie unterschiedliche Meinungen haben oder auch Erziehungsstile. Zu lernen, damit umzugehen, ist für Kinder wichtig.“

Größere Auswahl an Regenschirmen

Das Buch von Christine Nöstlinger endet nicht in der Familienidylle. Wie es weitergeht, ist nicht klar. Ein Zwischenfall bringt alle Beteiligten zumindest einmal zusammen, die Eltern und ihre neuen Lebensgefährten arrangieren sich. Die letzte Szene spielt in einem Restaurant. Sandwichkind Ani hält fest: „Vielleicht sind wir wirklich eine merkwürdige Gesellschaft. (...) Aber ich finde, Hauptsache Gewissheit ist da, dass man nicht alleine im Regen stehen gelassen wird, wenn man dringend einen Regenschirm braucht. (...) Und dass wir eine größere Auswahl an Regenschirmen haben als andere Kinder, das ist ja auszuhalten.“

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sonja.fercher@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Was Familienförderung wollen sollte

Alle wollen für die Familie nur das Beste. Darüber, was das ist, gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Es hilft daher, einen Blick auf die Fakten zu werfen.

Autorin: Sybille Pirklbauer

Politologin, Frauenabteilung der AK Wien

Österreich gibt im internationalen Vergleich sehr viel Geld für Familien aus. Mit 2,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt liegt Österreich deutlich über dem OECD-Schnitt von zwei Prozent. Ein Blick auf andere Länder zeigt jedoch: Was die Zahl der Kinder anlangt, tun wir das mit relativ geringem Erfolg. Mit einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau liegt Österreich nicht nur deutlich unter dem EU-Schnitt, sondern auch weit abgeschlagen zurück hinter Ländern wie Frankreich, Schweden oder Dänemark, wo zwei Kinder die Regel und nicht die Ausnahme sind.

Das würden sich österreichische Frauen und Männer auch wünschen, wenn man sie danach fragt. Doch tatsächlich werden viel weniger Kinder geboren. Offenbar hat der Familienförderungs-Geldsegen nicht die ersehnte Wirkung.

Große Herausforderungen

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hierzulande nach wie vor eine große Herausforderung darstellt.

Vor allem gut ausgebildete Frauen mit einem guten Erwerbseinkommen scheuen die negativen Konsequenzen, die die berufliche Unterbrechung und die zeitlichen Einschränkungen aufgrund der Betreuungspflichten mit sich bringen. Eine Studie des WIFO berech-

nete für eine Frau mit einem Kind und nur teilweiser Beschäftigung einen kumulierten Verdienstentgang von über 100.000 Euro bis zum 18. Geburtstag des Kindes gegenüber einer gleich qualifizierten kinderlosen Frau. Das kann selbst die großzügigste Förderung nicht wettmachen.

30.000 Plätze fehlen

Wenn es um Familie und Kinder geht, wird gerne von der „Wahlfreiheit“ gesprochen. Aber ohne passende Kinderbetreuung ist für viele Mütter diese Entscheidungsfreiheit graue Theorie.

Das Angebot hat sich zwar in den vergangenen Jahren verbessert – nicht zuletzt dank der Mittel, die der Bund dazu beigetragen hat –, trotzdem gibt es gravierende Lücken. In einer aktuellen Befragung gaben mehr als 140.000 Eltern (vor allem Frauen) an, aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht oder nur in Teilzeit berufstätig zu sein. Und von jenen, die einen Betreuungsplatz haben, beklagen mehr als 100.000 ungenügende Öffnungszeiten, zu viele Schließtage in den Ferien und zu hohe Kosten.

Kein Wunder: Noch immer fehlen rund 30.000 Plätze für die Kleinsten unter drei Jahren. Nur in Wien ist das EU-Ziel, für ein Drittel dieser Altersgruppe Angebote zu schaffen, tatsächlich erfüllt. In den anderen Bundesländern gibt es nicht einmal für jedes fünfte Kleinkind einen Betreuungsplatz.

Auch bei den Öffnungszeiten hapert es trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren. Nur 19 Prozent der Kin-

der unter sechs Jahren haben einen Betreuungsplatz, der mit einer Vollzeit-erwerbstätigkeit vereinbar ist. In einzelnen Bundesländern ist die Situation besonders problematisch. So haben etwa in der Steiermark 58 Prozent der Kindergärten nach 14 Uhr bereits geschlossen, in Tirol sind es 46 Prozent. Verbesserungen wären hier besonders für jene Frauen wichtig, die auf eine Erwerbstätigkeit keinesfalls verzichten können, wie Alleinerziehende und Frauen, deren Familien nur über ein geringes Einkommen verfügen.

Aus Sicht der Kinder ist ein gutes Betreuungsangebot entscheidend für ihr weiteres Leben. Denn Studien zeigen immer wieder: Gleiche Chancen in der Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund können am wirksamsten durch gute Frühförderung geschaffen werden. Ohne Kinderbetreuung drohen sich Benachteiligungen zu vererben. Das sieht man auch beim Bedarf an Sprachförderung bei den Fünfjährigen: Kinder im Kindergarten brauchen nur halb so oft Fördermaßnahmen wie Kinder, die keinen besuchen.

Kinder zu versorgen geht ins Geld

Die Freude an Kindern ist nicht in Geld zu bemessen. Allerdings schlägt sich das, was sie zum Großwerden brauchen, sehr wohl in ganz konkreten Euros nieder: Essen, Kleidung, Spielsachen, Kinderzimmer Einrichtung, Schulsachen, später Handy, Laptop usw. – Kinder zu versorgen geht ordentlich ins Geld. Daher ist es nur gerecht, wenn Eltern vom Staat finanziell unterstützt werden.

Mit der Familienbeihilfe und dem Kinderabsetzbetrag hat Österreich eine bewährte Form der Förderung, die alle Familien erreicht. Und zwar unabhängig davon, wie viel die Eltern verdienen.

Allerdings gab es in letzter Zeit eine Entwicklung, die dazu führt, dass Kinder von Eltern mit hohem Einkommen plötzlich mehr wert sind. Der Grund dafür ist, dass diese die neu geschaffenen steuerlichen Vorteile voll nutzen können, während etwa Eltern mit geringem Einkommen dabei leer ausgehen. So wurde mit der Steuerreform 2009 ein Kinderfreibetrag eingeführt. Das klingt gut, hat aber wesentliche Nachteile. Eine aktuelle parlamentarische Anfrage hat ergeben, dass dieser Freibetrag 1,8 Mio. Kindern zustehen würde, tatsächlich aber nur für rund 800.000 genutzt wurde.

Für weitere 400.000 Kinder wurde er zwar beantragt, die Eltern gingen aber wegen ihres zu geringen Einkommens leer aus. Einen Vorteil gibt es nämlich nur, wenn ein Elternteil über 1.200 Euro brutto monatlich verdient.

Mehr als 200.000 Erwerbstätige schaffen diese Grenze nicht. Besonders betroffen sind Beschäftigte in Billiglohnbranchen (Handel, Gastgewerbe, Reinigung), viele Teilzeitbeschäftigte, zumeist Frauen.

Unterschiedliche Förderung

Das gleiche Problem besteht bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten – Eltern mit geringen Einkommen gehen trotz vorhandener Kosten leer aus. So wurden 18,5 Mio. an Betreuungskosten eingereicht, die zu keinem steuerlichen Vorteil führten.

Dazu kommt, dass Kinder auch unterschiedlich gefördert werden, je nachdem wie sich die Eltern die Arbeit teilen. Entscheiden sich diese für eine partnerschaftliche Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit, gibt es weniger Geld für das Kind als wenn die Mutter in traditioneller Weise zu Hause bleibt. Das liegt daran, dass der Alleinverdienerabsetzbetrag (AVAB) nach Kinderzahl gestaffelt ist. Gehen beide Eltern arbeiten und haben daher keinen Anspruch auf den AVAB, erhalten sie auch weniger Geld für die Kinder!

Es ist gar nicht immer so leicht, vorhandene Förderungen auch wirklich zu bekommen. Kaum jemand überblickt das Dickicht von Familienleistungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Anträgen usw.

Oder wer kennt schon den Unterschied zwischen **Kinderfreibetrag**, **Kinderabsetzbetrag** und Freibetrag zu den Kinderbetreuungskosten oder weiß über **Mehrkindstaffel** und **Mehrkindzuschlag** Bescheid? Auch WIFO und Rechnungshof üben Kritik daran, weil es hohen Verwaltungsaufwand verursacht. Eine Vereinfachung wäre dringend notwendig.

Eltern verdienen alle Unterstützung

Wichtig wäre es auch, eine eigenständige berufliche Tätigkeit der Mütter stärker zu unterstützen. Das zahlt sich nicht nur für die spätere soziale Absicherung der Frauen aus, sondern schlägt sich auch sofort in einem besseren Einkommen nieder.

Schon mit einer Teilzeitbeschäftigung von maximal 20 Stunden verdienen Frauen im Schnitt 720 Euro netto im Monat. Mit einer Ausweitung auf Vollzeit verdoppelt sich das Nettogehalt auf 1.450 Euro. Damit gibt es auch deutliche höhere Ansprüche in der Sozialversicherung (Arbeitslosengeld, Krankengeld, Pension).

Männer und Frauen mit Kindern verdienen jede Anerkennung – und jede Form der Unterstützung, die es ihnen wirkliche Wahlfreiheit und echte Vereinbarkeit ermöglicht. Dazu gehört gute Kinderbetreuung ebenso wie finanzielle Unterstützung. Aber weder das Einkommen der Eltern, noch deren Arbeitsteilung soll eine Rolle dabei spielen, wie Kinder in einer Familie gefördert werden.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/a8ndnjt

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Eine Studie des WIFO berechnete für eine Frau mit einem Kind und nur teilweiser Beschäftigung einen kumulierten Verdienstentgang von über 100.000 Euro bis zum 18. Geburtstag des Kindes gegenüber einer gleich qualifizierten kinderlosen Frau.

Friede, Freude, Eierkuchen?

Frauen- und Familienpolitik hängen auf vielerlei Art und Weise zusammen, müssen aber trotzdem getrennt betrachtet werden. Das macht das Thema kompliziert.

Autorin: Barbara Marx

Leiterin der Bundesfrauenabteilung GPA-djp

Das Verhältnis von Frauen- und Familienpolitik ist je nach Sichtweise entweder sehr einfach oder sehr kompliziert. Einfach insofern, weil für viele Personen Frauen- und Familienpolitik in der Praxis auf das Gleiche hinauslaufen: Was für das Kind – angeblich – am besten ist, ist es auch für die Mutter. Denn eine gute Mutter will schließlich nur das Beste für ihr Kind und stellt selbstverständlich eigene Bedürfnisse hinten. So weit, so gut. Für all jene allerdings, die eine Frau nicht ausschließlich als eine (potenzielle) Mutter betrachten, ist die Sache nicht ganz so einfach. Und wenn man erst einmal mit einer kritischen Analyse beginnt, erscheint die Familie, die in der Waschküchenvererbung immer ein Ort von Friede, Freude und selbstgebackenem Kuchen ist, plötzlich überhaupt nicht mehr so einträchtig oder gar friedfertig!

Ort der Gewalt

Jede fünfte Frau ist zumindest einmal in ihren Leben von Gewalt in ihrem sozialen Nahraum betroffen. In Wahrheit sollten sich Frauen und Mädchen weniger davor fürchten, nachts nach Hause zu gehen, als vor dem Nachhausekommen!

Gewalt in der Familie ist ein Phänomen, das eng mit Vorstellungen der bürgerlichen (Klein-)Familie verbunden ist. Lange besaßen Frauen und Kinder keine eigenständigen Persönlichkeitsrechte, sie waren Eigentum des männlichen Familienoberhauptes, das absolute Ver-

fügungsgewalt hatte. Das bedeutete, dass Kinder durch Schläge – „g'sunde Watschn“ – „erzogen“ wurden und Vergewaltigung in der Ehe juristisch bis 1989 nicht existierte. Man(n) vertrat die Ansicht, mit der Eheschließung habe eine Frau ein grundsätzliches und allumfassendes Einverständnis zu sexuellen Handlungen mit ihrem Ehemann abgegeben.

Die „neue“ Frauenbewegung begann Gewalt gegen Frauen ab den 1970er-Jahren öffentlich zu thematisieren und durch die Gründung von Frauenhäusern, Notrufstellen und anderen Initiativen Beratung und Hilfe anzubieten. Trotz jahrzehntelanger Arbeit sind patriarchale Vorstellungen und die Tolerierung männlicher Gewalt gegen Frauen aber immer noch im öffentlichen Bewusstsein verankert. So sorgte die Amstettner FPÖ-Stadträtin Brigitte Kashofer vor Monaten für Aufsehen, als sie eine Subventionierung des örtlichen Frauenhauses ablehnte, mit der Begründung, dieses (!) sei mitverantwortlich für die Zerstörung von Ehen und Partnerschaften.

Viele Frauen mit schulpflichtigen Kindern arbeiten in Österreich Teilzeit, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Doch damit beginnen die Probleme erst so richtig: Teilzeit arbeiten bedeutet auch, von einem Teilzeit-Gehalt leben zu müssen. Das mag in sehr gut bezahlten Branchen und in höheren Positionen vielleicht nicht allzu schwer sein. In Niedriglohnbranchen und/oder in niedrigeren Positionen hingegen schon. Die Folgen sind Abhängigkeit von einem Partner oder der erste

BUCHTIPP

Bascha Mika

Die Feigheit der Frauen

Rollenfallen und Geiselmertalität. Eine Streitschrift wider den Selbstbetrug. Goldmann Verlag, 2012, 256 Seiten, € 8,99 ISBN 978-3-4421-5720-4



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132 fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Schritt in die Armut. Das zweite gravierende Problem ergibt sich im Alter. Unser Pensionssystem orientiert sich an der Sicherung des Lebensstandards. Das bedeutet, jemand, der niedrige Versicherungsbeiträge einbezahlt hat, erhält im Alter auch eine sehr geringe Pension. Drittens: Frauen in Teilzeit, egal wie engagiert oder talentiert sie auch sein mögen, haben nur selten die Möglichkeit befördert zu werden oder Weiterbildungen in Anspruch zu nehmen. Anders ausgedrückt: Im besten Fall ist die Karriereentwicklung für einige Jahre gestoppt, im schlimmsten Fall kommt sie nie wieder in die Gänge. Das Paradoxe an dieser Situation ist allerdings, dass sich Frauen zu Hause ja nicht die Zeit mit Maniküre oder Kaffeekränzchen vertreiben. Die Zeitverwertungsstudie der Statistik Austria zeigt deutlich, dass Frauen im Durchschnitt sogar ein wenig mehr pro Woche arbeiten als Männer, wenn sowohl die bezahlte als auch die unbezahlte Arbeit zusammengezählt wird.



Und wenn man erst einmal mit einer kritischen Analyse beginnt, ist die Familie, die in der Waschküchenpulverwerbung immer ein Ort von Friede, Freude und selbst gebackenem Kuchen ist, plötzlich gar nicht mehr so einträchtig oder gar friedfertig!

Selbst in jenen Familien, in denen Kinderbetreuung, Altenpflege und Hausarbeit nicht von weiblichen Familienangehörigen erledigt werden, übernehmen wieder Frauen diese Tätigkeiten. Kindergärtner haben in Österreich immer noch Exotenstatus. Ähnliches gilt für Pflegetätigkeiten und Hausarbeit. Frauen aus Osteuropa und anderen Regionen, mit teilweise sehr hohen Bildungsabschlüssen, arbeiten als 24-Stunden-Pflegerinnen und putzen. Parallel müssen sie selber Arrangements für die Betreuung ihrer Kinder oder die Pflege ihrer Eltern treffen, die meist in ihren Heimatländern zurückgeblieben sind. Es ist im Bereich der Haus- und Pflegearbeit zu einem globalen Sesslerücken gekommen, aber die Arbeit an sich bleibt fest in Frauenhand!

Echte Männer machen halbe-halbe

Frauen sind heute so gut ausgebildet wie niemals zuvor und dennoch stecken sie selbstverständlich im Berufsleben zurück, wenn Kinder zur Welt kommen oder Angehörige Pflege und Betreuung brauchen. Für Männer bedeutet eine Familie Rückhalt und Ausflüge am Wochenende, für Frauen in erster Linie Arbeit. Vor fast 20 Jahren erregte Frauenministerin **Helga Konrad** mit der Kampagne „Echte Männer machen halbe-halbe“ die Gemüter. Bis heute scheinen Männer in Österreich aber keinen so großen Wert darauf zu legen, in diesem Sinn „echte Männer“ zu sein. Warum auch? Ein wenig Betreuungsarbeit bei den eigenen Sprösslingen reicht, um am Kinderspielplatz von allen anwesenden Müttern augenblicklich zum

Vater des Jahres erkoren zu werden und in Zeitungsinterviews vom schweren Los der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie berichten zu dürfen.

Ort der Identitätsbildung

Aber warum machen selbst gut ausgebildete und selbstbewusste Frauen das mit, anstatt eine gerechte Aufgabenverteilung von ihrem Partner einzufordern? Eine Erklärung lautet sicherlich, dass viele Frauen diese Rollenverteilung grundsätzlich gar nicht infrage stellen. So wie sich Männer in ihrem Selbstbild als Familienernährer definieren, sehen sich Frauen selbst als primär zuständig für Kinder, Pflegearbeit und den Haushalt.

Da Tätigkeiten und Branchen, in denen viele Frauen beschäftigt sind, in der Regel schlechte Bezahlung und nur wenig Prestige bieten, können Frauen ihren Platz in der Gesellschaft in der Regel nicht aus ihrer Erwerbstätigkeit ableiten, wie viele Männer das tun. Es bleibt die Rolle als gute Mutter und Ehefrau, die den privaten Bereich in Form einer „Familienmanagerin“ im Griff hat, um daraus Selbstbestätigung zu ziehen. Genau dadurch werden aber Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt teilweise untergraben, weil Frauen im Gegensatz zu Männern weniger gewerkschaftlich organisiert sind und seltener auf Betriebsratslisten kandidieren. Solange Frauen ihre eigene Erwerbstätigkeit als kleinen „Zuverdienst“ zum „richtigen“ Lohn/Gehalt ihres Partners sehen, solange besteht für sie wenig Anreiz für anständige Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Lohn- und

Gehaltsentwicklung zu kämpfen. Wenn Frauen sich auch zukünftig selbst über ihr Familienleben definieren und anderen Bereichen ihres Lebens wenig Gewicht beimessen, treffen Bezeichnungen wie „Rabenmutter“ oder „schlampige Hausfrau“ weiterhin voll ins Schwarze.

Das Verhältnis von Frauen- und Familienpolitik ist, wie diese wenigen Beispiele zeigen, ziemlich kompliziert: Familie ist für viele Frauen ein Ort von Erniedrigung und Gewalt, aber nicht immer sind Frauen Opfer, manchmal sind sie auch Täterinnen bei Gewalt gegen Kinder. Familie bedeutet für Frauen einen riesigen Berg unbezahlter Arbeit. Dennoch sind Kinder nicht nur ein Garant für dreckige Wäsche, sondern auch für Glück und Freude. Und Partnerschaften erfordern harte Beziehungs- und Verhandlungsarbeit, sind aber gleichzeitig auch Stütze und Rückhalt im Leben. Für Feministinnen kann deswegen das Ziel sicherlich nicht sein, die „Familie“ abzuschaffen. Es sollte darin bestehen, unseren Blick auf die Realität zu schärfen, abseits aller Waschmittel-Werbungsklischees. Die Realität ist nämlich nicht so einfach!

Internet:

Frauenministerium:
frauen.bka.gv.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
barbara.marx@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Oh du liebe Zeit . . .

Viele Menschen wünschen sich einen guten Job, ein glückliches Familienleben und ein spannendes Hobby. Doch der Tag hat nur 24 Stunden. Stress pur!

Autorin: Christa Schlager

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, AK Wien

Unter Zeitwohlstand versteht man die Möglichkeit, ausreichend Zeit für seine eigenen Bedürfnisse zu haben. Eine Untersuchung zum Thema brachte in Österreich interessante Ergebnisse hervor (Tabelle 1). Insgesamt befanden rund zwei Drittel der Befragten, dass sie genug Zeit für ihre Familie hätten. Allerdings differierte diese Aussage nach Alter und Geschlecht. Die Zufriedenheit war bei älteren Menschen höher als bei jüngeren und unter den über 65-Jährigen bei beiden Geschlechtern gleich hoch. Interessant ist der Unterschied zwischen Frauen und Männern im Alter von 20 bis 39 Jahren: Während knapp 62 Prozent der Frauen die Zeit für ihr Kind bzw. ihre Kinder als ausreichend empfanden, waren es bei den Männern

nur 35 Prozent. Hier zeigen sich die Folgen der traditionellen Arbeitsteilung – Männer gehen arbeiten, Frauen arbeiten oft Teilzeit bzw. setzen eine Zeit lang aus –, denn bis zum 65. Lebensjahr ist die Zufriedenheit der Männer geringer als die der Frauen. Alleinerziehende gaben nur zu 50 Prozent an, ausreichend Zeit für ihre Kinder zu haben (siehe Tabelle 1).

Vor allem unter Erwerbstätigen ist ein Mangel an Zeit für die Haushaltsführung festzustellen. Hier sind es nur rund 37 Prozent, die ausreichend Zeit haben, während bei Arbeitslosen und PensionistInnen die Werte über zwei Dritteln lagen.

Nur ein Drittel sehr zufrieden

Auch beim Thema Hausarbeit gaben die Männer öfter an, zu wenig Zeit dafür zu haben. Im Alter von 20 bis 39 Jahren sind es mehr als zwei Drittel, bei den

Frauen waren es um zehn Prozentpunkte weniger. Die Zufriedenheit damit, alle diese Bereiche koordinieren zu können, liegt im Mittelbereich. Sehr zufrieden war nur rund ein Drittel der Befragten, völlig unzufrieden waren allerdings auch nur vier Prozent.

Stress lass nach!

Der zweite große Teil der Befragung behandelte die Themen Stress und Zeitdruck (Tabelle 2). Ein Achtel der Befragten befand, dass es sich häufig gehetzt und unter Zeitdruck fühlte. Männer und Frauen haben vorrangig das Gefühl, während ihrer Berufstätigkeit unter Zeitdruck zu stehen. Unter Schlafmangel leiden am stärksten Frauen mit (kleinen) Kindern. Sie wünschen sich auch in dieser Lebensphase mehr Zeit für sich selbst. Dies trifft ebenso sehr stark auf Alleinerziehende zu.

Tabelle 1:

Durchschnittliche Verteilung – Ausreichen der Zeit nach unterschiedlichen Lebensbereichen								
Wenn Sie an die letzten 4 Wochen denken, inwieweit hat Ihre Zeit für _____ ausgereicht bzw. nicht ausgereicht?	Personen über 15 Jahre insgesamt	Gesamt Zutreffend (= 100 %)	1	2	3	4	5	arithm. Mittel
			ausreichend	in %				
Ihr Kind bzw. Ihre Kinder	6.993	4.018	64,6	14,1	13,2	4,1	4,0	1,8
Ihren Partner/Ihre Partnerin und/ bzw. sonstige Familienangehörige	6.993	5.932	59,1	16,5	14,3	6,5	3,7	1,9
Hausarbeit (Haushaltsführung)	6.993	6.538	54,2	18,0	17,1	6,8	3,9	2,0
Erwerbsarbeit ¹	4.064	3.909	77,7	15,4	4,3	1,2	1,4	1,3

Quelle: Statistik Austria, Zeitwohlstand 2008/09. Erstellt am 10. Jänner 2011. Werte, bei denen die Anzahl der Personen (nicht hochgerechnet) unter 30 liegen, werden nicht ausgewiesen.

¹ Die Frage wurde nur Personen gestellt, die einer Erwerbsarbeit nachgehen.

² Die Frage wurde nur Personen gestellt, die in Ausbildung sind.

³ Die Frage wurde nur Personen gestellt, die einer beruflichen oder privaten Weiterbildung nachgehen.



Auch beim Thema Hausarbeit gaben die Männer öfter an, zu wenig Zeit dafür zu haben. Im Alter von 20 bis 39 Jahren sind es über zwei Drittel, bei den Frauen waren es um zehn Prozentpunkte weniger.

Insgesamt wünscht sich rund ein Fünftel der Befragten, mehr Zeit für sich selbst zu haben. Ein ähnlich hoher Anteil wünscht sich mehr Zeit für die Familie. Auch hier gilt, dass die Berufstätigen – darunter speziell die Alleinerziehenden – diesen Wunsch stärker verspüren. Die gute Nachricht: Fast die Hälfte der befragten Personen fühlte sich nicht unter Stress oder zeitlichem Druck stehend (siehe Tabelle 2).

Durchschnittliche Verteilung

Die Untersuchung zeigt, dass es den Österreicherinnen und Österreichern nicht immer leicht fällt, alle ihre Wünsche und Anforderungen unter einen Hut zu bringen. Im Bereich der Erwerbstätigkeit spießt es sich noch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Besonders Männer würden eigentlich gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Dies

zeigt, dass die jüngsten Bemühungen zur Einführung eines Papamonats nach Geburt eines Kindes und zur Anhebung des Väteranteils an der Elternkarenz in die richtige Richtung gehen.

Darüber hinaus wäre zu überlegen, wie eine gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit auf Frauen und Männer erreicht werden kann. Es wäre wichtig, dass sich die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden von Frauen und Männern angleichen. Österreichs Männer arbeiten im Schnitt über 42 Stunden pro Woche und liegen damit im europäischen Spitzenfeld. Frauen arbeiten um zehn Stunden weniger, was leicht unter dem EU-Schnitt ist. Bemühungen, diese Zeiten anzugleichen, würden es Männern erleichtern, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit von Frauen und Männern würde sich damit stärker angleichen, und vielleicht würde

auch ein wenig mehr Zeit für die eigenen Bedürfnisse übrig bleiben. Darüber hinaus könnte es dadurch Beschäftigungsimpulse geben, in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ein guter Ansatz.

Internet:

Statistik Austria (2010): Projekt Wohlbefinden, Bericht an das BMLFUW: tinyurl.com/atp6q9k

Eurostat: Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit, nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Vollzeit-/Teilzeittätigkeit und Wirtschaftszweigen: lfsa_ewhun2

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin christa.schlager@akwien.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Tabelle 2:

Durchschnittliche Verteilung – Aussagen zum subjektiven Zeitempfinden								
Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?	Personen über 15 Jahre insgesamt	Gesamt Zutreffend (= 100 %)	1	2	3	4	5	arithm. Mittel
			stimme zu	in %				
Ich fühle mich häufig gehetzt und unter Zeitdruck	6.993	6.990	11,9	13,2	16,4	11,7	46,8	3,6
Ich kann regelmäßig ausschlafen	6.993	6.990	52,5	14,2	13,5	8,6	11,3	2,2
Ich wünsche mir mehr Zeit für mich selbst	6.993	6.991	19,4	14,9	14,9	10,4	40,3	3,3
Ich wünsche mir mehr Zeit für meine Familie	6.993	6.991	18,0	15,7	14,8	10,3	41,2	3,3

Quelle: Statistik Austria, Zeitwohlstand 2008/09. Erstellt am 10. Jänner 2011.

Teilzeit als Vereinbarkeitsstrategie

Das adaptierte AlleinverdienerInnen-Modell – teilzeiterwerbstätige Mütter und vollzeitbeschäftigte Väter – lässt Chancen für Frauen und Männer ungenützt.

Autorin: Gerlinde Hauer

Leitung Abteilung Steuerrecht in der AK Wien

Der starke Anstieg der Teilzeitarbeit von Frauen in den vergangenen Jahrzehnten ist wohl eine jener Entwicklungen am Arbeitsmarkt, die symptomatisch sind für die große Anpassungsfähigkeit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung an geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Sobald Kinder vorhanden sind, wird heute zwar die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht mehr infrage gestellt, sehr wohl aber eine eigenständige existenzielle Absicherung über Erwerbsarbeit von Frauen als zweitrangig erachtet. So ist freilich positiv, dass der gänzliche Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit von Frauen nach der Geburt eines Kindes stark rückgängig ist, jedoch erfolgt nach – oft mehrjährigen – Berufsunterbrechungen meistens nur ein Teilzeit-Einstieg.

Geschlechterspezifische Schieflage

Während insgesamt bereits 44 Prozent aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt sind, sind es bei Frauen mit Kindern unter 15 Jahren mit rund 70 Prozent noch einmal deutlich mehr. Bei Männern spielt Teilzeit als Vereinbarkeitsstrategie dagegen praktisch keine Rolle: Die Teilzeitquote von Männern mit betreuungspflichtigen Kindern ist mit fünf Prozent marginal und sogar noch geringer als bei Männern ohne Kinder.

Die Ursachen für diese ausgeprägte geschlechtsspezifische Schieflage sind

allgemein bekannt: Große Lücken in der Betreuungsinfrastruktur in Kombination mit der sich hartnäckig haltenden traditionellen Rollenteilung bei Hausarbeit und Kinderbetreuung bilden den (engen) Rahmen, in dem Frauen ihre Arbeitszeitentscheidungen treffen.

Substanzielle Verbesserungen in diesen beiden Bereichen zu erreichen bleibt eine vorrangige gleichstellungspolitische Herausforderung, da erst damit entsprechende Entscheidungsspielräume für Frauen in Bezug auf qualifikationsadäquate, existenzsichernde Beschäftigung geschaffen werden.

Teilzeit oder qualifizierte Tätigkeit

Wesentlich werden die Beschäftigungsoptionen durch die zu wenig vorhandenen qualifizierten Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten eingeschränkt: Egal ob Arbeiterin oder Angestellte, Teilzeit ist bei den niedrigsten Qualifikationen hoch und nimmt mit steigender Qualifikation sukzessive ab. So arbeiten in der Gruppe der Angestellten mit führender Tätigkeit nur rund zwei von zehn Frauen in Teilzeit, während es mehr als sieben von zehn Frauen bei jenen in Hilfstätigkeit sind.

In Kombination mit der hohen Branchenkonzentration – allein in den zwei größten Frauenbranchen Handel sowie Gesundheits- und Sozialwesen arbeiten 40 Prozent aller teilzeiterwerbstätigen Frauen – werden berufliche Karrierepfade somit sehr eng. Teilzeit ist daher oft nur unter Abstrichen bei der erworbenen Qualifi-

kation realisierbar und schränkt berufliche Entwicklungsmöglichkeiten erheblich ein.

Qualifizierte Tätigkeiten und Führungstätigkeiten in Teilzeit zu fördern wäre daher ein wichtiger Ansatzpunkt, um Dequalifizierungsprozessen von Frauen in Teilzeit entgegenzuwirken. Und: Es würde auch Männer in qualifizierten Positionen unterstützen und motivieren die Arbeitszeit zu reduzieren, um Betreuungspflichten zu übernehmen.

Eher niedrige Stundenzahl

Beim überwiegenden Teil der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse beträgt die wöchentliche Arbeitszeit unter 25 Stunden. Ein nicht so kleiner Teil – nämlich jede siebte Teilzeitbeschäftigte – ist überhaupt nur geringfügig beschäftigt.

Der monatliche Durchschnittsverdienst (Median) teilzeitbeschäftigter Frauen liegt lediglich bei 1.000 Euro brutto. In den klassischen Niedriglohnbranchen wie Handel, Gastgewerbe und Reinigungsgewerbe ist dieser noch niedriger, zum Teil deutlich.

Mit fast der Hälfte aller teilzeitbeschäftigten Frauen, die weniger als zehn Euro pro Stunde verdienen, sind sie außerdem in den untersten Einkommenssegmenten deutlich stärker vertreten als vollzeitbeschäftigte Frauen. Was das konkret für die Arbeitnehmerinnen bedeutet, veranschaulichen Ergebnisse einer Befragung von Teilzeitbeschäftigten im Handel. Für mehr als die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel (hier arbeiten insge-



Eine Teilzeit im Reinigungsgewerbe an den Tagesrandzeiten mit kurzfristig vom Arbeitgeber festgelegten Arbeitszeitänderungen kann mehr Vereinbarkeitsprobleme schaffen als ein Vollzeit-Bürojob zu den üblichen Tagesarbeitszeiten.

samt rund 100.000 Frauen in Teilzeit) ist ihr Verdienst nicht ausreichend zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten. Sie sind auf regelmäßige finanzielle Unterstützungen, sei es durch den Ehepartner/Lebensgefährten oder durch Eltern, Verwandte oder öffentliche Transferleistungen angewiesen.

Alterssicherung gefährdet

Einkommensbenachteiligungen setzen sich auch im Alter fort, was sich an den deutlich niedrigeren Pensionen von Frauen zeigt. Daran wird sich trotz höherer Frauenerwerbsbeteiligung wenig ändern. Denn längere Berufsunterbrechungen und Teilzeitphasen werden sich zukünftig deutlich stärker auf die Pensionshöhe auswirken.

Während früher die besten 15 Verdienstjahre für die Berechnung der Pension herangezogen wurden, wird seit 2004 der Durchrechnungszeitraum stufenweise ausgeweitet und liegt aktuell bei 24 Jahren. Im Vollausbau (ab 2028) werden 40 Jahre herangezogen werden, d. h. de facto das gesamte Erwerbsleben. Für Unterbrechungsphasen und Teilzeit aufgrund Kinderbetreuung ist zwar im Pensionsrecht ein Ausgleich vorgesehen, allerdings werden längere Unterbrechungs- und Teilzeitphasen damit nicht kompensiert.

Dieser allgemein negative Befund zur Teilzeit spiegelt eine dominierende Realität wider, die natürlich nicht auf alle Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse zutrifft. Wichtig ist es daher zu differenzieren. Eine vollzeitnahe Teilzeit in qualifizierter Tätigkeit ist sicherlich

einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis weitaus ähnlicher als ein 15-Stunden-Job in einer Hilfstätigkeit. Auch kann eine Teilzeit im Reinigungsgewerbe an den Tagesrandzeiten mit kurzfristig vom Arbeitgeber festgelegten Arbeitszeitänderungen mehr Vereinbarkeitsprobleme schaffen als ein Vollzeit-Bürojob zu den üblichen Tagesarbeitszeiten. Wesentlich sind neben der Stundenzahl auch die Arbeitsbedingungen insgesamt, von der Arbeitsplatzsicherheit angefangen über Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zu den Arbeitszeitregelungen.

Mehr als um die Frage Teilzeit oder Vollzeit geht es deshalb darum, existenzsichernde Beschäftigungsmöglichkeiten mit guten beruflichen Perspektiven und Arbeitszeitregelungen, die mit Betreuungspflichten gut vereinbar sind, für Frauen und Männer strukturell zu fördern.

Die „bessere“ Teilzeit

Neben dem schon genannten Ausbau von Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in qualifizierten Positionen braucht es Maßnahmen, die den Wechsel in Vollzeit bzw. in Teilzeit mit mehr Stunden fördern (z. B. Vorrang bei Neubesetzungen in vergleichbaren Positionen). Denn dieser ist in der Regel schwierig, wenn Teilzeit nicht im Rahmen des **Elternteilzeitanspruchs**, mit dem auch ein Rückkehrrecht in Vollzeit verbunden ist, vereinbart werden konnte. Ebenso förderlich wären eine Erweiterung der Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung für ArbeitnehmerInnen, egal ob in Teil-

oder Vollzeit. Aber auch positive Steuerungseffekte über andere Politikbereiche, wie etwa die Steuerpolitik, sollten stärker in Betracht gezogen werden.

Mehr Zeit für die Kinder

Teilzeitarbeit ist als Option der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Zeiten intensiver Betreuungsanforderungen, besonders wenn die Kinder klein sind, wichtig. Sofern sie nicht alternativlose längerfristige Vereinbarkeitsstrategie allein für Frauen ist, sondern auch von Vätern genutzt wird. Frauen wären entlastet und hätten mehr zeitliche Möglichkeiten im Erwerbsleben und Männer mehr Zeit für Kinder, was auch immer mehr Väter wünschen. Auch angesichts der im europäischen Vergleich sehr großen geschlechtsspezifischen Unterschiede im Erwerbsarbeitszeitausmaß und der (männlichen) Überstunden(un)kultur in Österreich wäre hier ein großes Umverteilungspotenzial gegeben. Von den positiven Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder, für die beide Elternteile entsprechend Zeit haben, ganz zu schweigen.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/dyb9yxq

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gerlinde.hauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Väter im Wickelvolontariat

Viele Männer wollen es, nur wenige tun es: Väterkarenz. Mit einem bezahlten Papa-Monat soll die Väterkarenz bis 2015 auf 20 Prozent steigen.

Autorin: Irene Steindl
Freie Journalistin

Ich bin am besten ab 21.30 Uhr erreichbar, wenn die Kinder schlafen“, schreibt Bernhard M. Der junge Vater hat alle Hände voll zu tun, bevor er sich seiner Freizeit widmen kann: Abendessen bereiten, Spielzeug wegräumen und die Kinder zu Bett bringen. Mit der Geburt seines ersten Sohnes stand für Bernhard fest, nach der Karenz seiner Frau ein paar Monate bei seinem Kind zu bleiben. Für ihn war die Situation genauso neu wie für seinen Arbeitgeber. In seinem Unternehmen war er der Erste, der Väterkarenz beanspruchte. Zunächst nahm sich der 35-jährige IT-Angestellte drei Wochen Urlaub, um sich gemeinsam mit seiner Frau Romana auf den neuen Alltag einzustellen. 15 Monate später blieb er für drei Monate zu Hause: „Ich wollte nicht von meiner Frau erzählt bekommen, wie sich mein Kind entwickelt, sondern es selbst miterleben.“

Papa-Monat für alle!

Bernhard gehört zu insgesamt fünf Prozent der Väter, die in Österreich Karenz beansprucht haben. Der Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) ist das bei Weitem nicht genug. Bis 2015 will sie den Anteil der Väterkarenz auf mindestens 20 Prozent erhöhen – angesichts der schleppenden Entwicklung ein hochgestecktes Ziel. Ein bezahltes und verpflichtendes Papa-Monat soll Lust auf mehr machen. „In den meisten Fällen wollen Väter, die unmittelbar nach der Geburt bei ihrem Kind zu Hause waren, anschlie-

ßend auch in Karenz gehen“, weiß die Frauenministerin aufgrund von Statistiken. Anders als bei Väterkarenz gibt es in der Privatwirtschaft keinen rechtlichen Anspruch auf das Papa-Monat. Um nach der Geburt bei ihren Neugeborenen und der Partnerin zu sein, verbrauchen viele Väter einen Großteil ihres Jahresurlaubes. Vom eigentlichen Urlaubszweck, der Erholung, ist das weit entfernt. Die Idee eines bezahlten Papa-Monats ist nicht neu. Laut dem Regierungsprogramm von 2008 sollten bis 2013 Modelle zur Väterbeteiligung unmittelbar nach der Geburt entwickelt werden – sozialrechtliche und finanzielle Absicherung inklusive. Umgesetzt wurde das Papa-Monat bisher nur für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Unbezahlt. 400 Väter haben seither davon Gebrauch gemacht, wirklich zufrieden damit ist aber niemand. Nach dem kleinen Finger sei es nun höchste Zeit für die ganze Hand. Im Klartext meint die Frauenministerin: rechtlicher Anspruch auf bezahltes Papa-Monat für alle.

Die Wirtschaftsseite ist für diesen Schritt noch nicht bereit. Familien- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) steht der Idee eines bezahlten Papa-Monats in der Privatwirtschaft kritisch gegenüber. Für Klein- und Mittelbetriebe sei diese soziale Leistung in der derzeit schwierigen Wirtschaftslage nicht möglich. Schon jetzt beklagen kleine Betriebe, bei Überschneidungen von Urlauben oder längeren Krankständen personell unterbesetzt zu sein. Wenn Mitarbeiter ein bis drei Monate bei ihren Kindern zu Hause blieben, müsste ihre Stelle nachbesetzt werden – nur wer findet sich für so einen kurzen

Zeitraum? Ob dieses Argument reicht, um den Trend zu mehr Väterbeteiligung in der Kinderbetreuung aufzuhalten, ist fraglich. Statistiken zeigen, dass schon jetzt viele Väter durch Urlaub oder Pflegefreistellung nach der Geburt ihres Kindes zu Hause bleiben. Zudem sei das Modell für Betriebe kostenneutral und die Finanzierung ist laut SPÖ sichergestellt. Woran spießt es sich dann? Ingrid Moritz, Leiterin der AK-Frauenabteilung, vermutet hinter der Blockadehaltung der Wirtschaft ganz andere Befürchtungen. Durch das Papa-Monat könnten sich Türen öffnen, die anschließend nicht mehr zugehen. Haben Väter erst mal in die Kinderbetreuung reingeschnuppert, könnten sie Gefallen daran finden. Das hätte enorme Auswirkungen auf bestehende Arbeitsstrukturen – eine Entwicklung, die der Wirtschaft nicht wohl bekommt.

Anerkennung statt Blumen

Bernhard war in der Spielgruppe mit seinem Sohn oft der einzige Mann unter Frauen. Gestört hat ihn das nie, im Gegenteil: „Ich habe viel Bewunderung und Anerkennung dafür bekommen.“ Ganz anders in seinem Arbeitsumfeld: „Wenn bei uns Frauen in Karenz gehen, werden sie mit Blumen feierlich verabschiedet. Männer hingegen müssen ihre Entscheidung bis zum Schluss rechtfertigen.“ Überhaupt musste Bernhard viel verhandeln. Ob die Dauer der Karenz wirklich notwendig sei oder ob er sich den Schritt in die Elternteilzeit gut genug überlegt habe. Auf die Blumen kann er verzichten. Mehr Verständnis hätte er sich schon ge-



Haben Väter erstmals in die Kinderbetreuung reingeschnuppert, könnten sie Gefallen daran finden. Das hätte enorme Auswirkungen auf bestehende Arbeitsstrukturen – eine Entwicklung, die der Wirtschaft nicht wohl bekommt.

wünscht. „Die Abwesenheit junger Väter aus Gründen der Kinderbetreuung muss für Unternehmen normal werden“, erklärt die Frauenministerin. Derzeit hätten karenzwillige Väter in vielen Betrieben noch Hürden zu überwinden. Dort, wo Betriebe Anreize schaffen und Bereitschaft zur Väterkarenz zeigen, wird sie vermehrt genutzt. In typischen Männerdomänen wie im Produktionsbereich ist die Vorstellung eines Flascherl wärmenden Vaters, der seinen Vormittag in Spielgruppen verbringt, noch exotisch. Das traditionelle Männerbild abzuschütteln fällt Arbeitern offensichtlich schwerer als Angestellten. Ihr Anteil unter den Väterkarenzlern ist gering. Um hier etwas zu verändern, braucht es neben rechtlichen Ansprüchen vor allem mutige Vorzeigeväter und offene Bereitschaft in den Betrieben.

Flascherlwärmer in Finanznot

Vorzeigeväter vor den Vorhang zu holen ist das Ziel der Kampagne „Echte Männer gehen in Karenz“. Mehr als 30 Männer beschreiben auf der Kampagnen-Webseite, wie die Karenz ihr Leben bereichert hat. War es 2010 noch ein Rocker in Lederkluft, soll nun ein hipper Jüngling mit Kopfhörern und Baby am Schoß dazu animieren, Zeit mit dem eigenen Kind zu verbringen. Wer seinen Vaterstolz nach außen tragen möchte, trägt T-Shirts mit den Aufschriften „Flascherlwärmer“ oder „Windelwechselweltmeister“. Die Reaktionen auf die Kampagne sind durchwegs positiv. Ob sie mehr Männer dazu bringt, den Schritt in die Väterkarenz zu wagen, bleibt abzuwarten. Denn am größten Knackpunkt, den finanziellen Einbußen,

ändern auch flotte Sprüche und Studienzahlen wenig. „Mit Kindergeld und dem Gehalt der Frau lässt sich oft keine Familie ernähren“, ärgert sich ein Vater, der gerne bei seinen Kindern zu Hause geblieben wäre. Aus finanziellen Gründen hat er sich dagegen entschieden. „Ich verdiene zweieinhalb Mal so viel wie meine Frau. Ihr Gehalt ist kompensierbar, deswegen wird immer sie in Karenz sein.“ Bernhard kann solche Aussagen nicht nachvollziehen. Auch er und seine Frau Romana mussten zurückstecken. Große Urlaube, ein Zweitauto oder regelmäßiges Essen in Restaurants sind eine Zeit lang Geschichte. Schlussendlich sei es aber immer eine Frage der Priorität, die lautet: „Was will ich mir leisten?“ Auch die jungen Eltern Wolfgang und Daria mussten viel Urlaubsgeld zur Seite legen, um über die Runden zu kommen. Daria ist selbstständige Hebamme und hat kein fixes Einkommen. Außerdem erforderte der familiäre Zuwachs den Umzug in ein größeres Zuhause. Beim nächsten Kind will Wolfgang dennoch wieder zu Hause bleiben. Diesmal vielleicht sogar länger als drei Monate. Daria und Wolfgang hoffen, dass es bis dahin das Papa-Monat gibt. Den Urlaub, den Wolfgang sonst für die Zeit nach der Geburt verbrauchen müsste, können sie als frische Eltern gut zur Erholung brauchen.

Die Diskussionen über Papa-Monat und Väterkarenz sind oft von einer Entlastung der Frau und von wirtschaftlichen Faktoren geprägt, ein Ansatz, der manchen sauer aufstößt. „Auch Männer wünschen sich, dass die Bedeutung der Väter noch mehr ins Bewusstsein der Gesellschaft gehoben und die Unterneh-

menskultur väterfreundlicher wird“, wird auf der Österreichischen Väterplattform verkündet. Den dort vertretenen Männervereinen ist es ein Anliegen, dass Männer auch als Väter und nicht nur über ihre Arbeitsleistung ins Gespräch kommen. Statt eine Zwangsjacke übergestülpt zu bekommen, möchten sie Familie gleichberechtigt mitgestalten und fordern halbe-halbe bei den rechtlichen Ansprüchen zur Karenz.

Kindererziehung: Kein Honiglecken

Mittlerweile ist Bernhards erster Sohn dreieinhalb Jahre alt. Vor 15 Monaten ist sein Bruder zur Welt gekommen. Diesmal ist Bernhard ein ganzes Jahr bei seinen Kindern geblieben. Seit seinen Karenzen hat sich vieles verändert, Wertigkeiten haben sich verschoben. Der neue Alltag hat nicht weniger, sondern andere Herausforderungen mit sich gebracht. „Kinder erziehen ist kein Honiglecken. Das eine Kind ist krank, das andere genervt. Das kann ganz schön an die Substanz gehen“, weiß er. Trotzdem waren die beiden Karenzen die bisher erfahrungsreichsten Zeiten seines Lebens.

Internet:

Kampagne der Frauenministerin
„Echte Männer gehen in Karenz“:
www.maennerinkarenz.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
irstei@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Föderalistischer Fleckerlteppich

Von der Krabbelstube bis zum Kindergarten – ein einheitliches System für die Betreuung unserer Kleinsten und Kleinen wäre dringend notwendig.

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

Kindergärten und -krippen sind Ländersache; entsprechend uneinheitlich sind derzeit noch Ausbildung, Gruppengrößen, Öffnungszeiten, Bezahlung etc. geregelt.

Kinderkrippe, Krabbelstube oder Kleinkindergruppe? Auch bei der Namensgebung herrscht im Bereich der Elementarpädagogik quer durch Österreich föderalistische Vielfalt. Was in Oberösterreich unter Krabbelstube läuft, heißt im Burgenland, in Kärnten, Tirol und der Steiermark Kinderkrippe, während in Wien lange Zeit die kühl-sachliche Bezeichnung Kleinkindergruppe dominiert hat. Gemeint sind damit in der Regel Tagesbetreuungseinrichtungen für Kinder bis zum dritten Lebensjahr. Helferin, Stützkraft oder Assistentin? Auch die Bezeichnungen für die Zusatzkräfte, die die Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen, variieren, genauso wie deren Ausbildung und Bezahlung.

Hort: vier bis 56 Schließtage

Fast noch vielfältiger sind die rechtlichen Bestimmungen. Unterschiede gibt es nicht nur zwischen öffentlichen und privaten Betreibern, sondern auch zwischen den Bundesländern. So haben etwa Tagesbetreuungseinrichtungen (inkl. Horte) in Wien im Durchschnitt nur vier Schließtage pro Jahr, während etwa Kindertagesheime in der Steiermark 56 Tage pro Jahr geschlossen sind (Österreich-Durchschnitt 2011: 30 Schließ-

tage). Mehr als zwei Drittel der Wiener Kindergärten und -krippen öffnen bereits vor sieben Uhr, während das beispielsweise in ganz Vorarlberg nur in sechs der insgesamt 250 Kindergärten angeboten wird.

Elementare Unterschiede

Die Gehälter der Elementarpädagoginnen und -pädagogen unterscheiden sich zum Teil sogar innerhalb eines Bundeslandes stark, je nach Trägerschaft der Einrichtung. Derzeit kommen in den Tagesbetreuungseinrichtungen bundesweit 40 verschiedene Gehaltsschemata zur Anwendung. Weitere Beispiele gibt es in sämtlichen Bereichen wie bei Betreuungsschlüsseln, baulichen Erfordernissen, Personalqualifikation, Elternarbeit etc. Eine umfassende Zusammenstellung dazu findet sich unter anderem in der Studie „Kinderbetreuung in Österreich“ des Österreichischen Instituts für Familienforschung, in der die Betreuungssituation der Null- bis 15-Jährigen erhoben wurde.¹

Auch die gewerkschaftliche Vertretung der Elementarpädagoginnen und -pädagogen sowie der ElementarassistentInnen ist nicht einheitlich: In den privaten Einrichtungen werden die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen von der GPA-djp vertreten, die AssistentInnen durch vda, in den öffentlichen Kindergärten sind sowohl die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als auch die GÖD aktiv. Einigkeit herrscht allerdings im Wesentlichen bei den Forderungen: Kleinere Gruppen, einheitliche und angemessene Be-

zahlung, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten etc. Reinhard Bödenauer, stv. Leiter des Geschäftsbereichs Interessenvertretung in der GPA-djp: „Hier muss es möglichst rasch zu umfassenden Verbesserungen kommen. Beim neuen in Laxenburg von der Regierung beschlossenen Bildungsplan wurde auf die Elementarpädagogik wieder vergessen. Ab ersten Jänner 2013 ist Österreich dann das einzige Land in Europa, wo Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen nicht an Hochschulen ausgebildet werden.“²

Verbesserungen für alle

Eltern wünschen sich vor allem, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind, sich in der Betreuungseinrichtung wohlfühlen, den kindlichen Bewegungsdrang ausleben können sowie als kleine Persönlichkeiten wahrgenommen und gefördert werden. Nur so – und mit entsprechenden Öffnungszeiten – lassen sich Job und Familie gut vereinbaren. Verbesserte Arbeitsbedingungen für Elementarpädagoginnen und -pädagogen bedeuten auch Verbesserungen für Eltern und Kinder.

Derzeit dominieren leider noch unzureichende Bezahlung und meist verschärfte Arbeitsbedingungen: zu große Gruppen in zu kleinen Räumen (= ohrenbetäubender Lärm), zu wenig

¹ Österr. Institut für Familienforschung an der Universität Wien: Kinderbetreuung in Österreich – Rechtliche Bestimmungen und die reale Betreuungssituation, ÖIF Working Paper Nr. 77, Juli 2011. tinyurl.com/btz9auz

² Die Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen ist bundesweit einheitlich, die 5-jährigen Bundesbildungsanstalten für Kindergartenpädagogik (BAKIP) enden mit der Matura.



In den privaten Einrichtungen werden die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen von der GPA-djp vertreten, die AssistentInnen durch vida, in den öffentlichen Kindergärten sind sowohl die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als auch die GÖD aktiv.

Vorbereitungszeit, wenig Möglichkeiten für Weiterbildung etc. Expertinnen und Experten empfehlen für unter Dreijährige ein Verhältnis von höchstens 3,5 Kindern pro BetreuerIn, für Kindergärten einen Schlüssel von eins zu acht. Tatsächlich beträgt die durchschnittliche Gruppengröße in Österreichs Kindergärten 19,9 Kinder.

Nicht selten werden bis zu 25 Kinder von einer Pädagogin betreut, die Gewerkschaften fordern zwei Pädagoginnen/Pädagogen für 16 Kinder, außerdem mehr Platz für Bewegung, mehr Vorbereitungszeit für die BetreuerInnen. „Mit dem bisherigen landesgesetzlichen ‚Fleckerlteppich‘ muss jetzt Schluss sein“, fordern unisono Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, und Willibald Steinkellner, stv. vida-Vorsitzender. „Ein Schritt in diese Richtung ist die Anrechnung aller Karenzzeiten, die wir heuer erstmals im Rahmen der Festlegung eines neuen Mindestlohntarifes für private Kinderbetreuungseinrichtungen durchsetzen wollen. Unser Ziel ist und bleibt aber ein einheitlicher Kollektivvertrag für den gesamten privaten Bereich.“

Lohnende Investition

Letztendlich lohnt sich die Investition in elementarpädagogische Einrichtungen langfristig auch finanziell, so das Bundesinstitut für Bildungsforschung. Für jeden Euro, der in die frühkindliche Bildung gesteckt wird, müssten zehn Lebensjahre später vier Euro eingesetzt werden – die Erfolgchancen sind dann aber nur mehr halb so groß.

Die Bundeshauptstadt bietet seit Sommer 2012 Krippenplätze für mehr als ein Drittel aller unter Dreijährigen an. Verspätet, aber doch hat Wien damit als erstes und bis jetzt einziges Bundesland das ursprünglich für 2010 anvisierte „Barcelona-Ziel“ – Betreuungsangebote für mindestens 33 Prozent der unter Dreijährigen – erreicht. Diese Quote wurde im Übrigen von mehreren EU-Ländern bereits 2008 erfüllt, wobei in diese Berechnungen auch halbtägige Betreuungsformen mit einbezogen wurden.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass die Betreuungsquote etwa auch innerhalb Deutschlands stark variiert. Die Zahl der unter Dreijährigen in Tagesbetreuung bewegt sich zwischen 15 und mehr als 60 Prozent – bei deutlichem Ost-West-Gefälle. Die niedrigsten Quoten in ostdeutschen Städten übertreffen die höchsten in westdeutschen Städten deutlich.

8.050 Betreuungseinrichtungen

2011 gab es in ganz Österreich 8.050 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen; davon 4.595 Kindergärten, 1.267 Kinderkrippen, 1.158 Horte und 1.030 altersgemischte Betreuungseinrichtungen. Durchschnittlich knapp 60 Prozent der Kindertagesheime werden von öffentlichen Gebietskörperschaften erhalten (Burgenland: 89,8 Prozent, Wien: 40,3 Prozent). Der überwiegende Teil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden betrieben.

Bundesweit einheitlich ist der Trend, dass immer mehr und immer

jüngere Kinder tagsüber außer Haus betreut werden. So ist etwa die Quote bei den unter Dreijährigen von 1995 bis 2010 von 4,6 auf 15,8 Prozent gestiegen. 2011 wurden bereits 19,7 Prozent der unter Zweijährigen außer Haus betreut, wobei der Anteil ganztägiger Betreuungsformen noch deutlicher gestiegen ist. Allerdings: In Krippen und Horten ist laut Kindertagesheimstatistik 2011 der Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter in den letzten Jahren zurückgegangen – bei Krippen auf aktuell 68,0 Prozent (2001: 77,6 Prozent), bei Horten auf 75,6 Prozent (2001: 83,9 Prozent).

In Kindergärten (inkl. altersgemischter Betreuungseinrichtungen) hingegen ist der Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter von 56,3 Prozent auf 59,1 Prozent gestiegen. Oder anders gesagt: 90 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen (ab fünf Jahren ist der Kindergartenbesuch verpflichtend) mit berufstätiger Mutter werden in Kindertagesheimen betreut. Bei den Null- bis Zweijährigen liegt dieser Wert bei 39,4 Prozent.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/5voevjk

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Schule von morgen?

Gleiche Chancen für alle SchülerInnen – doch die Diskussion über eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen hat in Österreich eine lange Tradition.

Autorin: Amela Muratovic

Mitarbeiterin der ÖGB-Öffentlichkeitsarbeit

Eltern in Österreich haben es im Augenblick nicht leicht, wenn es um die schulische Ausbildung ihrer Sprösslinge geht. Nach den traurigen PISA-Tests in den vergangenen Jahren wurde immer wieder über eine gemeinsame Schule nachgedacht. Bereits im Schuljahr 2008/2009 wurden die ersten Modellversuche zur „Neuen Mittelschule“ gestartet. Viele Elternteile blicken jetzt in eine ungewisse Zukunft: Welche Schule werden ihre Kinder besuchen – Hauptschule, AHS, oder kommt vielleicht doch eine Gesamtschule?

Vorteile für alle

Die Diskussion über eine gemeinsame Schule für alle 10- bis 14-Jährigen in Österreich hat eine sehr lange Tradition. Schon im 17. Jahrhundert wurde das Thema vom Philosophen und Pädagogen Johann Amos Comenius diskutiert. In seinem Werk „Große Didaktik“ sprach er sich – im Unterschied zu zeitgenössischen Forderungen – für ein einheitliches, in Stufen gegliedertes Schulsystem aus. Grob betrachtet besteht das in Österreich nun: Den Anfang machen die Volksschulen, die von allen Kindern zwischen sechs und zehn Jahren absolviert werden. Dann spaltet sich – außer in manchen ländlichen Gegenden – das System in Hauptschule und Gymnasium. Bei der Gesamtschule würden alle Kinder einer bestimmten Altersklasse bzw. für die Dauer der Schulpflicht (neun Jahre) den gleichen Schultyp besuchen und

nicht nach Entwicklung, Begabung oder sozialem Hintergrund in verschiedene Schulformen sortiert. Zwischen dem sechsten und dem 15. Lebensjahr gäbe es also eine gemeinsame Schule für alle, danach erst würden sich die Ausbildungswege der Jugendlichen trennen. Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) kritisiert am aktuellen System vor allem, dass über den weiteren Bildungsweg bereits mit neuneinhalb Jahren entschieden wird, dass die Wahl der Schule eine Frage der sozialen Schicht ist und dass schon die Note Drei in der Volksschule einen besseren Bildungsweg verbaut. Auch Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) hofft auf eine bundesweite Gesamtschule. Der Hintergrund: Südtirol schneidet beim PISA-Test immer besser ab als Tirol, und in Südtirol werden die Kinder von der ersten bis zur achten Schulstufe in einer gemeinsamen Schule unterrichtet. Diese fordert Platter nun auch in Tirol: „Die Gesamtschule ist keine Frage der Ideologie, sondern eine Frage der Vernunft“, sagt er im Interview mit derStandard.at und stellt weiter fest: „So ein Schulsystem trennt erst nach acht Jahren, man muss die Entscheidung, in welche Schule das Kind geht, nicht schon mit neun oder zehn Jahren treffen. Das Südtiroler System legt mehr Wert auf das Aufholen von Lernrückständen. Jenen, die sich schwer tun, wird individuell geholfen, damit die Lernrückstände aufgeholt werden.“

Viele Wiener Schulen, die sich für das Modell der Wiener Mittelschule entschieden haben, werben damit, dass weniger SchülerInnen in den Klassen mehr Möglichkeiten zu einem besseren

Unterricht bieten. Auch der Einsatz mehrerer Lehrpersonen soll eine optimale Individualisierung und Leistungsförderung ermöglichen, etwa durch Gruppenteilung oder gezielte Betreuung im Rahmen offener Lernformen. Durch Trainingskurse im Rahmen des Pflichtunterrichts wird teure private Nachhilfe entbehrlich. „Kinder fördern und nicht trennen, das sind wesentliche Rezepte für gleiche Bildungs- und Berufschancen für alle Kinder“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser. Derzeit hängt die Förderung zu einem Großteil vom Einkommen oder Vermögen der Eltern ab.

Wer kann sich Nachhilfe leisten?

„Wer sich Nachhilfe leisten kann, steht besser da“, so die ÖGB-Vizepräsidentin. „Ganztägige Schulformen nehmen großen Druck von den Eltern, sowohl was den zeitlichen als auch den finanziellen Aufwand betrifft. Nachhilfe muss überflüssig werden“, fordert Oberhauser, „wir brauchen daher deutlich mehr ganztägige Schulangebote, das spart teure Nachhilfestunden und verbessert außerdem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“ Um SchülerInnen besser fördern zu können, gibt es in den Neuen Mittelschulen ein sogenanntes Lerncoaching. Im Mittelpunkt dessen stehen die individuellen Lernbedürfnisse und Begabungen der SchülerInnen. Lerncoaching unterstützt Jugendliche dabei, Lernstrategien sowie Lern- und Arbeitstechniken für lebensbegleitendes Lernen zu entwickeln. Die Neue Mittelschule ist seit 1. September 2012 Regelschule. Mit 264

Strebt man eine AHS an, sollte keine schlechtere Note als ein „Gut“ in Deutsch, Mathematik und Lesen im Zeugnis aufscheinen. Das heißt, lernen und noch einmal lernen – und als letzten Ausweg eine Aufnahmeprüfung zu bestehen.

Religion	sehr gut
Deutsch	sehr gut
Lebende Fremdsprache: Englisch	sehr gut
Geschichte und Sozialkunde	Gut
Geographie und Wirtschaftskunde	Befriedigend
Mathematik	sehr gut
Geometrisches Zeichnen	Gut
Biologie und Umweltkunde	Gut
Physik und Chemie	Gut
Musikerziehung	Befriedigend
Bildnerische Erziehung, Schreiben	
Knaben	
Mädchen	sehr gut
	Gut

neuen Standorten im Schuljahr 2012/13 gibt es jetzt insgesamt 698 Neue Mittelschulen in Österreich, die bestmögliche Chancen für alle SchülerInnen bieten.

Die Qual der Wahl

Auch wenn die Kinder in der Volksschule gute bis sehr gute Noten haben, spätestens in der vierten Klasse fängt der Stress für SchülerInnen, aber auch für Eltern an. Denn nach der vierten Klasse Volksschule erfolgt die Aufteilung in eine AHS oder Hauptschule. Strebt man eine AHS an, sollte keine schlechtere Note als ein „Gut“ in Deutsch, Mathematik und Lesen im Zeugnis aufscheinen. Das heißt, lernen und noch einmal lernen – und als letzten Ausweg eine Aufnahmeprüfung zu bestehen.

„Wir müssen Defizite ausgleichen, Begabungen fördern statt Fehler abstrafen sowie die Bildungsweg- und Berufsberatung ausbauen“, sagt Oberhauser. „Eine Bildungsreform braucht aber auch bessere Arbeitsbedingungen für die LehrerInnen.“ Eine gemeinsame Schule für alle 10- bis 14-Jährigen würde den – sowohl von der Unterrichtsministerin als auch von Landeshauptmann Platter kritisierten – Druck von den VolksschullehrerInnen, Eltern und Kindern nehmen, sich bereits mit neuneinhalb Jahren entscheiden zu müssen. Viele BildungsforscherInnen sowie Entwicklungspsychologinnen und -psychologen sind der Meinung, dass das Alter von knapp zehn Jahren viel zu früh ist, um nach Begabung und Eignung auseinanderdividiert zu werden. Sie gehen davon aus, dass Jugendliche in einem Alter von

15 Jahren bessere Entscheidungen für ihren weiteren Bildungsweg treffen können. Nach wie vor wiegt der sozialökonomische Status der Eltern schwer für die Zukunft der Kinder: Während Kinder aus Akademiker-Familien überdurchschnittlich oft die AHS besuchen und danach sehr häufig eine universitäre Ausbildung absolvieren, machen sogenannte „Arbeiterkinder“ einen Großteil der Hauptschul-SchülerInnen aus, gehen weniger oft zur Universität und wählen nur selten Bildungskarrieren. Bei einem Vergleich der Bildungschancen von Arbeiterkindern in 13 OECD-Ländern landete Österreich auf dem letzten Platz.

Und anderswo ...

Dass das österreichische Bildungssystem ungerecht ist – vom Kindergarten bis zur Universität wird nach Herkunft, Geschlecht, Status und Bildungsgrad der Eltern selektiert –, ist bekannt. Ebenso eine Lösung dafür: Die gemeinsame Schule wird gerne als Grund dafür genannt, warum die nordischen Länder so erfolgreich sind. Norwegen und Finnland betreiben Gesamtschulen mit großem Erfolg – in ihnen wird nicht differenziert.

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zählt Norwegen zu den Ländern, die für das Wohlbefinden aller Kinder und Jugendlichen einen hohen Standard in den Schulen erreicht haben. Das norwegische System leistet einen hervorragenden Beitrag zur Solidarität, ganz selbstverständlich haben auch SchülerInnen mit den

schwersten Behinderungen ihren Platz in der norwegischen Gesamtschule.

Auch ganztägige Schulformen sind in vielen Ländern Europas mittlerweile Normalität. Das zeigt eine Aufstellung der Datenbank Eurypedia. Es gibt kein Land mehr, das nur noch auf Halbtagschule setzt – entweder sind ganztägige Schulformen flächendeckend vorhanden oder zumindest teilweise. Als bisher letzte Staaten haben Österreich, Deutschland und Griechenland ihre Systeme umgestellt, sie werden nun als teilweise ganztägig geführt. „Ganztägig“ sind laut Eurypedia Schulsysteme, die Unterricht und Betreuung sowohl vormittags als auch nachmittags ausweisen. Darunter fallen unter anderem jene in Belgien, Spanien, Malta, Finnland und Irland. Wenn das alles in diesen Ländern gut funktioniert, warum sollte Österreich nicht von den Besten lernen? „Schritt für Schritt geht es in Sachen Bildung voran. Ob Ganztagschule oder Sprachförderung, es geht in die richtige Richtung“, erklärt Oberhauser. Der Stillstand sei überwunden. Seit Monaten werden immer wieder kleinere und größere Schritte Richtung Schul- und Bildungsreform gesetzt.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/74yvtme

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
amela.muratovic@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ein Blick über den Tellerrand

In Deutschland, den Niederlanden und Dänemark kommen drei sehr unterschiedliche Modelle der Familienpolitik zum Einsatz.

Autorin: Sybille Pirklbauer

Politologin, Frauenabteilung der AK Wien

Wer die österreichische familienpolitische Debatte verfolgt, wird feststellen: Ideen und Forderungen kehren immer wieder. Da macht ein Blick über den Tellerrand Sinn, um zu schauen, wie andere Länder mit familienpolitischen Herausforderungen umgehen und welche Erfolge und Probleme sie dabei haben.

Vergleichen wir Dänemark, die Niederlande und Deutschland – drei sehr unterschiedliche Länder im Hinblick auf ihre Familienpolitik. Sowohl in Bezug auf direkte Geldleistungen als auch bei Begünstigungen im Steuerrecht und Ausgaben für Kinderbetreuung gehen diese drei Nationen sehr verschiedene Wege.

Konservatives Deutschland

Das familienpolitische Modell Deutschlands fußt auf einem konservativen Familienverständnis. Seit 1958 findet in Deutschland das Einkommenssteuermodell des Ehegattensplittings Anwendung. Dieses begünstigt eine traditionelle Rollenverteilung von Mann und Frau, da die Steuervergünstigung mit zunehmendem Einkommensunterschied zwischen den EhepartnerInnen ansteigt und in Alleinverdienerhaushalten am größten ist.

Bei den Kosten für die Kinder setzt das deutsche System auf großzügige Steuer- oder Geldleistungen. Je nachdem was günstiger ist, besteht die Möglichkeit die Kosten abzusetzen oder Kindergeld zu beziehen.

Seit 2007 gibt es in der Babypause das Elterngeld. Zwei Drittel des wegfallenden Nettoeinkommens (mindestens 300 Euro, maximal 1.800 Euro monatlich) werden für zwölf Monate ausbezahlt – plus zwei Monate für den zweiten Elternteil. Das ist relativ fortschrittlich, das „traditionelle“ Familienverständnis schlägt sich jedoch in den sehr geringen Ausgaben für Kinderbetreuung nieder: Nur knapp 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung (also des Bruttoinlandsprodukts, kurz: BIP) werden dafür aufgebracht. Jüngst mahnte sogar die EU-Kommissarin für Gleichstellung **Viviane Reding**, dass es in diesem Bereich dringend größere Anstrengungen braucht.

Sparsame Niederlande

Die Ausgaben für Familien liegen in den Niederlanden deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Niederländische Familienpolitik verzichtet nämlich soweit möglich auf direkte Eingriffe und setzt stattdessen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an.

Das Kindergeld in den Niederlanden ist vom Einkommen der Eltern unabhängig, variiert jedoch mit dem Alter der Kinder. Zum Teil fällt es deutlich geringer aus als die Familienbeihilfe in Österreich, die bisweilen mehr als das Doppelte beträgt. Allerdings existieren zusätzliche Absetzbeträge, die an geringe Einkommen gekoppelt sind bzw. nur an Alleinerziehende ausbezahlt werden. Damit werden Anreize für Erwerbstätigkeit gesetzt – ganz anders als beim österreichischen Alleinverdienerabsetz-

LESETIPP

Genauere Infos zu den angeführten Länderbeispielen und weiteren Staaten finden Sie in der WIFO-Studie „Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien“ von Eva Festl, Hedwig Lutz und Margit Schratzenstaller (Mai 2009).
Download unter: tinyurl.com/bsbvky

betrag, der Frauen ermuntert zu Hause zu bleiben.

Zusätzlich gibt es eine Vielzahl von Arbeitsfreistellungen. Das Arbeitskontenmodell erlaubt es, durch Überstunden bis zu zwölf Prozent der Arbeitszeit anzusparen, die zu einem späteren Zeitpunkt für Weiterbildung, Pflege oder Kinderbetreuung eingesetzt werden kann. Ein Absetzbetrag unterstützt die Nutzung des Arbeitskontenmodells. Für Eltern besteht nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf bis zu sechs Monate unbezahlte Freistellung. Da es aber keine staatliche Geldleistung gibt, verzichteten 75 Prozent auf diese Elternzeit. Daneben besteht maximal drei Mal jährlich für höchstens zwei Wochen die Möglichkeit der Freistellung zur Betreuung kranker Kinder oder pflegebedürftiger Familienangehöriger.

Ausbau der Kinderbetreuung

Erst seit Anfang der 1990er-Jahre forciert die Regierung der Niederlande den Ausbau von Kinderbetreuung, um das Erwerbspotenzial der Mütter auszuerschöpfen. Mittlerweile werden mehr als 0,7 Prozent des BIP dafür aufgewandt –

Seit 1958 findet in Deutschland das Einkommensteuermodell des Ehegattensplittings Anwendung. Dieses begünstigt eine traditionelle Rollenverteilung von Mann und Frau, da die Steuervergünstigung mit zunehmendem Einkommensunterschied zwischen den EhepartnerInnen ansteigt und in Alleinverdienerhaushalten am größten ist.



mehr als doppelt so viel wie in Österreich! Das Besondere in den Niederlanden ist dabei die Dreiteilung der Kostentragung zwischen Arbeitgebern, Eltern und der öffentlichen Hand.

Diese dargestellten Rahmenbedingungen führen dazu, dass Kinder in den Niederlanden typischerweise an zwei Tagen von der nur Teilzeit beschäftigten Mutter betreut werden, an zwei weiteren Tagen durch Institutionen und am fünften Tag der Arbeitswoche durch den Vater.

Vorbild Dänemark

Im dänischen Einkommenssteuersystem werden EhepartnerInnen wie auch in Österreich individuell besteuert, doch gibt es kleinere steuerliche Begünstigungen für Paare. Ansonsten werden keine familienbezogenen Steuererleichterungen gewährt. Stattdessen erfolgt die finanzielle Unterstützung von Familien mit Kindern vor allem durch das Kindergeld. Anders als im Nachbarland Schweden bemisst sich die Höhe in Dänemark jedoch nicht nach der Kinderzahl, sondern dem Alter eines Kindes.

Wie das schwedische setzt auch das dänische System auf vergleichsweise kurze, aber hohe Zahlungen während Mutterschutz und Elternzeit: vier Wochen vor der Geburt besteht Anspruch auf Mutterschutzgeld, in den 24 darauffolgenden Wochen auf Elterngeld. Gesetzlich festgeschrieben ist nur eine Zahlung in Höhe des Arbeitslosengeldes, allerdings ist in vielen Kollektivvereinbarungen der hundertprozentige Ersatz des Nettogehalts vorgesehen. Zu-

dem können in Ergänzung zum Elternurlaub zwischen 13 und 52 Wochen Kinderbetreuungsgeld bezogen werden, mit deutlich niedrigeren Zahlungen.

Dänemark ist mit seinen Ausgaben für Kinderbetreuung mit 1,3 Prozent OECD-Spitzenreiter. Wie in Schweden haben Eltern auch hier einen gesetzlichen Anspruch auf institutionelle Betreuung ab dem siebten Lebensmonat des Kindes. Dabei müssen mindestens zwei Drittel der allfälligen Kosten von den Gemeinden übernommen werden. Das schlägt sich auf die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems ebenso positiv nieder wie auf die Erwerbstätigkeit beider Eltern.

Wohin soll's gehen?

Wo steht nun Österreich in Relation zu den drei dargestellten Ländern? Deutlich schlechter im Vergleich zu Dänemark und den Niederlanden: Sie haben eine höhere Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren, und in beiden Ländern ist der Wunsch nach Kindern bei Frauen und Männern sehr viel größer als hierzulande.

Offenbar stehen dort junge Paare weniger unter Druck, sich für Familie oder Erwerbskarriere entscheiden zu müssen. Dafür spricht, dass die Ausgaben für Kinderbetreuung in den beiden nördlichen Ländern ein Vielfaches der österreichischen Ausgaben betragen. Zudem hat Dänemark die geringste Kinderarmut in ganz Europa! Jene in den Niederlanden liegt unter dem OECD-Schnitt, aber über der in Österreich. Allerdings ist der Unterschied an-

gesichts der viel niedrigeren Familienausgaben erstaunlich gering: Österreich gibt nämlich fast viermal so viel wie die Niederlande für Geldleistungen aus.

Erfolgreiche Familienpolitik

Besser schaut es im Vergleich zu Deutschland aus. Obwohl der große Nachbar etwas mehr für Kinderbetreuung ausgibt als Österreich, arbeiten Frauen dort seltener, was vor allem auf das Steuersplitting zurückzuführen ist.

Das Einkommen der Frauen fehlt den Familien und das schlägt sich in einer höheren Kinderarmut nieder. Dennoch ist der Wunsch nach Kindern in Österreich noch geringer also dortzulande. Mut zum Kind, wie sich das hiesige konservative PolitikerInnen wünschen, macht österreichische Familienpolitik also nicht.

Insgesamt ist fraglos Dänemark das Vorzeigeland erfolgreicher Familienpolitik. Dort wünschen sich junge Menschen Kinder, können trotzdem ihrem Beruf nachgehen und die Kinder dürfen in Wohlstand aufwachsen. Soll Österreich in diese Richtung gehen, braucht es weiterhin großzügige Mittel für Familien, aber weniger Steuererleichterungen und stattdessen viel mehr Geld für Kinderbetreuung.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

We are the world

Mithilfe von Aktionen wie der alljährlichen Global Education Week (GEW) soll Globales Lernen fixer Bestandteil in Österreichs Bildungseinrichtungen werden.

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

Unter dem Motto „Move towards one world“ wurde von 11. bis 18. November mit zahlreichen Aktionen in mehr als 30 europäischen Ländern und in Österreich über global vernetzte Prozesse und nachhaltiges Handeln aufgeklärt. Seit 1999 finden solche Global Education Weeks auf Initiative des **Nord-Süd-Zentrums** (www.nscentre.org) des Europarates regelmäßig jeweils im November statt. Und weil (Globales) Lernen nicht nur Kinder und Jugendliche betrifft, waren neben schulischen Einrichtungen auch NGOs, Museen, Volkshochschulen, Gemeinden, Pfarren etc. zum Mitmachen eingeladen. In Österreich lag der Schwerpunkt der Aktivitäten deutlich auf der Zielgruppe Kinder und Jugendliche (sowie deren Eltern). So wurde in der Steiermark etwa im Rahmen der „Jungen Normale“ gesellschaftspolitisches Kino für SchülerInnen geboten. In Linz fanden Mitte November die Filmtage Globales Lernen statt.

Hendl mit Reis

Anfang Dezember, also kurz nach der Aktionswoche, veranstaltete das Wiener Erich-Fried-Gymnasium eine Erlebnis-Ausstellung zu fairem Handel, Migration und weltweiten sozialen Herausforderungen. Glücklicherweise bleiben Seminare, Workshops, Ausstellungen, Vorträge, internationale Austauschprogramme etc. zum Thema Globales Lernen nicht auf diese eine Woche beschränkt. So bietet unter anderem die Südwind Agentur ver-

schiedenste Workshops dazu an: Egal ob das Thema Fußball, Wasser, Schokolade oder Hendl mit Reis lautet – informative Workshops abseits von Frontalunterricht und Notenstress vermitteln aktuelles Wissen über globale Zusammenhänge in altersgemäßer Form.

Das Unterrichtsfach „Globales Lernen“ gibt es zwar (noch) nicht, aber es zählt zu den insgesamt 23 Bildungsangeboten, die auf der Website des Unterrichtsministeriums zu finden sind. Diese Liste reicht von Berufsorientierung über geistige Landesverteidigung bis zum Sozialen Lernen. Das bedeutet, Globales Lernen ist kein Muss-Thema in der Schule, aber es gibt dazu bereits Unterrichtsmaterialien und spezielle Projekte. Den Verantwortlichen ist klar, dass die Globalisierung und die zunehmende Komplexität unserer Welt pädagogisches Denken und Handeln vor neue Herausforderungen stellen. Eine wesentliche Aufgabe von Bildung besteht heute darin, (junge) Menschen zu befähigen, komplexe Vorgänge zu verstehen und diese kritisch zu reflektieren. Dabei gilt es, ökonomische, soziale, politische, ökologische und kulturelle Entwicklungen als gestaltbare Prozesse wahrzunehmen und Möglichkeiten zur eigenen Teilhabe und Mitgestaltung in der Weltgesellschaft zu erkennen.

Spezielle Schulprojekte

2003 bildete sich die Strategieguppe „Globales Lernen“ als organisations- und institutionsübergreifende Arbeitsgruppe öffentlicher Stellen und privater Organisationen. Sie setzt sich mit Programmen,

Projekten und Maßnahmen Globalen Lernens weltweit und in Österreich auseinander – auch im außerschulischen Bereich sowie in der Erwachsenenbildung. 2009 erarbeitete die Gruppe ein Strategiepapier mit konkreten Zielen und entsprechenden Vorschlägen zu deren Umsetzung im formalen Bildungswesen, von den Kindergärten bis zur LehrerInnen-ausbildung.

Bis Ende 2014 sollten die empfohlenen Maßnahmen weitgehend umgesetzt sein. Franz Halbartschlagler, Bildungsbereichsleiter bei Südwind und als Koordinator der GEW von Beginn an Mitglied der Strategieguppe, sieht bisher allerdings nur bescheidene Fortschritte: „In neueren Lehrplänen wird Globales Lernen zwar erwähnt, es ist aber nach wie vor strukturell im Schulwesen schwach verankert. In der LehrerInnen-ausbildung kommt das Thema derzeit so gut wie gar nicht vor, während entsprechende Angebote in der freiwilligen Weiterbildung gut angenommen werden.“

Wien: 17 „globale Volksschulen“

Immerhin gibt es einige erwähnenswerte Projekte und Initiativen, die eigentlich mehr öffentliche Aufmerksamkeit verdienen würden. In Wien etwa gibt es derzeit 17 Global Education Primary Schools (GEPS). Der Schwerpunkt dieser Volksschulen liegt nicht nur auf Fremdsprachen, sondern Ziel des Projektes ist es auch, den SchülerInnen die erwähnten Kulturtechniken vom Schuleintritt an zu vermitteln sowie Aufgeschlossenheit, Toleranz und Verantwortungsbewusst-

sein („global awareness“) anzubahnen. Schon längere Zeit haben österreichische Schulen, denen Weltoffenheit und friedliches Zusammenleben besondere Anliegen sind, die Möglichkeit UNESCO-Schule zu werden. 75 Schulen diverser Schultypen in ganz Österreich gehören derzeit zum UNESCO-Netzwerk. Themenschwerpunkte wie Welterbe, Nachhaltige Entwicklung, Friedenserziehung, Menschenrechte und Gender-Gerechtigkeit, Biodiversität und Klimawandel, Toleranz und Interkulturalität werden im Unterricht behandelt und in Projektarbeiten vermittelt. Seltsamerweise dürfen die meisten UNESCO-Schulen auf dieses Modell nicht besonders stolz sein: Öfters muss man auf den jeweiligen Schul-Websites lange nach dem UNESCO-Logo oder Ähnlichem suchen. Bei manchen Schulen findet sich überhaupt kein entsprechender Hinweis.

Erwachsenenbildung

Selbstverständlich ist Globales Lernen nicht nur für Kinder und Jugendliche sinnvoll, es wird mittlerweile auch an Hochschulen angeboten. Im Diplomstudiengang „Internationale Entwicklung“ an der Universität Wien können Studierende seit 2008 die Lehrveranstaltung „Globales Lernen“ besuchen. Obwohl es kein Pflichtfach ist, belegen es jedes Semester rund 35 Studierende.

So wie die Globalisierung längst (fast) alle unsere Lebensbereiche durchdrungen hat, ist Globales Lernen für alle Altersgruppen sinnvoll. Wenn Kinder in der Schule erfahren, wie sie ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern können, dann bringen sie diese Informationen idealerweise auch mit nach Hause und setzen vielleicht Impulse für Veränderungen. So können (Groß-)Eltern von den Kindern lernen.

Global Learning und dessen Werte wie Nachhaltigkeit, Offenheit, Gerechtigkeit, Solidarität und aktive Beteiligung mögen noch so wichtig und wertvoll sein, der erhobene moralische Zeigefinger ist weder bei Kindern noch bei Erwachsenen zielführend. In der Erwachsenenbildung kommt die Verknüpfung mit anderen Themen meist besonders gut an. So besteht etwa die Möglichkeit, Infos zum Thema **Biodiver-**

sität mit einem kleinen Foto-Spaziergang zu kombinieren oder Schneiderkurse mit afrikanischen MigrantInnen und Schnitten aus deren Heimatländern, die einen direkten Vergleich der unterschiedlichen Lebenswelten ermöglichen. Spezielle Kochkurse, bei denen auch auf die Arbeitsbedingungen auf Kokosplantagen und Gewürzfarmen eingegangen oder über Fischfarmen erzählt wird, interessieren vermutlich fast alle Altersgruppen.

Weitere Infos, Kontakte, Angebote

www.globalcurriculum.net: Das Global Curriculum Projekt ist ein internationales Pilotprojekt, das zeitgleich in Österreich, Benin, Brasilien, Großbritannien und Tschechien durchgeführt wird. Ausgewählte Schulen und LehrerInnen in diesen Ländern sollen darin unterstützt und begleitet werden, im Sinne des Globalen Lernens in möglichst vielen Fächern zu unterrichten. In Österreich beteiligen sich insgesamt zehn Schulen in Tirol und Wien. Von der Website können Unterrichtsmaterialien heruntergeladen werden.

Internet:

Liste der UNESCO-Schulen in Österreich, Aufnahmekriterien als UNESCO-Schule:
www.unesco-schulen.at

Information über die 402 österreichischen Schulen mit den Schwerpunkten Umwelt und Nachhaltigkeit:
www.oekolog.at

Zentrale Lern- und Kommunikationsplattform zu Globalem Lernen; umfangreiches Angebot an Filmen zu den Themen One World, Nachhaltigkeit, Globalisierung etc.:
www.baobab.at

Informationen zu Veranstaltungen in Österreich, Kontaktpersonen sämtlicher teilnehmender Länder:
www.globaleducationweek.at

Liste der GEPS-Schulen:
www.stadtschulrat.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



So bietet unter anderem die Südwind Agentur verschiedenste Workshops dazu an: Egal ob das Thema Fußball, Wasser, Schokolade oder Hendl mit Reis lautet – informative Workshops abseits von Frontalunterricht und Notenstress vermitteln aktuelles Wissen über globale Zusammenhänge in altersgemäßer Form.

Die globalisierte Familie

Unsere Welt ist kleiner geworden. Die räumlichen Distanzen zwischen Familien sind gewachsen, egal ob ihre Mitglieder aus einem oder verschiedenen Ländern stammen.

Autorin: Pia Lichtblau

weltumspannend arbeiten ÖGB

Nächsten Mai bin ich auf die Hochzeit eines Freundes eingeladen. In Lissabon. Seine zukünftige Frau ist Portugiesin und vor einigen Jahren aus beruflichen Gründen nach Wien gekommen. Nach Wien hat es auch Daniela aus Brasilien verschlagen – sie kam, um an der Wiener Wirtschaftsuni ihre Dissertation zu schreiben. Auf einer Konferenz in London lernte sie Darek aus Polen kennen. Es folgte eine Phase der Fernbeziehung, nach der Heirat lebten beide in Warschau, vor Kurzem haben sie ihre Zelte in São Paulo aufgeschlagen. Mein Wohnviertel teile ich mit Menschen aus den unterschiedlichsten Weltregionen. Zum Teil haben sie selbst ihre Heimat verlassen, um sich hier anzusiedeln, zum Teil kamen sie als Kinder mit ihren Eltern oder sind bereits in Österreich geboren. Familiär verwurzelt sind sie häufig immer noch in anderen Ländern über Großeltern, Tanten, Onkel, Cousinsen, ...

„Fernliebe“

Drei Beispiele aus meinem persönlichen Umfeld, wie sie wohl jeder in ähnlicher Form kennt. Alle drei entsprechen dem Phänomen „Weltfamilie“, das mittlerweile offenbar so verbreitet ist, dass Elisabeth Beck-Gernsheim und Ulrich Beck es in ihrem kürzlich erschienenen Buch „Fernliebe“ analysieren: Familien, die über Grenzen hinweg – nationale, ethnische, kulturelle, religiöse etc. – zusammenleben. Darunter fallen einerseits

Familien, in denen die Mitglieder zwar dieselbe Herkunft haben, aber in verschiedenen Ländern oder sogar auf unterschiedlichen Kontinenten leben. Wie die von Ed Moschitz in seinem Film „Mama Illegal“ porträtierten Moldawierinnen, die Mann und Kinder zurücklassen, um in Ländern wie Österreich Geld als Putzfrauen zu verdienen. Eine andere Form der Weltfamilien verkörpern Daniela und Darek: Die Mitglieder leben zwar an einem Ort zusammen, stammen aber aus unterschiedlichen Ländern oder Kontinenten – Familien, die Interkulturalität mit allem Reichtum und aller Problematik unter einem gemeinsamen Dach leben. Mit dem traditionellen Bild der Familie, das immer auch räumliche Nähe, gemeinsame kulturelle und nationale Identität und Muttersprache umfasst, stimmen Weltfamilien nicht überein.

Arbeits-, Reise-, Familienmobilität

Ursachen dafür, in einer „Weltfamilie“ zu leben, liegen in der mit dem Prozess der Globalisierung verbundenen erhöhten Mobilität. Multinationale Konzerne ermöglichen oder erfordern es, zeitweise in anderen Weltteilen zu arbeiten, für Auslandsaufenthalte von Studierenden, aber auch Lehrlingen gibt es Förderungen, und Urlaube werden immer wieder im näheren oder fernerem Ausland verbracht. Nicht zu vernachlässigen ist auch die unfreiwillige Mobilität von Menschen, die aufgrund schwieriger politischer oder wirtschaftlicher Situationen ihr Heimatland verlassen – als MigrantInnen oder, im schlimmsten Fall, als Flüchtlinge.

BUCHTIPP

Ulrich Beck/
Elisabeth Beck-Gernsheim
Fernliebe
Lebensformen im
globalen Zeitalter
Suhrkamp, 2011,
280 Seiten, € 20,50
ISBN 978-3-5184-2232-8



Irene Messinger
Schein oder nicht Schein
Konstruktion und
Kriminalisierung von
„Scheinehen“ in Ge-
schichte und Gegenwart
Verlag Mandelbaum, 2012,
280 Seiten, € 19,90
ISBN 978-3-8547-6618-6



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

8.800 aller Paare, die 2010 in Österreich geheiratet haben, waren binationale Paare (mehr als 23 Prozent), die Brautleute besaßen zum Zeitpunkt der Eheschließung also nicht die gleiche Staatsbürgerschaft. Bei eingetragenen Partnerschaften liegt der Anteil mit fast 30 Prozent noch höher. Für heiratswillige Paare, die aus unterschiedlichen Ländern der EU stammen, wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission ein eigenes Internetportal eingerichtet, das Orientierung über die extrem unübersichtlichen Rechtslagen in den verschiedenen Ländern bietet (www.coupleseurope.eu). Betroffen sind

8.800 aller Paare, die 2010 in Österreich geheiratet haben, waren binationale Paare (mehr als 23 Prozent) – die Brautleute besaßen zum Zeitpunkt der Eheschließung also nicht die gleiche Staatsbürgerschaft. Bei eingetragenen Partnerschaften liegt der Anteil mit fast 30 Prozent noch höher.



davon rund 16 Mio. internationale Ehepaare, die gegenwärtig in der EU leben.

Mit dem Paragrafenschwungel und in weiterer Folge auch mit polizeilichen Ermittlungen in Kontakt zu kommen ist eine Erfahrung, die binationale Ehepaare in Österreich wesentlich häufiger machen als rein österreichische. Standesämter müssen schon die Anmeldung zur Eheschließung mit einer oder einem Drittstaatsangehörigen an die Fremdenpolizei melden, die bei Verdacht auf eine „Aufenthaltssehe“ (seit 2006 ein strafrechtlicher Tatbestand in Österreich) dann auch prompt ermittelnd vor der Tür des künftigen Ehepaares steht. Intime Fragen nach dem Privatleben des Paares inklusive überraschender Inspektionen der gemeinsamen Wohnung sollen Scheinehen entlarven, den österreichischen TäterInnen droht wegen „Beihilfe zu unbefugtem Aufenthalt“ bis zu einem halben Jahr Haft.

Vorurteile und Klischees

Die üblichen Klischees und Vorurteile, die „AusländerInnen“ tagtäglich entgegengebracht werden, erschweren nicht nur die Integration der zugewanderten Person, sondern belasten natürlich auch das Leben der ganzen Weltfamilie, die auf der anderen Seite tatsächlich vor der Herausforderung steht, Interkulturalität im ganz normalen Alltag zu leben. Innerhalb von Weltfamilien treffen Werthaltungen und Traditionen aufeinander, die durch unterschiedliche kulturelle, religiöse Sozialisation, unter Umständen aber auch durch traumatische Erlebnisse geprägt worden sind. Schon die Frage, was

„Familie“ eigentlich ist, kann sehr verschieden beantwortet werden. Welche Feste wie und mit wem gefeiert werden oder ganz simpel, wie Alltag organisiert werden soll, wer wofür verantwortlich und zuständig ist, das Rollenverständnis von Frauen und Männern – die Liste von Themen, an denen sich Konflikte und Krisen entzünden können, ließe sich fortsetzen. Eine weitere Herausforderung, mit der alle Weltfamilien in der einen oder anderen Ausprägung konfrontiert sind, ist die Aufrechterhaltung von Beziehungen trotz räumlicher Trennung. Die Entwicklung moderner Kommunikationstechnologien erleichtert zumindest die Kommunikation über lange Distanzen hinweg. Schnell, technisch einfach und billig kann via Internet kommuniziert werden, und so verfolgen Großeltern die Entwicklung ihrer Enkelkinder über Videokonferenzen via Skype, durch tagebuchartige Blogs und soziale Netzwerke wie Facebook besteht die Möglichkeit, fast in Echtzeit am Alltagsleben teilzuhaben. Emotionale Nähe freilich lässt sich auch über intensivste elektronische Kommunikation nur bedingt erreichen, dazu braucht es dann doch Face-to-Face-Begegnungen, die oft im Rahmen von Urlaubsaufenthalten herbeigeführt werden.

Globalisierung und Daheimgebliebene

Doch auch „Normalfamilien“ mit gemeinsamer Muttersprache, Nationalität und Wohnsitz bleiben von der Globalisierung nicht unberührt. Anfang des Jahrtausends untersuchten WissenschaftlerInnen im Rahmen der fünf Jahre

laufenden Studie Globalife, wie Globalisierung die Lebensverläufe der Menschen in OECD-Ländern beeinflusst. Ein Auszug aus den Ergebnissen: Verstärkter Konkurrenzdruck im Zuge des Standortwettbewerbs und damit einhergehende Umstrukturierungen sowie Unternehmensverlagerungen setzen Arbeitsmärkte unter Druck. Arbeitsplatzsicherheit nimmt ab, ArbeitnehmerInnen stehen zunehmend unter Qualifikations-, Leistungs- und Flexibilitätsdruck. Prekäre und atypische Beschäftigungsformen nehmen besonders in der Phase des Berufseinstiegs zu – „Generation Praktikum“ titelte die Zeitschrift „Der Spiegel“ 2006. Der Zeitpunkt der Familiengründung wird nach hinten verschoben, bis berufliche Stabilität und materielle Absicherung erreicht sind. In Österreich ist eine Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes gegenwärtig durchschnittlich knapp 29 Jahre alt, in den 1980er-Jahren kam der Nachwuchs ganze sechs Jahre früher. Dass unter diesen Umständen die Anzahl der Kinder pro Familie abnimmt oder Paare überhaupt kinderlos bleiben, ist nur logisch.

Internet:

Die Initiative „Ehe ohne Grenzen“ setzt sich für die rechtliche Gleichstellung mit österreichischen Paaren und das Recht auf Familie ein:
www.ehe-ohne-grenzen.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
pia.lichtblau@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Von Dynastien und Greißlern

Familienunternehmen sind noch nicht ausgestorben. Ihr Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft sollte nicht unterschätzt werden.

Autor: Harald Kolerus
Freier Journalist

Rothschild, Ford, Rockefeller – das sind nur einige der klingenden Namen, die sehr schnell mit Wirtschaftsdynastien assoziiert werden. Die Verzahnung zwischen Ökonomie und Politik ist dabei unübersehbar, wofür die Kennedys oder Bushs, letztere mit engen Verbindungen zur Erdölindustrie, gute Beispiele abgeben: Zwischen 1980 und 2004 wurden sieben US-Präsidenten gewählt; auf dem „Ticket“, dem aus Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten bestehenden Wahlvorschlag der Parteien, war bei sechs dieser Wahlen ein Bush vertreten ...

Klein bis groß

Wobei für den Begriff Familienunternehmen gar keine allgemein anerkannte Definition existiert. Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn klassifiziert zum Beispiel alle Betriebe als Familienunternehmen, bei denen bis zu zwei natürliche Personen oder ihre Familienangehörigen mindestens 50 Prozent der Anteile halten und der Geschäftsführung angehören. Dazu würde somit auch der „Gleißler ums Eck“ zählen. Er ist für die jüngere Generation ein unbekanntes Fabelwesen: ein kleiner Feinkostladen, dessen MitarbeiterInnen zugleich die EigentümerInnen sind, hinter dem Tresen arbeitet die ganze Familie in mehreren Generationen. Dieses Bild gehört zumeist der Vergangenheit an (Ausnahmen bilden etwa in Wien zumeist Geschäfte von Einwanderern), der Greißler wurde durch „seelenlose“ Super-

märkte ersetzt, in denen kein Platz und keine Zeit für ein familiäres Pläuschchen übrig geblieben ist. Aber das Bild vom Familienunternehmen als idyllische heile Welt trägt ohnedies: Die engen Bande machen es mitunter nicht gerade leichter, sich gegen prekäre Verhältnisse am Arbeitsplatz zu wehren. Wenn die „führende Hand“ eines Patriarchen vom Geschäft bis in die Privatsphäre der gemeinsamen vier Wände reicht, hängt bald nicht nur der Haussegen schief.

Zu Familienunternehmen zählen also kleine und mittlere Betriebe ebenso wie internationale Großkonzerne. In einer Auflistung des deutschen „Handelsblatts“ finden sich unter Deutschlands größten Firmen in Familienhand prominente Marken wie Volkswagen, **Porsche**, **Metro**, **Bertelsmann**, Henkel, Otto Group (mit einem Umsatz von zwölf Milliarden Euro und über 53.000 Beschäftigten im Jahr 2011 der zweitgrößte Onlinehändler hinter Amazon), **Bosch** und Aldi (in Österreich als Hofer präsent). Einen weiteren Blick ist die Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) wert, laut „Handelsblatt“ mit einem Umsatz von 63 Mrd. Euro und 315.000 Beschäftigten die Nummer vier unter Deutschlands Familienunternehmen.

Das Schwarz-Imperium ist ein komplexes Geflecht aus verschiedenen Beteiligungsunternehmen, Stiftungen und Tochtergesellschaften. Bereits im Jahr 1930 gründete Josef Schwarz das Südfürchte-Großhandelsunternehmen Lidl & Co. Dieter Schwarz, der Sohn des Firmengründers, eröffnete 1978 das erste Discounter-Geschäft. Mit einem Vermögen von über 11,5 Mrd. Euro ist

BUCHTIPP

Ronald D. Gerste
Amerikanische Dynastien
Verlag Friedrich Pustet,
2005, 319 Seiten,
€ 27,80
ISBN 978-3-7917-1948-1



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

er der drittreichste Mann Deutschlands. „Die Struktur der Schwarz-Gruppe und die Gründung verschiedener Stiftungen ermöglichen es dem Unternehmen, enorme Steuererleichterungen zu erzielen“, so die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, CCC). Es war auch CCC, die bereits 2007 Lidl sowie KIK und Aldi mit Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen bei ihren Textillieferanten in Bangladesch, China, Indien und anderen Ländern konfrontierte. Die Kritik blieb nicht ungehört: Lidl lässt seit 2008 in Bangladesch und China Schulungen über Sozialstandards für seine Produzenten durchführen. Mehr als 150 Hersteller, die meisten in China, wurden seither fortgebildet.

Arbeits-(Un-)Recht

Aber haben sich durch diese Maßnahmen die Arbeitsbedingungen verbessert? CCC ist dieser Frage in einer Vor-Ort-Recherche, die Ende 2011 in Zulieferbetrieben von Aldi, Lidl und KiK durchgeführt wurde, nachgegangen. Das Forscherteam



Dazu würde somit auch der „Greißler ums Eck“ zählen – er ist für die jüngere Generation ein unbekanntes Fabelwesen: Kleine Feinkostläden, deren MitarbeiterInnen zugleich die EigentümerInnen sind, hinter dem Tresen arbeitet die ganze Familie in mehreren Generationen.

befragte insgesamt 162 ArbeiterInnen aus zehn Bekleidungsfabriken – mit einem ernüchternden Ergebnis: Die Arbeitsverhältnisse der NäherInnen haben sich kaum verbessert.

Menschenunwürdige Arbeitsrechtsverletzungen in den produzierenden Fabriken sind weitverbreitet. Einige Zulieferer werden zwar heute in höherem Maße verpflichtet, auf die Sicherheit und die Gesundheit der ArbeiterInnen zu achten, elementare Rechte werden aber weiterhin vorenthalten. Die NäherInnen arbeiten immer noch ohne schriftliche Arbeitsverträge für Löhne, die bei Weitem nicht für ein Leben in Würde reichen. Überstunden werden gar nicht oder nicht korrekt bezahlt. Das Recht, sich zu organisieren, wird den ArbeiterInnen auch weiterhin verwehrt. Frauen werden immer noch diskriminiert, von den VorarbeiterInnen schlecht behandelt und sind sexuellen Übergriffen meist schutzlos ausgeliefert.

Lidl geriet aber auch wiederholt wegen Verstößen gegen elementare Arbeitsrechte in Deutschland in die Kritik: So ließ Lidl seine Beschäftigten über mehrere Jahre durch Detekteien systematisch überwachen, dabei wurden u. a. Toilettengänge der MitarbeiterInnen protokolliert. Wegen der Bespitzelung musste das Unternehmen insgesamt 1,4 Mio. Euro Bußgeld bezahlen. Im Jahr 2004 starteten die Gewerkschafter von ver.di eine Kampagne, um auf die prekäre Situation der VerkäuferInnen in den Lidl-Filialen aufmerksam zu machen, und bemühten sich, Betriebsräte in Filialen zu gründen. Verbesserungen für die MitarbeiterInnen sind langsam, aber doch, spürbar. Nun

sollen Lidl oder Aldi nicht als alleinige Sündenböcke für problematische Arbeitsbedingungen herhalten, die sind ja auch bei rein managergeführten, börsennotierten Unternehmen keine unbekanntenen Größen. Die Dimensionen, die Familienunternehmen erreicht haben, sollten aber doch ins Bewusstsein gerufen werden – von Arbeitsidylle fehlt jede Spur. Wobei sich die Frage stellt, inwiefern die Unterscheidung zwischen Familien- und Nichtfamilienunternehmen überhaupt sinnvoll ist?

Figur des Unternehmers

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass generell die Figur des Unternehmers in der ökonomischen Theorie lange Zeit vernachlässigt worden ist. Im 18. Jahrhundert gingen die Gründer der klassischen Nationalökonomie von den drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital aus. „Dass es eine Figur gibt, die weder Kapitalgeber noch Arbeiter ist, sondern eine wichtige Vermittlungsfunktion ausübt, gehörte nicht zu den gängigen Konzepten“, so Hartmut Berghoff in „Moderne Unternehmensgeschichte“. Für Adam Smith regelte die „unsichtbare Hand“ des Marktes, also das Spiel von Angebot und Nachfrage, die Wirtschaft – und nicht Unternehmerpersönlichkeiten. Karl Marx sprach von dem „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“, der letztlich alles bestimme. Er zwingt gesichtslose, beliebig austauschbare Unternehmer zur Ausbeutung der Arbeiterschaft, die lediglich Löhne erhalte, die das Überleben auf niedrigstem Niveau sichern. Den darüber hinausgehenden Mehrwert eigne sich der

Unternehmer an, seine Rolle sei in der Weltgeschichte aber lediglich eine vorübergehende, in einer klassenlosen Gesellschaft bleibe kein Platz für Unternehmer, sprich Ausbeuter.

Solidarität vor Gewinnmaximierung

In der Wirtschaftswissenschaft wurde dem Unternehmer erst allmählich eine positivere Rolle zugesprochen. Der 1734 verstorbene Kaufmann und Bankier Ricard Cantillon war einer der ersten Theoretiker, die den Unternehmer als unverzichtbar für das Funktionieren von Märkten bezeichneten: Er gleiche die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage aus, kaufe zu einem ihm bekannten Preis, verkaufe aber zu einem ungewissen Preis. Als Ausgleich für das damit verbundene Risiko erhalte er den Gewinn.

Es sei hier angemerkt, dass natürlich auch ArbeitnehmerInnen Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit tragen. Diesen Gefahren wird in einem modernen Wohlfahrtsstaat durch entsprechende Absicherungen entgegengetreten. Es ist deshalb wohl nicht so sehr entscheidend, ob Unternehmen von einzelnen Familien oder vielen AktionärInnen besessen werden, sondern dass Gewinnmaximierung keinen Vorrang gegenüber Solidarität besitzt.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
haralddkolerus@yahoo.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Familienpolitik für das 21. Jahrhundert

Investitionen in die soziale Infrastruktur fördern die Nachhaltigkeit.

AutorInnen: Adi Buxbaum

*Mitarbeiter der Abt. Sozialpolitik
der AK Wien*

Sybille Pirklbauer

*Mitarbeiterin der Abt. Frauen und Familie
der AK Wien*

Österreich ist ein konservatives Land in Sachen Familienpolitik. Dabei würde moderne Familienpolitik für mehr Beschäftigung und Gleichstellung sorgen und wäre auch aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive gewinnbringend. Das zeigen etwa neue Studien von AK Wien (2012) und Eurofound (2012).

Wohlfahrts- und Wohlstandsgewinn

Das Ziel einer modernen Familienpolitik muss es sein, sowohl die Lebens- und Einkommenschancen der Familien – insbesondere der Kinder – zu verbessern als auch die strukturellen Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu ermöglichen. Investitionen in Kinder- und Altenbetreuung, Bildung, Pflege etc. – kurz: soziale Infrastruktur – sind dabei wirtschaftlich wie sozial extrem sinnvoll. Sie schaffen nämlich einen breiten „Wohlfahrts- und Wohlstandsgewinn“. Die verbesserte soziale Infrastruktur hilft nicht nur den Menschen, sie wird zunehmend zu einem Standortvorteil und ebenso zu einem Wachstums- und Beschäftigungsmotor! Länder mit moderner Familienpolitik setzen genau auf diese Strategie. Österreich hinkt hier noch deutlich nach. Österreich gibt im internationalen Ver-

gleich sehr viel Geld für Familien aus. Mit 2,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt liegt das Land deutlich über dem OECD-Schnitt von 2,2 Prozent (Daten 2007).

Aber während Österreich bei den Geldleistungen in Europa die viert-höchsten Ausgaben verzeichnet und diese deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen (Ö: 2,15 Prozent des BIP, gegenüber 1,22 Prozent des BIP im OECD-Ø), fallen hierzulande die Sach- und Dienstleistungen mit 0,45 Prozent des BIP weit geringer aus als im Schnitt aller Industrienationen (0,78 Prozent vom BIP). Damit liegt Österreichs Familienpolitik in dieser Hinsicht im internationalen Vergleich im schlechtesten Drittel.

Ländervergleich

Diese Politik bringt weder die ersehnte Vereinbarkeit für Beruf und Familie, noch den Kindersegen, den sie zu fördern behauptet. Das wird im Ländervergleich deutlich.

In „konservativen“ Ländern wie Italien, Deutschland und Österreich, die unterdurchschnittliche Ausgaben für Sachleistungen und Kinderbetreuung haben, klaffen die Arbeitszeiten von Frauen und Männern stark auseinander: Männer sind hauptsächlich 40 Wochenstunden und mehr beschäftigt, während Frauen vor allem in Teilzeit unter 30 Stunden – nicht selten sogar unter 20 Stunden und damit oft kaum existenzsichernd – arbeiten.

Auf der anderen Seite stehen Länder wie Dänemark, Frankreich oder

die Niederlande, die mit ihren Ausgaben für Sachleistungen weit über dem Durchschnitt der OECD-Staaten liegen. Hier ist die Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern viel ausgewogener, Wochenarbeitszeiten zwischen 30 bis 39 Stunden sind hier der „Normalzustand“ für Männer wie Frauen. Zwei besonders positive Aspekte daran: Es gibt viel weniger gesundheitsbeeinträchtigende überlange Arbeitszeiten in diesen Staaten und die Menschen dort können ihren Kinderwunsch leben. Geburtenraten, die deutlich über denen der konservativen Staaten liegen, zeigen dies.

Erfolgreiche Länder – im Sinne z. B. einer hohen (Frauen-)Beschäftigung (Vollzeit oder Teilzeit in hohem Stundenausmaß), hoher Produktivität und Wertschöpfung, hoher Geburtenraten etc. – setzen also auf ein breites Angebot an sozialer Infrastruktur, vor allem Kinder- und Altenbetreuung, Pflege, Bildungseinrichtungen.

Wachstums- und Jobmotor

Fortschrittliche Familienpolitik würde eine Umorientierung hin zu mehr Sach- und Dienstleistungen erfordern, die viele Vorteile mit sich bringt. Im Ländervergleich fällt auch auf, dass besonders in den nordischen Staaten Frauen ihre Potenziale und Qualifikationen besser am Arbeitsmarkt einbringen können und dadurch eine höhere volkswirtschaftliche Wertschöpfung möglich ist als beispielsweise im mediterranen Raum. Das Ziel der höheren Erwerbsintegration von Frauen in den nor-



Investitionen in Kinder- und Altenbetreuung, Bildung, Pflege etc. – kurz: soziale Infrastruktur – sind wirtschaftlich wie sozial extrem sinnvoll. Sie schaffen nämlich einen breiten „Wohlfahrts- und Wohlstandsgewinn“.

dischen Staaten bedingt auch höhere Investitionen in das Humankapital (Aus- und Weiterbildung, Qualifizierungsmaßnahmen etc.) mit hohen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erträgen (vgl. „wissensbasierte Wirtschaft/Gesellschaft“).

Investitionen rechnen sich

Welcher evident positive Zusammenhang zwischen dem Ausbau der Kinderbetreuung und einem nachhaltigen Beitrag zum Budget der öffentlichen Haushalte bzw. zur Budgetkonsolidierung besteht, belegen neue Modellberechnungen der AK (vgl. AK Wien 2012).

Durch den schrittweisen Ausbau des Kinderbetreuungsangebots bis zum Jahr 2017 können 35.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder geschaffen bzw. die Öffnungszeiten bei 70.000 bestehenden Plätzen verlängert werden.

Für den notwendigen Ausbau sollen vom Bund in den nächsten vier Jahren durchschnittlich rund 100 Mio. im Jahr geleistet werden. Entsprechend der bereits gültigen **15a-Ver einbarung** zum Ausbau der Kinderbetreuung ist von den Ländern im ersten Jahr eine Zuzahlung in gleicher Höhe zu leisten. Die laufenden Kosten sind aufgrund ihrer Zuständigkeit von den Ländern und Gemeinden zu tragen.

Je nachdem, welche wirtschaftliche Entwicklung bzw. indirekten Beschäftigungseffekte unterstellt werden, ergeben sich unterschiedlich hohe Netto-

kosten (Gesamtkosten vermindert um Rückflüsse und andere Einsparungen). Die Spitze der Nettokosten für Personal und Bauinvestitionen wird im Jahr 2015 erreicht und beträgt je nach Szenario zwischen 61 und 148 Mio. Ab 2016 sinken sie bereits deutlich und „drehen“ ab 2017 auch im schlechtesten Szenario in ein Plus für die öffentliche Hand (zwischen 14 und 168 Mio. Euro Überschussertrag gegenüber den Investitionskosten).

Insgesamt werden durch die Realisierung dieser Investitionen der Wirtschaftsstandort attraktiver, die Beschäftigungsquote insbesondere von Frauen und die entsprechenden Lohnabgaben gesteigert und die strukturellen Mängel in der aktuellen Familienpolitik abgebaut. Die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen und das daraus resultierende Haushaltsplus unterstützen die aktuellen Bemühungen zur Budgetkonsolidierung.

Modell von AK und IV

Konkrete Konzepte zur Umsetzung müssen nicht neu erfunden werden: Von Arbeiterkammer und der Industriellenvereinigung wurde ein Modell der Neuausrichtung der Familienpolitik ausgearbeitet, das eine Mittelumschichtung von der steuerlichen Familienförderung zugunsten eines Ausbaus und einer Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung vorsieht.

Analog zur Kinderbetreuung sind entsprechende Investitionen in den Ausbau der mobilen und stationären Pflegeangebote hinsichtlich ihrer mit-

tel- und langfristigen Entlastungswirkung für die öffentlichen Budgets zu sehen.

„Modernisierungsschub“ durch EU?

Seitens der EU-Kommission – allen voran von **László Andor**, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration (siehe Speech/12/852) – wird auch zunehmend das Beschäftigungspotenzial der Sozialen Dienste erkannt und deren Ausbau eingefordert. Es gibt bereits die Ankündigung, dass der Ausbau der sozialen Infrastruktur ein wesentlicher Bestandteil des sogenannten „Social Investment Package“ sein soll, das im kommenden Jahr in Brüssel vorgestellt werden soll.

Es bleibt also die Hoffnung bestehen, dass der oft einseitige Haushaltskonsolidierungspfad in der EU verlassen wird und die Notwendigkeit erkannt wird, Investitionen im Sozial- und Bildungsbereich als „Zukunfts- und Standortinvestitionen“ zu sehen.

Internet:

OECD-Studie zur Familienförderung:
tinyurl.com/d2yx7zk

AK-IV-Projekt:
tinyurl.com/cavs6zk

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
adi.buxbaum@akwien.at
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wenn sich die Rollen umkehren

... und Eltern die Hilfe ihrer Kinder benötigen, ist das für alle Beteiligten nicht gerade einfach. Wichtig ist es, offen miteinander zu sprechen.

Autorin: Anni Bürkl
Freie Journalistin

S tatt um Rat gefragt zu werden, braucht Mami auf einmal selbst Rat. Der Vater, früher bei jedem Problem ein Fels in der Brandung, steht plötzlich ratlos vor einem. Die Kinder reagieren verunsichert – wie weit soll die Unterstützung gehen? Ab wann fühlt sich der alte Mensch bevormundet? Und wie geht man selbst damit um, wenn man erkennt, dass die eigenen Eltern nicht unsterblich sind?

Erst tut man so, als ob nichts wäre, aber irgendwann lässt es sich nicht mehr verleugnen, dass die eigenen Eltern alt werden. Die Mutter fragt, ob man ihr mit den schweren Taschen helfen kann. Der Vater weiß nicht mehr, wie er den besten Weg mit dem Auto findet. Dann kommt eine Frage, wie das Handy zu handhaben sei ... und das ist erst der Anfang. Scheinbar leichte Entscheidungen erfordern viele Rückfragen. Irgendwann fällt es einem wie Schuppen von den Augen: Die Eltern sind nicht mehr wie früher, sie lassen körperlich und geistig nach. Und da muss noch gar keine Krankheit dahinterstecken. Allein der normale Alterungsprozess bringt genügend Einschränkungen mit sich.

Mehr als Nachlassen der Kräfte

Es fängt mit zunehmender Einsamkeit an, wenn ein alter Mensch nicht mehr so mobil ist und sich schwer tut, außer Haus zu gehen. Alltägliche Handgriffe klappen nicht mehr, die Kräfte lassen nach. Es geht nicht mehr wie früher.

Zum körperlichen Abbau gesellt sich jener der Kompetenzen. Der alte Mensch fühlt sich zunehmend nutzlos, nicht mehr gebraucht. Im Gegensatz zu traditionellen Gesellschaften, wo die Erfahrung der Älteren geschätzt wurde oder wird, hilft in unserer schnelllebigen, sich gerade technologisch ständig verändernden Zeit das angesammelte Wissen immer seltener im Alltag. Die Reaktion ist häufig Scham seitens der Alten, begleitet von Wut. Sie verbergen zuerst, dass es nicht mehr läuft wie früher. Besonders den eigenen Kindern gegenüber wollen sie keine Schwäche eingestehen. Um Hilfe zu bitten wäre peinlich, weil es die jetzt alternde Kriegs- und Nachkriegsgeneration gewohnt war, auf sich gestellt das Leben zu meistern. Die Kinder erraten dann oft nur, dass ein Elternteil Hilfe braucht.

Bereits vorhandene Schwachstellen verstärken sich im Alter. Ein immer schon entschlusschwacher Mensch wird vielleicht im Alter noch unsicherer. Jemand, der nie besonders sportlich war, hat noch weniger Kraft und Ausdauer.

Eva Tesar, Psychotherapeutin: „Wenn die Eltern alt werden, dann dreht sich vieles um. Die alten Menschen sind auf einmal hilfsbedürftig und brauchen Unterstützung von den Kindern. Das sind völlig neue Rollen für die Kinder wie die Eltern, an die sich beide Seiten erst gewöhnen müssen.“ Konnten die Kinder bis vor Kurzem noch in schwierigen Lebenssituationen Rat und Hilfe von den Eltern bekommen, erwarten die Eltern nun häufig selbst Unterstützung, auch bei einfachen Lebensfragen. Verunsicherung auf beiden Seiten ist die Folge. Wir gehen nicht mehr ungezwungen mitei-

BUCHTIPP

Ann-Kathrin Eckardt
**Mama, das hast du schon
5 Mal erzählt!**

**Geschichten über das
Älterwerden der Eltern**
Rowohlt Taschenbuch, 2012,
224 Seiten, € 9,30
ISBN 978-3-4996-2829-0



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

ander um, sondern haben Hemmungen. Auf einmal müssen die Kinder Verantwortung übernehmen, sich der Situation stellen: Am Ende steht irgendwann der Tod der Eltern.

Generationenvertrag im Kleinen

Schließlich wird das, was der Generationenvertrag im Großen vorsieht, auch im Kleinen erwartet: Die Eltern kümmern sich um die Kinder, im Alter ist es umgekehrt. Doch gerade bei den eigenen Eltern fällt es besonders schwer, sich Zeichen von Alter und Krankheit einzugestehen. Das dauert seine Zeit.

Arno Geiger beschreibt dies in seinem Roman „Der alte König in seinem Exil“ über die Demenzerkrankung seines Vaters: „Weil man als Kind seine Eltern für stark hält und glaubt, dass sie den Zumutungen des Lebens standhaft entgegen-treten, sieht man ihnen die allmählich sichtbar werdenden Schwächen sehr viel schwerer nach als anderen Menschen.“

Erst tut man so, als ob nichts wäre, aber irgendwann lässt es sich nicht mehr verleugnen: Die eigenen Eltern werden alt. Die Mutter fragt, ob man ihr mit den schweren Taschen helfen kann. Der Vater weiß nicht mehr, wie er den besten Weg mit dem Auto findet. Dann kommt eine Frage, wie das Handy zu handhaben sei ... und das ist erst der Anfang.



Eltern und erwachsene Kinder stehen vor einer neuen Situation, letztere wollen die Eltern nicht bevormunden. Ist Gefahr im Verzug, z. B. wenn der Vater das Gas brennen lässt oder die Mutter vergisst, die Wohnung abzusperrern, muss sowieso sofort gehandelt werden. Doch nicht immer kommt es gleich ganz so extrem.

Eva Tesar empfiehlt: „Wenn die Eltern nicht dement sind und man mit ihnen klar sprechen kann, wäre es gut, offen mit ihnen zu sprechen.“ Höflichkeit und Taktgefühl sind dabei wichtige Gesprächsgrundlagen. Günstiger wäre es, mit den Eltern bereits in einer noch nicht belasteten Phase mögliche Probleme zu klären. Ein solches Gespräch beginnt man am besten mit Formulierungen wie: „Mir ist aufgefallen, dass ...“ oder „XY ist auch aufgefallen ...“. Dabei kann man eine Vertrauens- oder Autoritätsperson nennen. Das Gespräch könnte man dann in etwa so führen: „Ist dir das auch aufgefallen, wie siehst du das? Wie ist deine Meinung dazu? Was meinst du, wie wir vorgehen sollen?“ Gefährdet sich der alte Mensch selbst, ist es wichtig, einen Arzt einzuschalten, um eine Diagnose zu erhalten. Erst dann können Entscheidungen getroffen, Betreuungsformen ausgewählt werden.

Wird der Alterungsprozess aktiv angesprochen, können beide Seiten die neuen Rollen leichter annehmen. Dabei lassen sich etwa die Wohnsituation und eine mögliche Anmeldung in einem Seniorenheim klären, ebenso die Frage, wie sich der alte Mensch selbst seine Wohnsituation vorstellt und ob die Kinder die Pflege ihrer Eltern übernehmen wollen (bzw. können). Auch die Themenbereiche

Finanzen, Testament oder Patientenverfügung sind wichtig. Arno Geiger schreibt in seinem Roman „Der alte König in seinem Exil“ über die fortschreitende Erkrankung seines Vaters: „Wenn er zu einem seiner Kinder gesagt hätte, tut mir leid, mein Gehirn lässt mich im Stich, hätten alle besser mit der Situation umgehen können. So jedoch fand ein jahrelanges Katz-und-Maus-Spiel statt, mit dem Vater als Maus, mit uns als Mäusen und mit der Krankheit als Katze.“

Offenheit gegenüber zunehmenden Schwächen lässt die Möglichkeit zu, darauf zu reagieren und sie auszubalancieren – bevor etwas passiert.

Hilfe im Alltag

Im Alltag bringen Tagesbetreuungseinrichtungen Erleichterung und entlasten kurzfristig. Es gibt unterschiedliche Angebote, etwa für Demenzzranke oder SchlaganfallpatientInnen, ebenso ein Tageszentrum der israelitischen Kultusgemeinde im Maimonideszentrum. Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn können als „Kontrollinstanzen“ helfen, dem alten Menschen seine gewohnte Wohnumgebung zu erhalten. Sind Vater oder Mutter an einer Demenz erkrankt, geht es ab einem gewissen Punkt gar nicht mehr allein. Eva Tesar: „Im Falle von Demenz oder Unzurechenbarkeit hat es sich bewährt, einen Sachwalter einzusetzen. Der externe Experte wird häufig besser akzeptiert als die eigene Familie.“ Außerdem ist es hilfreich, sich als Sohn oder Tochter rechtzeitig darüber zu informieren, welche Möglichkeiten guter, kompetenter Betreuung es für die Eltern vor Ort gibt.

Hat man sich entschieden, die Eltern selbst zu betreuen, kann man sich eine Pflegekarenz überlegen. Bei der Entscheidung ist vieles zu bedenken, auch der Verlust von Privatsphäre, wenn Eltern und Kinder unter einem Dach leben, immer auf Abruf. Und oft bleibt die Pflege als allein zu tragende Last an den Frauen hängen. Rivalitäten zwischen Geschwistern können neu aufbrechen, wenn sie unterschiedliche Vorstellungen über die Pflege ihrer Eltern haben.

Auf keinen Fall sollte man sich zur Pflege verpflichtet fühlen, wenn die Beziehung zwischen Eltern und Kind von früher belastet ist. Dann bestünde leicht die Gefahr, es den alten, nun wehrlosen Eltern „heimzuzahlen“.

Möglichst lange selbstständig leben

Generell gilt: Auch alte Menschen haben viele ähnliche Bedürfnisse wie jüngere Menschen – also nicht vorzeitig „entmündigen“! Ziel sollte es sein, Ältere so lange wie möglich selbstständig leben und sie auch die gewohnten Aktivitäten ausüben zu lassen.

Internet:

Tagesbetreuungsmöglichkeiten für SeniorInnen:
pflege.fsw.at/tagesbetreuung/tageszentren

Selbsthilfegruppen für pflegende Angehörige:
tinyurl.com/c4qpufd

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin

anni.buerkl@texteundtee.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zusammen spazieren gehen

Was ein Spaziergang zu zweit mit Familie in traditionellen und neuen Formen zu tun hat.

Autor: Alexander Schneider
Bildungsabteilung der AK Wien

Vor einiger Zeit saß ich mit ein paar Freunden nach dem wöchentlichen Fußballspiel zusammen und wir unterhielten uns darüber, wie sehr uns das gemeinsame Spiel noch immer Spaß macht. Da erzählte einer folgende Geschichte: Eine seiner Töchter war gerade in der Pubertät, es war sehr schwierig mit ihr und sie fanden überhaupt keinen Draht mehr zueinander. Da machte er ihr eines Abends den Vorschlag, noch eine Runde miteinander spazieren zu gehen. Und während dieses Spazierens kamen sie sich wieder näher, sie konnten ruhig miteinander reden und ihre Gedanken austauschen. Es sei doch seltsam, dass diese banale Handlung des gemeinsamen Gehens eine solche Wirkung hatte.

Das erinnerte mich an einen Aufsatz, den die Sozialphilosophin **Margaret Gilbert** geschrieben hat, und der eben den Titel trägt: „Zusammen spazieren gehen: Ein paradigmatisches soziales Phänomen“. Den Begriff „paradigmatisch“ kann man hier so verstehen, dass es darum geht, welche Merkmale aus der Handlung des zusammen Spazierens für das Soziale insgesamt gewonnen werden können.

Susi spaziert die Straße entlang

Stellen wir uns, Gilbert folgend, eine Person vor. Wir nennen sie Susi. Sie spaziert allein eine Straße entlang. Plötzlich bemerkt sie, dass jemand anders, ein Mann in einem schwarzen Mantel, neben ihr geht, in einem Abstand von etwa dreißig

Zentimetern. Das kann man nun sicher nicht gemeinsames Gehen nennen und gerade der Umstand, dass es kein gemeinsames Gehen ist, mag Susi sehr nervös machen. Jetzt erkennt Susi ihn aber, es ist Fredi Maier. Sie ist nun beruhigt und erfreut und würde auch ganz gern mit ihm einige Worte wechseln. So gehen sie nebeneinander her. Kann man hier schon vom gemeinsamen Spazieren sprechen? Eher nicht, wenn wir annehmen, dass Fredi bekannt ist für seine Verschlossenheit, was Susi zur Vermutung veranlasst, er würde lieber allein gehen, und dass Fredi vielleicht von seinem Ruf weiß und glauben mag, dass er Susi nicht so willkommen ist. Das gemeinsame Spazieren gehen wird also noch nicht dadurch erzeugt, dass beide für sich das persönliche Ziel haben, neben dem anderen zu gehen. Sie müssen jedenfalls voneinander wissen, dass sie das gleiche Ziel haben.

Doch reicht dieses Wissen schon aus? Stellen wir uns vor, Susi und Fredi gehen tatsächlich zu einem bestimmten Zeitpunkt miteinander spazieren. Nun beginnt Fredi seine Schritte zu beschleunigen, er eilt voraus. Susi könnte auf unterschiedliche Weise reagieren. Sie hätte die Möglichkeit Fredi zuzurufen, dass sie nicht nachkommt, oder sie könnte zu ihm aufschließen und ihm dann sagen, dass er zu schnell geht. Damit wird angenommen, dass es eine Verpflichtung gibt, miteinander Schritt zu halten und auch ein Recht darauf hinzuweisen und die Verpflichtung einzumahnen. Doch ebenso könnte sich Susi in diesem Stadium der Gemeinsamkeit denken: Was berechtigt mich denn, das von Fredi zu verlangen, und will ich es eigentlich?

BUCHTIPP

Hans Bernhard Schmid/
David Schweikard (Hg.)
Kollektive Intentionalität
Eine Debatte über die
Grundlagen des Sozialen
Suhrkamp, 2009,
854 Seiten, € 24,70
ISBN 978-3-5182-9498-7



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Diese Wendung wirft die Frage auf, wodurch Rechte und Verpflichtungen begründet sind. Gilbert bespricht zwei Möglichkeiten einer solchen Verpflichtung: Moral und Klugheit. Eine moralische Verpflichtung würde heißen, dass man nicht vorausseilen soll. Es ist aber nicht gesagt, dass Fredi diese moralische Regel für sich gelten lässt, und auch Susi könnte der Ansicht sein, dass Fredi moralisch zu nichts verpflichtet ist, und daher auch eine Verpflichtung aus diesem Grund nicht einfordern.

Fredi hat das gleiche Ziel

Von der Moralität abgesehen, könnte die Klugheit Fredi gebieten, alles Mögliche zu unternehmen, um sie beide zusammenzuhalten. Denn wenn sie beide voneinander wissen, dass sie das fragliche Ziel haben, könnte es gut sein, dass Susi das Verhalten Fredis für rücksichtslos hält. Dies könnte dazu führen, dass sie nicht mehr mit ihm zusammen sein möchte.

Stellen wir uns, Gilbert folgend, eine Person vor, wir nennen sie Susi, sie spaziert allein eine Straße entlang. Plötzlich bemerkt sie, dass jemand anders, ein Mann in einem schwarzen Mantel, neben ihr geht, in einem Abstand von etwa dreißig Zentimetern. Das kann man nun sicher nicht gemeinsames Gehen nennen und gerade der Umstand, dass es kein gemeinsames Gehen ist, mag Susi sehr nervös machen.



Fredi wäre also aus einem Klugheitsgesichtspunkt verpflichtet, nicht vorauszuweichen. Der Haken dabei ist, dass auch dieses Kalkül nur ein persönliches von Fredi ist. Die Frage, der wir nachgehen, lautet aber: Unter welchen Umständen ist die Verpflichtung so geartet, dass Fredis Versäumnis, neben Susi zu bleiben, Susi berechtigt, ihn zu rügen? Und für diese Verpflichtung reichen sowohl Moral als auch Klugheit nicht aus.

Kräfte vereinen

Gilbert schlägt folgende mögliche Lösung zur Klärung dieser Frage vor: Gehen wir nochmals zum Ausgangspunkt zurück. Nehmen wir an, Fredi hustet, um Susis Aufmerksamkeit zu erregen, und fragt sie dann, ob sie Susi Berger sei und ob sie etwas dagegen hätte, wenn er sich ihr anschließen würde. „Nein“, sagt Susi, „das wäre nett, ich hätte gern Gesellschaft.“ Damit sind alle Bedingungen für gemeinsames Spazierengehen vorhanden. Was charakterisiert diese Situation? Gilbert meint, dass hier jeder Beteiligte durch sein Akzeptieren des gemeinsamen Ziels, spazieren zu gehen, seine Bereitschaft klar gemacht hat, die Kräfte zum Erreichen des Ziels zu vereinen. Es kommt also auf die Gemeinsamkeit des Ziels an und beide Personen sind dabei Teile von etwas, das Gilbert „Pluralsubjekt“, man könnte es mit „Mehrzahl-Ich“ übersetzen, nennt. Das gemeinsame Ziel kann nur erreicht werden, wenn sich die beiden Willen gegenseitig und gleichzeitig miteinander binden.

Der Unterschied zu der vorhergehenden Konstellation liegt darin, dass

hier nicht jede Person für sich das gleiche Ziel hat wie die andere, sondern dass beide das eine gemeinsame Ziel haben und dieses nur erreicht werden kann, wenn sie ihre Kräfte dazu verbinden. Erst dieses Verhältnis begründet gegenseitige Verpflichtungen und Rechte. So sieht es jedenfalls Margaret Gilbert. Müßig zu erwähnen, dass diese Definition durchaus nicht von allen Personen, die sich mit diesem Thema befassen, geteilt wird. Manche halten die Vorstellung eines „Mehrzahl-Ichs“ für zu stark und überzogen. Sie meinen, dass wir immer Einzelpersonen mit individuellen Zielsetzungen bleiben. Ich denke jedoch, dass die Darstellung von Gilbert recht gut erklären kann, warum in dem oben geschilderten Fall meines Freundes dieser Spaziergang mit der Tochter so gut verlaufen ist. Denn in diesem Moment haben sich die beiden offenbar gleichermaßen einander verpflichtet, achtend und sorgend gefühlt. Folgt daraus, dass die Beteiligten ihre Individualität verlieren und in einem „Wir“ aufgehen? Das ist nicht der Fall. Denn es sind und bleiben Subjekte, Einzelpersonen, die zu einem gemeinsamen Ziel wechselseitig ihre Kräfte verbinden.

Familie hat ein „Mehrzahl-Ich“

Was bedeutet das nun für die Familie? Die Familie ist eine Gruppe mit spezifischen Merkmalen. Im Sinne Gilberts könnte man sagen, in einer Familie bilden Personen ein „Mehrzahl-Ich“, also ein „Wir“, mit dem Ziel, miteinander das Leben zu bestreiten. Das beinhaltet die Sorge um die anderen, darauf zu achten,

dass – sinnbildlich zum spazieren gehen – niemand zu schnell geht oder zurückbleibt, und es begründet Rechte und Pflichten.

Sorge, Pflichten, Rechte

Die Geschichte von Susi und Fredi wird möglicherweise nach dem gemeinsamen Spaziergang enden – oder auch weitergehen, wer weiß? Gilbert behandelt das nicht weiter, es geht ihr nicht um das Ende, sondern um das Entstehen von Gruppen. Mit der Familie ist das nun eine besondere Sache. Denn die Sorge und die Pflichten und Rechte enden nicht einfach, wenn ein Teil oder mehrere Teile nicht mehr mitmachen.

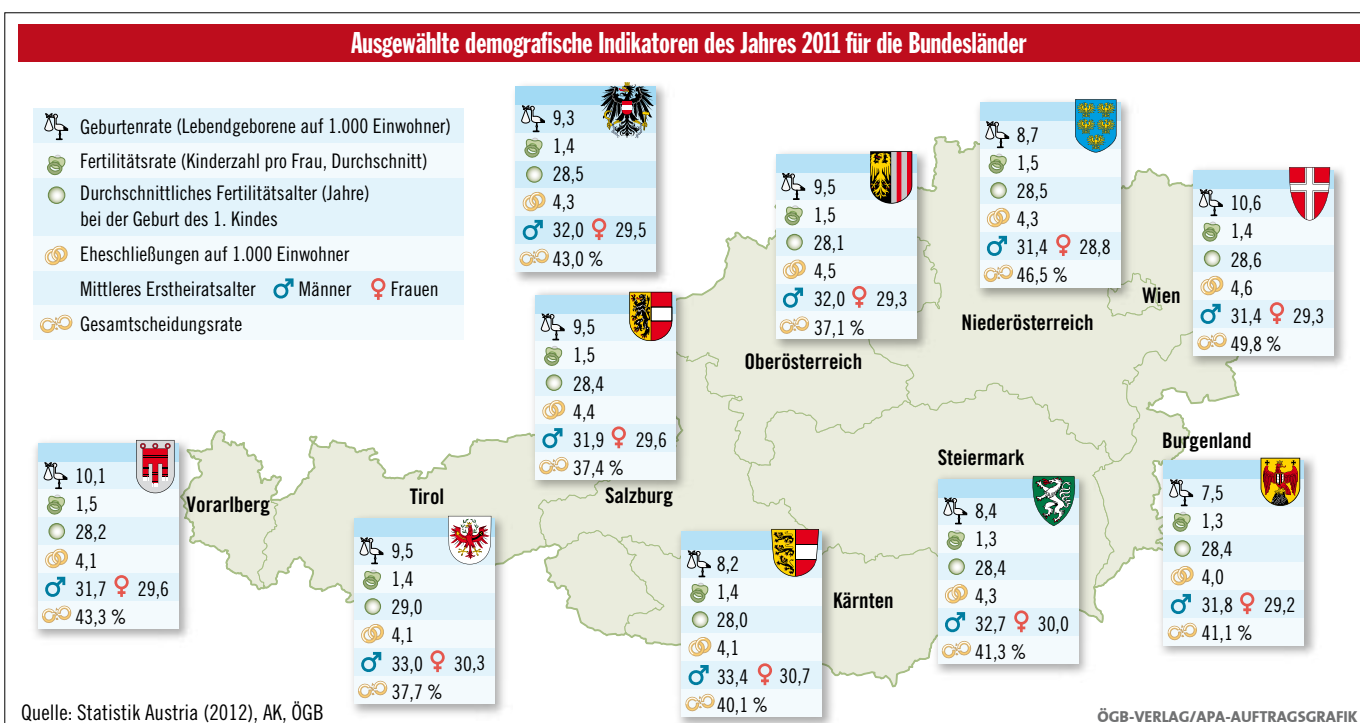
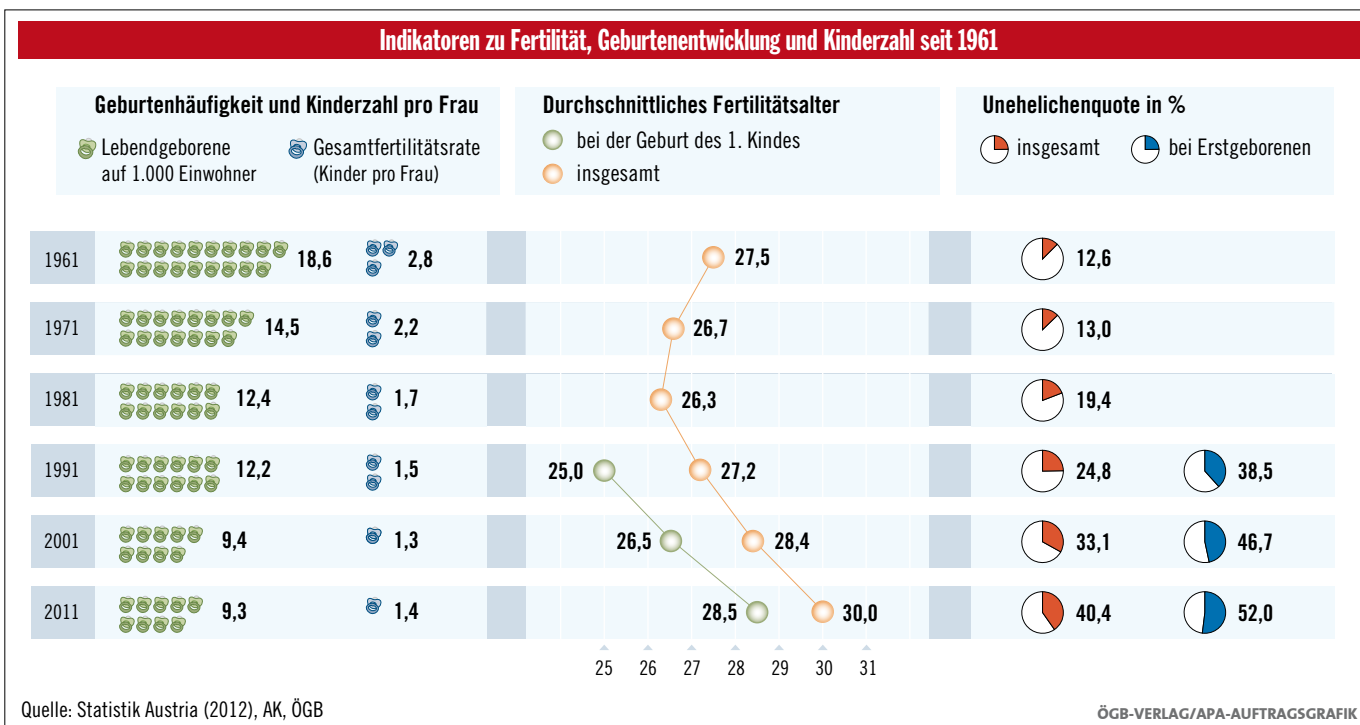
Zur Familie kommt man auch nicht immer aus freiem Willen. Kinder etwa können sich keineswegs aussuchen, ob und unter welchen Umständen sie auf der Welt sind. Hier endet deshalb das oben erwähnte Paradigmatische an Gilberts Darstellung des zusammen Spazierengehens. Es gibt uns aber doch einen Hinweis darauf, was den inneren Zusammenhang einer Familie ausmacht, ungeachtet der unterschiedlichen Formen und Zusammensetzungen, die sie annehmen kann.

Den Aufsatz von Margaret Gilbert „Zusammen spazieren gehen“ können Sie in unserem Buchtipp nachlesen.

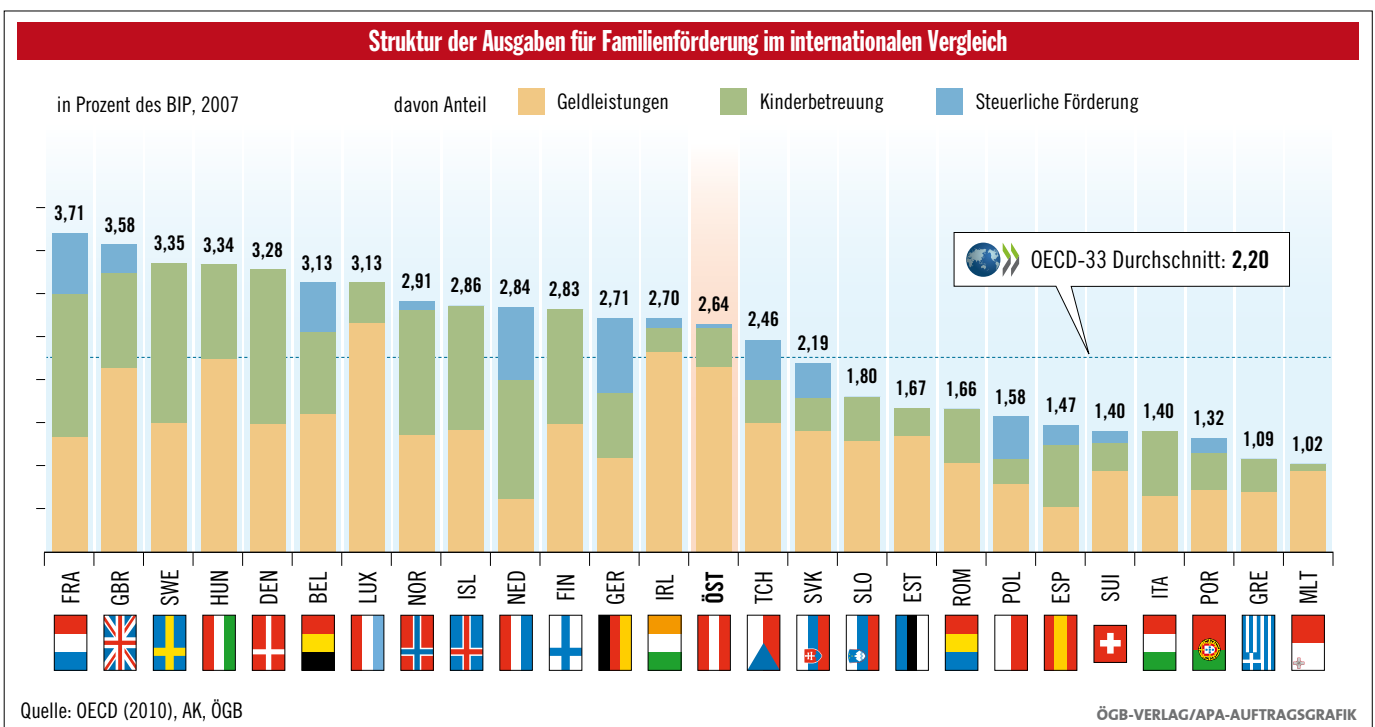
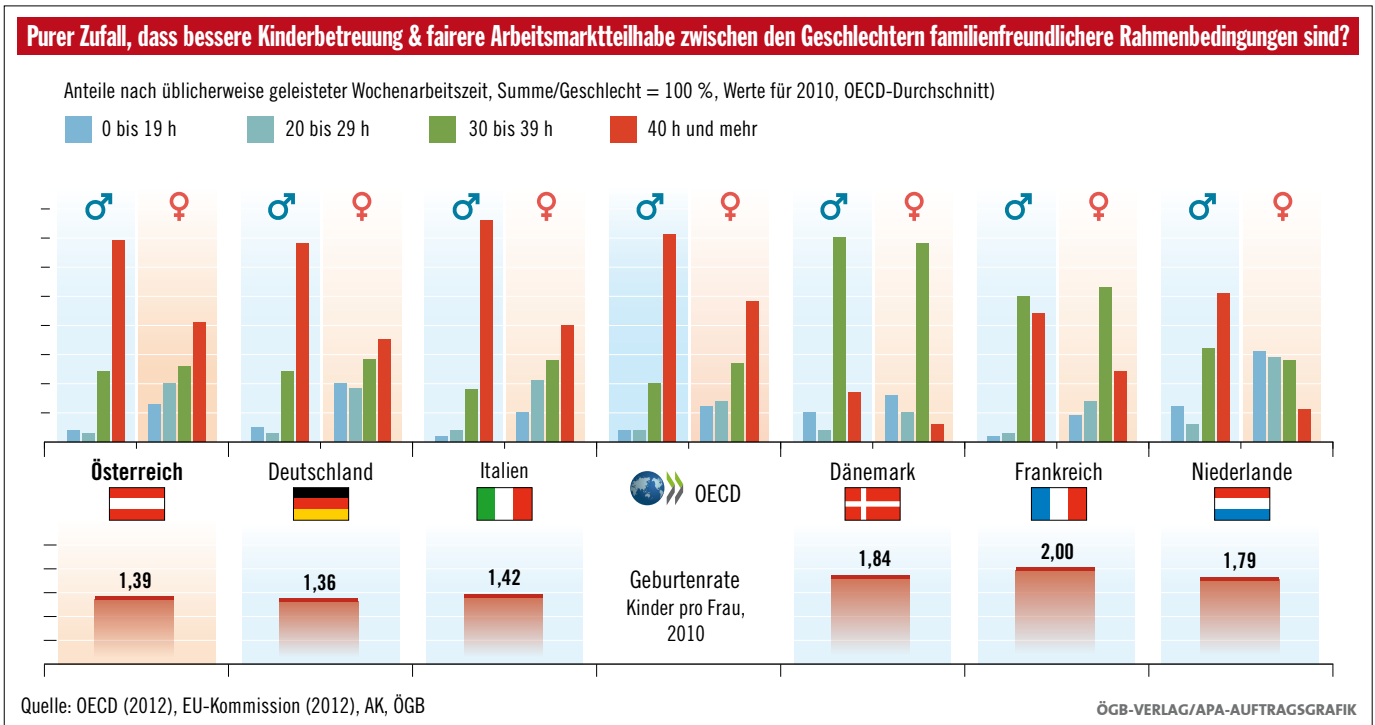
Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
alexander.schneider@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

Veränderte Familienstrukturen, gestiegene Flexibilitätsanforderungen in der Arbeitswelt und anspruchsvolle Gleichstellungsziele brauchen „moderne“ Antworten in der Familienpolitik.



Im europäischen Vergleich erfolgreiche und fortschrittliche familienpolitische Konzepte zeichnen sich durch ein breites und hochwertiges Angebot an sozialen Diensten aus. Sie ermöglichen vor allem Frauen, ihre Potenziale und Qualifikationen besser am Arbeitsmarkt einzubringen und wirken wachstumsfördernd.



15a-Vereinbarung: gängige Bezeichnung für eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern nach §15a des Bundesverfassungsgesetzes, mit der Gesetze, Verordnungen, Vereinbarungen etc., die an sich unter die Kompetenz der Länder fallen, bundesweit vereinheitlicht werden können. (Seite 39)

Absetzbetrag für Kinderbetreuung: Bis zu derzeit 2.300 Euro an Betreuungsaufwand können für Kinder, die das 10. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, als außergewöhnliche Belastung – ohne Selbstbehalt – abgesetzt werden. (Seite 17)

Andor, László: ungarischer Ökonom, geb. 1966; seit 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration. Andor gilt als eher linksorientierter Wirtschaftsfachmann und der ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) nahestehend. (Seite 39)

Benin: Präsidentialrepublik an der nördlichen Westküste Afrikas, Hauptstadt: Porto Novo; Amtssprache Französisch, daneben werden noch mehr als 50 andere Sprachen gesprochen. Die Analphabetenrate liegt bei fast 60 Prozent. Im Human Development Index der Vereinten Nationen wird Benin im unteren Drittel gelistet, Anfang Dezember hat die Ratingagentur Standard & Poor's den Staat von stabil auf negativ herabgestuft. (Seite 33)

Bertelsmann: 1835 gründete der Drucker und Buchhändler Carl Bertelsmann in Gütersloh den C. Bertelsmann Verlag inklusive Druckerei. Nach seinem Sohn Heinrich übernahm 1887 dessen Schwiegersohn Johannes Mohn die Verlagsleitung. Heute ist die Bertelsmann SE & Co. KGaA ein internationaler Medienkonzern (Gruener & Jahr, RTL, Random House etc.), allerdings nicht an der Börse. Aktionäre sind die Bertelsmann-Stiftung (77,6 Prozent) und die Familie Mohn. (Seite 36)

Biodiversität: biologische Vielfalt (Seite 33)

Bosch, Robert: gründete 1886 in Gerlingen bei Stuttgart die Robert Bosch GmbH, wo technische/elektrische Geräte, Autozubehör etc. produziert wurden. Heute ist Bosch der weltweit größte Automobilzulieferer und Verpackungsmaschinenhersteller. Die Unternehmensgewinne fließen in die gemeinnützige Robert Bosch Stiftung oder verbleiben im Unternehmen. (Seite 36)

Elternteilzeit: kann für jedes Kind bis zum 7. Lebensjahr bzw. bis zum Schuleintritt nur einmal in Anspruch genommen werden und muss mindestens zwei Monate dauern. Ein Rechtsanspruch darauf besteht für einen Elternteil nur dann, wenn dieser in einem Unternehmen mit mehr als 20 MitarbeiterInnen beschäftigt ist und das Arbeitsverhältnis mindestens drei Jahre gedauert hat. (Seite 23)

Eurofound: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions = Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen; 1975 gegründete EU-Einrichtung, zuständig für die Konzipierung und Schaffung besserer Arbeitsbedingungen (Sitz in Dublin). www.eurofound.europa.eu (Seite 38)

Ford: Henry Ford (1863–1947) gründete 1903 in Detroit ein Automobilunternehmen. Er setzte als einer der ersten auf Fließbandproduktion. Außerdem bezahlte Ford seinen Angestellten ungewöhnlich hohe Löhne und ermöglichte diesen auch Firmenbeteiligung, damit die ArbeiterInnen zum Wohle der US-Wirtschaft ihr Geld für (in Massenproduktion hergestellte) Waren ausgeben konnten. Nach seinem Rückzug aus der Firma widmete sich Henry Ford hauptsächlich der Verbreitung des Antisemitismus. Die Ford Motor Company ist heute der fünftgrößte Automobilhersteller weltweit. 1955 wurde Ford eine Aktiengesellschaft, die Ford Werke in Deutschland wurden 2004 in eine GmbH umgewandelt. (Seite 36)

Gilbert, Margaret: britische Philosophin, geb. 1942, beschäftigt sich besonders mit sozialen Phänomenen, aber auch mit politischer Philosophie und Ethik. (Seite 42)

Kinderabsetzbetrag: wird gemeinsam mit der Familienbeihilfe an Erziehungsberechtigte ausbezahlt; die derzeit 58,40 Euro pro Kind und Monat sind eine Art von Negativsteuer und werden über das allgemeine Budget finanziert. (Seite 17)

Kinderfreibetrag: Der 2009 eingeführte Kinderfreibetrag wird im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer berücksichtigt. In der Höhe von 220 Euro pro Kind und Jahr verringert er die steuerliche Bemessungsgrundlage. (Seite 17)

Knezowes (Kněževy): kleine Gemeinde in Tschechien im Bezirk Blansko, der eher in der Mitte des Landes liegt. (Seite 11)

Konrad, Helga: österreichische SP-Politikerin, geb. 1948, von 1995 bis 1997 Bundesministerin für Frauenangelegenheiten, 2000–2004 Vorsitzende der EU Stabilitätspakt Taskforce gegen Menschenhandel für Südosteuropa, danach war sie bis 2006 OSZE-Sonderbeauftragte im Kampf gegen Menschenhandel. (Seite 19)

Mehrkindzuschlag: Er beträgt 20 Euro monatlich ab dem dritten Kind, muss im Zuge der jährlichen ArbeitnehmerInnenveranlagung beantragt werden, nur bis zu einem Jahreseinkommen von höchstens 55.000 Euro. Er wird auch für Patchworkfamilien ausbezahlt, wenn die in der Familie lebenden Kinder nicht dieselben Eltern haben. (Seite 17)

Mehrkindstaffelung (Geschwisterstaffelung): Um die finanzielle Mehrbelastung von Eltern mit mehreren Kindern auszugleichen, wird ab dem zweiten Kind zur üblichen Familienbeihilfe noch ein gewisser Betrag (z. B. für das zweite Kind € 12,80 monatlich) dazu gerechnet. (Seite 17)

Metro AG: Dachgesellschaft mehrerer Großhandels- und Einzelunternehmen mit weltweit rund 250.000 MitarbeiterInnen; Gründungsgesellschafter waren 1963 die Brüder Ernst Schmidt und Wilhelm Schmidt-Ruthenbeck, die schon damals rund 500 Spar-Lebensmitteleinzelhändler belieferten. Zur Metro Group zählen heute unter anderen Media Markt, Saturn und Kaufhof. (Seite 36)

Nord-Süd-Zentrum des Europarats: auch: Europäisches Zentrum für globale Interdependenz und Solidarität, errichtet 1989 durch ein Teilabkommen von Mitgliedstaaten des Europarates; derzeit 22 Mitglieder. www.coe.int/t/dg4/nscentre (Seite 32)

Porsche, Ferdinand: österreichisch-deutscher Konstrukteur (1875–1951), nach einer erfolgreichen Karriere bei großen Unternehmen machte sich Porsche mitten in der Weltwirtschaftskrise mit einem Konstruktionsbüro 1930 selbstständig. Ab 1934 arbeitete er im Auftrag des Reichsverbandes der Automobilindustrie den deutschen Volkswagen (KdF-Wagen bzw. VW Käfer). Gemeinsam mit seinem Schwiegersohn, dem Wiener Rechtsanwalt Anton Piëch, war er auch während der NS-Zeit mit seinen Ideen erfolgreich. Das Unternehmen seines Sohnes Ferry Porsche, die Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, ist heute einer der bekanntesten Sportwagen-Hersteller. (Seite 36)

Reding, Viviane: luxemburgische Journalistin und christlich-soziale Politikerin, geb. 1951, seit 2010 EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft. (Seite 30)

Rockefeller: US-amerikanische Familiendynastie, deren Vorfahren aus Deutschland stammen; der Unternehmer John D. Rockefeller (1839–1937) gilt noch heute als reichster Mensch der Neuzeit. Er war unter anderem Mitbegründer einer Raffinerie, aus der später die Standard Oil Company hervorging, unter deren Gründungsaktionären auch sein Bruder William war. Unter Rockefellers Führung entstand ein Öltrust, dessen Preisabsprachen mit der Bahn zwar heftig kritisiert wurden, den weiteren Aufstieg der Rockefellers aber nur wenig behinderten. (Seite 36)

Rothschild: jüdische Familiendynastie, deren Stamm- baum in Deutschland bis ins Jahr 1500 urkundlich belegt ist; 1815 bis 1914 war die Bank der Rothschilds das weltweit größte Bankhaus. Während es dem 1744 im jüdischen Ghetto geborenen Mayer Amschel Rothschild, der als der Gründer der Rothschild-Dynastie gilt, noch verboten war, außerhalb der Frankfurter Judengasse Grundbesitz zu erwerben, zählten seine Söhne zu den wohlhabendsten Europäern. Die Familie ist seitdem in ganz Europa und in den USA tätig. Heute gibt es drei verschiedene (zum Teil miteinander vernetzte) Finanzgruppen, die von unterschiedlichen Familienzweigen betrieben werden. Bekannt sind auch die (französischen) Weingüter der Familie. (Seite 36)

Smith, Adam: schottischer Moralphilosoph und Aufklärer (1723–1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre; in seinen Werken befasste er sich mit Arbeitsteilung, dem freien Markt, der Außenhandelstheorie und der Rolle des Staates. Smith sah den gesellschaftlichen Wohlstand in einem System der natürlichen Freiheit am besten verwirklicht. Er ging davon aus, dass durch die Verfolgung privater Interessen öffentliche Interessen oft am besten erfüllt würden. Der Staat solle nur Rahmenbedingungen schaffen und habe nur wenige zentrale Aufgaben wie etwa die Landesverteidigung, Schulen, Transportwesen u. ä. (Seite 37)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

ARBEITSRECHT IN FRAGE UND ANTWORT



Ratgeber

Thomas Kallab/Marion Chwojka/Erich Ullmann

14. Auflage || 2012 || 356 Seiten || EUR 29,90

ISBN: 978-3-7035-1523-1 || Inklusive e-Book inside!

Müssen bei einer Bewerbung alle früheren Tätigkeiten angeführt werden? Wann verjährt ein Urlaubsanspruch? Wann kann man aus sozialen Gründen eine Kündigung anfechten? Im Berufsleben ist jeder mit solchen Fragen konfrontiert.

Der bewährte Bestseller aus dem Ratgeberprogramm des ÖGB Verlages gibt auf alle arbeitsrechtlichen Probleme, die im Laufe eines Berufslebens auftauchen können, eine kompetente Antwort. Die Gliederung erfolgt nach Sachgebieten, die Aufarbeitung in Form von Fragen und Antworten. Ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in der Privatwirtschaft Beschäftigten.

Mag. Thomas Kallab, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Mag. Marion Chwojka, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Erich Ullmann, Fachbuchautor

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

 **JA, ICH BESTELLE ...**
Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			



facebook
GEWINNSPIEL!

Chrissi Klug, Musikerin

GEWALT
IST WAS FÜR KLEINE
LULUS
WWW.OEGJ.AT/SPRUECHEKLOPFER

ICH WILL
IMMER
MITBESTIMMEN
WWW.OEGJ.AT/SPRUECHEKLOPFER

**POSEN, FOTOGRAFIEREN
& HOCHLADEN!**

Du fragst dich manchmal, wieso wir uns ständig gegenseitig fertig machen müssen? Du bist ein Naturwissenschafts- oder Technik-Nerd und stehst dazu? Große Klappe und schon was dahinter?

Dann mach mit beim ÖGJ Sprücheklopfer-Wettbewerb! Pose, lade ein Foto auf Facebook und wähle deinen Lieblingspruch!

Hochladeschluss ist der 28.2.2013!
Bis dahin hast du Zeit dich in Pose zu werfen.

TOLLE PREISE GEWINNEN!

- 1x 2 Tage für 2 im **Hotel Bad Hofgastein**
- 5x Urlaubswoche für 2 von **Hotelbox**
- 1x **Nokia Lumia 610**
- 2x 50€-Gutschein von **Libro**
- Jugendbücher von **Thalia**

WWW.OEGJ.AT /SPRUECHEKLOPFER

In Zusammenarbeit mit



Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

AW